



Gefährliche Utopisterei.

Nachklänge zum verunglückten Schiffsahrtsboycott gegen England.

Von

Paul Müller.

(Hamburg.)

Strike und Boycott sind zwei scharfe, wichtige Waffen der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe. Sie können, wenn richtig und geschickt geführt und im richtigen Augenblick zur Anwendung gebracht, eine ungeheure Wirkung auf den Gegner ausüben; sie können aber auch, zur Unzeit und ohne genügende Mittel und starken Rückhalt unternommen, von geradezu vernichtender Wirkung auf diejenigen sein, die sie anwenden. Die Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland lehrt uns zur Evidenz, dass in einem Lande, in dem die Arbeiter eine durchgreifende Schulung auf diesem Gebiete hinter sich haben, die Gefahr, dass hierbei Fehler in taktischer oder principieller Beziehung gemacht werden, immer mehr im Verschwinden ist. Immerhin sind im Laufe der letzten Jahre immer noch bedeutende Fehler auf diesem Gebiete begangen worden. Stets zeigte es sich in solchen Fällen, dass mangelhafte Schulung der Leiter und Mitglieder der betreffenden Organisationen, sowie nicht genügende Einsicht in und Information über die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und die geschäftliche Lage der in Betracht kommenden Betriebe im besonderen die Hauptursache all solcher folgenschweren Beschlüsse und verunglückten Unternehmungen gewesen sind.

Strikes und Boycotts sind, sofern sie mit genügender Vorsicht und ausreichenden Mitteln in Scene gesetzt werden, als wirksame Waffen im wirtschaftlichen Kampfe allgemein anerkannt. Die Ansichten über ihre Anwendbarkeit als politische Kampfmittel gehen aber weit auseinander. Wiederholt haben nationale Gewerkschaftscongresse und Parteitage einer ganzen Reihe von Ländern, sowie die internationalen Socialistencongresse sich dagegen ausgesprochen, und so oft auch unsere Genossen in den romanischen Ländern unter Leitung unserer französischen Genossen den auch von den Anarchisten propagierten Generalstrike als ein Mittel empfahlen, um denjenigen Druck auf die capita-

listische Gesellschaft auszuüben, der zur Herbeiführung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen unerlässlich ist, immer haben die internationalen Congresses mit erdrückender Mehrheit diesen Plan verworfen, weil sie die Möglichkeit der Durchführung eines internationalen Generalstrikes nicht gegeben sahen. Was auf den Generalstrike zutrifft, gilt meines Erachtens in gleicher Weise auch für einen politischen internationalen Generalboycott.

Der Vorschlag eines solchen internationalen Generalboycotts war es, der von Holland aus im Herbst vorigen Jahres zur Debatte gestellt wurde. Dieser Plan, dessen Urheber sich, wie ich gern anerkenne, von den edelsten Motiven leiten liessen, hat, wie wohl kaum ein anderer Plan dieser Art, die Arbeiterpresse und mit ihr die Arbeiterschaft fast aller vorgeschrittenen Länder eine zeitlang in Spannung gehalten. Es war allerdings auch ein Plan, einzig in seiner Art, ein Plan, wie er wohl im proletarischen Classenkampfe weder auf politischem, noch auf gewerkschaftlichem Gebiete jemals bis dahin zur Debatte gestellt worden war. Die Urheber des Planes sind nach den Mitteilungen der Presse die Amsterdamer Hafenarbeiter gewesen, denen sich dann später die Seeleute anschlossen. Zweck und Ziel des Planes war, den Boeren Transvaals zu Hilfe zu kommen, indem man die englische Schifffahrt, also Englands eigentlichen Lebensnerv, international boycottierte; man beabsichtigte also, England an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen, es wirtschaftlich und handelspolitisch schwer zu schädigen und so die englische Regierung zum Nachgeben bzw. zur Beendigung des Krieges in Südafrika zu zwingen und die politische Selbständigkeit der südafrikanischen Boerenrepubliken zu sichern. In der Debatte über den Plan ist derselbe dahin präzisiert worden, dass man nicht gewillt sei, den Handel Englands an und für sich lahmzulegen, sondern nur dessen Schifffahrtsbetrieb, also einen bestimmten Erwerbszweig, ins Stocken zu bringen. Dieses Ziel sollte dadurch erreicht werden, dass man in allen Ländern den englischen Rhedern, Agenten und Maklern die zum Verladen und Entladen der Schiffe erforderlichen Arbeitskräfte entzog.

Ich habe diesen Plan bereits im Vorwärts vom 2. November 1901 auf das allerentschiedenste bekämpft. Ich habe ihn eine Utopie genannt, weil ich von seiner Undurchführbarkeit überzeugt war. Ich hielt ihn von Anfang an für einen Plan, zu dessen Durchführung die Vorbedingungen nicht im entferntesten gegeben wären, für einen Plan, durch dessen Realisierung man einen bestimmten Erwerbszweig Englands ganz zu unrecht schädigen würde; endlich für einen Plan, der die internationale Solidarität der Arbeiter stark zu erschüttern geeignet sei. In massgebenden Kreisen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem in der deutschen Arbeiterpresse, haben meine Ausführungen mit einer oder zwei Ausnahmen lebhaft Zustimmung gefunden. Im Ernst hat kein Mensch an die

Möglichkeit der Durchführung jenes Planes gedacht. Und wenn einige Arbeiterblätter, welche zur Frage: Die Arbeiter und die hohe Politik Stellung nahmen, sich sehr enthusiastisch über den Plan äusserten, so galt ihr Beifall wohl weniger dem Plan als solchem, als vielmehr dem hochherzigen Gedanken der Amsterdamer Hafenarbeiter, der ja in der That dem Plane zu Grunde lag, dem erfreulichen Anzeichen dafür, dass die Arbeiterschaft heute schon den Mut besitzt, so bedeutende Fragen in den Bereich ihrer Erörterungen zu ziehen. Charakteristisch war es übrigens, dass die einigermaßen ernst zu nehmende bürgerliche Presse, speciell die Rhederpresse in den Hafenorten, sich dem Plane gegenüber ablehnend verhielt, obschon sie sonst in Boerenbegeisterung und in Engländerhass ganz Erkleckliches in ihren Spalten leistete. Es ist als ein Glück zu betrachten, dass derjenige Teil der Presse, der sich für den Plan aussprach, gar keinen Einfluss auf die breite Masse der an dieser Frage interessierten Arbeiterschaft auszuüben vermocht hat.

Aus innerster Ueberzeugung heraus habe ich die Möglichkeit der Durchführung des Planes bestritten, Zunächst stand es für mich fest, dass ein solcher Boycott nur dann von der beabsichtigten Wirkung sein könnte, wenn er international, d. h. in allen schiffahrttreibenden Nationen, einschliesslich Englands selbst, und in allen Colonieen, auch den nichtenglischen, in Angriff genommen würde. War das zu erwarten? Auf keinen Fall. Auf der ganzen Linie hätte vorgegangen werden müssen, weil ein Boycott der englischen Schifffahrt seitens der europäischen Staaten allein ohne jede Wirkung gewesen wäre. Zu den europäischen Staaten gehört aber auch Grossbritannien selbst, und nach meinen persönlichen Wahrnehmungen wäre auch nicht im entferntesten darauf zu rechnen gewesen, dass englische Arbeiterkreise selbst nur im Traume daran denken würden, den Plan ins Werk zu setzen oder gar sich an seiner Durchführung zu beteiligen.

Diese ihre ablehnende Haltung gegenüber dem geplanten Boycott finde ich durchaus erklärlich, schon allein aus der Erwägung heraus, dass die Lahmlegung der englischen Schifffahrt, falls sie gelungen wäre, mindestens eine vorübergehende Vernichtung der Existenz vieler Tausende von englischen und nichtenglischen Arbeitern zur Folge gehabt hätte. Man hat in der Debatte über diesen Plan weiter die Behauptung aufgestellt, dass hier nur Hafenarbeiter in Frage kämen. Eine total irrige Auffassung. Die nächstverwandte Kategorie sind die Seeleute, deren Zahl in England die Ziffer 100 000 sicher übersteigt; ihnen folgen die ländlichen Transportarbeiter, die die Waren nach und von den Ladestellen zu befördern haben; sodann ein immerhin zahlreiches Personal in den Comptoir- und Lagerräumen der grossen Handelshäuser. Es ist zweifellos, dass unter diesen Tausenden von Arbeitern sehr, sehr viele dem Kriege gegen Transvaal nicht ablehnend gegenüberstehen. Thatsache ist ferner, dass mit den englischen Capitalisten auch die

englischen Arbeiter in ihrer erdrückenden Mehrheit stolz auf Englands Schifffahrt sind. Verbindet man diese Erscheinung mit dem stark empfundenen Nationalstolz der Engländer, der sich bis weit in die Arbeiterkreise hinein erstreckt, so braucht man sich wirklich gar nicht darüber zu wundern, dass sich in England geradezu das Gefühl der Entrüstung über den geplanten Boycott bemerkbar machte. In den Erklärungen der befragten Personen, von denen viele bekannte Arbeiterführer sind, wie Sidney Webb, Tom Mann, G. B. Shaw, J. Keir Hardie, Steadman, John Burns u. a., spiegelt sich diese Empfindung wider, und es ist charakteristisch, dass sich in Englands führenden Arbeiterkreisen auch nicht eine einzige Stimme zu gunsten des Planes erhoben hat. Von den Glossen, die sich die englische Presse aller Richtungen gestattet hat, will ich hier lieber schweigen.

Was auf England zutrifft, gilt auch von seinen Colonieen; es seien nur Australien, Indien und die nordamerikanischen Besitzungen Englands angeführt. Ich bin der festen Ueberzeugung: es hat im Ernste niemand auf eine Unterstützung seitens der dortigen Arbeiterschaft gehofft. Aber die Vereinigten Staaten von America? Nun, man rechnete in holländischen Kreisen stark auf die Unterstützung seitens der in den americanischen Hafenorten domicilierenden Iren, die aus Hass gegen ihre altenglischen Unterdrücker gern die Gelegenheit wahrnehmen würden, um England zu schädigen. Nichts ist indessen im Laufe der Zeit darüber laut geworden, ob jene Annahme auch nur annähernd berechtigt war. Wohl aber liegt eine Reihe deutlicher Anzeichen dafür vor, dass die erdrückende Mehrheit der americanischen Arbeiter, speciell derjenigen, die bei diesem Plane besonders in Frage kamen, ihre Interessengemeinschaft mit der englischen Arbeiterschaft erkannt hat und danach Stellung genommen hätte. Wer die englische Arbeiterbewegung verfolgt, weiss, dass sie vornehmlich mit der americanischen sympathisiert, eine Erscheinung, die wohl zum Teil auf die Sprachgemeinschaft beider Länder zurückzuführen ist.

Nach alledem war an eine Unterstützung des Boycotts in den genannten Ländern nicht zu denken. Dies war für mich schon Grund genug, den Plan als undurchführbar zu bezeichnen.

Mochte man die Haltung, die die Engländer, die Americaner und die in englischen Colonieen sesshaften Arbeiter dem Plane gegenüber zeigten, immerhin begreiflich finden, so wird doch diesem oder jenem die Stellungnahme der Arbeiter in den nordischen Ländern aufgefallen sein. Mit Unrecht, denn auch sie ist erklärlich. Man war sich darüber klar, dass der Boycott riesige Dimensionen annehmen, dass die Zahl der in Mitleidenschaft Gezogenen eine ungeheure sein, dass der Kampf fabelhafte Summen verschlingen würde. In Holland hatte man allerdings die sehr naive Auffassung, dass die Arbeiterschaft aller Länder sich aus purer Boerenbegeisterung allen von ihnen geforderten Opfern unterziehen, d. h. auch ohne Unterstützung den Boycott beginnen und zu Ende führen würde. Man

war naiv genug, von den Arbeitern zu verlangen, dass sie neben dem einzubüssenden Lohn auch noch Hunger leiden sollten, und das alles aus überschwenglicher Boerenbegeisterung. Es kommt aber bei jedem Kampfe neben der Frage der Solidarität auch noch die Magenfrage in Betracht: so sehr die Solidarität der Arbeiter als politisches Kleinod zu schätzen ist, — der Hunger bleibt nur zu oft Sieger auch über die eisernste Energie und die tiefstempfundene Sympathie. Das ist übersehen worden.

Man hat dann von Holland aus erklärt, dass man schliesslich in dem Augenblick, wo Geldmittel gefordert würden, auch diese aufzubringen im stande sein werde. Man hat später die Probe aufs Exempel gemacht und eine Sammlung in Scene gesetzt. Und was hat diese Sammlung für ein Resultat gehabt? Es war kaum der Rede wert und entsprach vollkommen dem mit der öffentlichen Propaganda für den Boycott erzielten Resultat.

Hieran trägt meines Erachtens der Umstand die Schuld, dass man von Holland aus die Action in einer Weise eingeleitet hat, die mit der bisher bei ähnlichen Anlässen eingeschlagenen Taktik im Widerspruch steht. Ein kleines Conventikel rollt einen Plan von einer derartigen Tragweite auf, und plötzlich beginnt man in aller Herren Länder durch holländische Deputierte eine öffentliche Propaganda in Versammlungen zu entfalten. Man umgeht grundsätzlich die Organisationen, indem man erklärt: dieser Kampf gegen England stelle nicht einen Kampf wie die anderen Arbeiterkämpfe dar, sondern er sei zu vergleichen mit einer idealen Volksbewegung zu gunsten einer grossen, guten Sache. In diesem Kampfe würden Proletariat und Bourgeoisie nicht getrennt marschieren, sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zu einer geschlossenen Phalanx gegen England vereinigen. Und es wurden die verschiedenartigsten Argumente dafür ins Feld geführt: Einmal die Boerenbegeisterung bei den nichtenglischen Capitalisten. Wer hat aber auf deren „Begeisterung“ jemals ernstlich Gewicht gelegt? Von welcher Art Begeisterung unsere Bourgeoisie beseelt ist, das beweisen tagaus, tagein die Lieferungen von Lebensmitteln, Munition u. s. w. an England, auch von Deutschland aus.

Wenn es auch mit der Boerenbegeisterung nichts sei — hiess es weiter —, so würde doch die Erwartung von materiellen Vorteilen, die bei einem Boycott der englischen Handelsmarine für die nicht-englischen Rheder herauspringen müssten, die letzteren veranlassen, den Boycott zu unterstützen. Ich komme bei diesem Punkt auf die schon im Vorwärts von mir ausgesprochene Behauptung zurück, dass, wie immer auch der Concurrentkampf zwischen den Rhedern der verschiedenen Nationen sich gestalten mag, die Seecapitalisten in diesem Sinne und auf diesem Wege niemals mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen würden, um ihre englischen Concurrenten aus dem Felde zu schlagen. Ich halte fest an meiner früheren Auffassung, dass die so eigenartigen Verhältnisse in der Schifffahrt die Capitalisten zur engsten Interessengemeinschaft verbinden, England

ist auf dem Gebiete der Seeschifffahrt zweifellos der grösste Concurrent, aber doch auch ein Concurrent, mit dem die deutschen Rheder am meisten geschäftlich pactieren. Die mannigfachen Abmachungen zwischen den verschiedenen transatlantischen Rhederei-gesellschaften haben mich in dieser meiner Auffassung nur noch bestärkt.

Es war also nicht richtig, wenn man behauptete, die Rheder hätten nur dann als Capitalisten den Arbeitern gegenüber gemeinsame Interessen zu verfechten, wenn es gelte, Angriffe auf wirtschaftlichem Gebiete abzuschlagen.

In der That haben, als über den Plan noch lebhaft discutiert wurde, angesehene Hamburger Rheder mir gegenüber geäußert, dass sie niemals zu jenem Zwecke einen Streit mit ihren englischen Collegen vom Zaune brechen würden. Natürlich, — leben wir doch in einer Zeit, wo die internationale Concentration des Capitals im Bereiche der Seeschifffahrt in immer stärkerem Masse betrieben wird; in einer Zeit, wo die geschäftliche und moralische Solidarität der Seecapitalisten immer greifbarere Formen annimmt und fieberhaft an der Gründung von starken nationalen und internationalen Trusts und Fusionen im Schiffahrtsbetriebe gearbeitet wird. Und dass selbst bei den holländischen Rhedern keine Stimmung dafür vorhanden war, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, haben die ablehnenden Aeusserungen der verschiedenen Handelskammern zur Genüge bewiesen.

Dass der Plan in Arbeiterköpfen entstanden war, konnte nur in den Augen von Arbeitern als Vorzug gelten. Für die Bourgeoisie genügt schon dieser Umstand allein, um gegen ihn mobil zu machen. In dem Vorhaben, auf diesem „gewaltsamen“ Wege einem grauenhaften Kriege ein Ende zu bereiten, könne die Bourgeoisie einen Angriff auf die bestehende Gesellschaftsordnung erblicken, den kein Capitalist unterstützen dürfe, — drückte sich die bürgerliche Presse geschmackvoll aus. Wenn es trotzdem Leute gab, die mit apodiktischer Sicherheit daran festhielten, die Bourgeoisie werde die Arbeiterschaft in diesem Kampfe unterstützen, so zeugt das nur von einer grenzenlosen Naivetät.

Man mag über die gegenwärtigen Machtverhältnisse der hier in Frage kommenden Arbeiterschaft urtheilen, wie man will, — die That-sache bleibt jedoch bestehen, dass ohne die Unterstützung der bei dem geplanten Boycott interessierten Capitalisten der Plan undurchführbar war. Zudem bin ich der festen Ueberzeugung, dass bei dem heutigen Stand der Dinge — Krise, Arbeitslosigkeit u. s. w. — ein Mangel an Arbeitskräften niemals eingetreten wäre. Der Zustrom von solchen aus dem Binnenlande nach den Hafenorten wäre sicher ungeheuer geworden, oder aber die Solidarität hätte mit Gold aufgewogen werden müssen. Ein wirklicher Erfolg hätte nur erzielt werden können, wenn die Befrachter der englischen Schiffe, also die Makler und Kaufleute der verschiedenen Länder, den englischen Schiffen weitere Aufträge einfach nicht überwiesen hätten. Und

darán war nach den aus diesen Kreisen gekommenen Aeusserungen nicht zu denken.

Ich halte es für absolut verfehlt, bei der Erörterung so schwerwiegender Fragen mit einem gewaltigen Zahlenmaterial zu operieren; immerhin dürfte die Anführung einiger Zahlen am Platze sein, um darzuthun, wie gefährlich der geplante Boycott, falls es zu seiner Durchführung gekommen wäre, für das internationale Handels- und Verkehrswesen hätte werden können. Ich behaupte nämlich, dass trotz der gegenwärtigen Krise bei Lahmlegung der englischen Handelsflotte die Schiffe der übrigen Nationen schwerlich in der Lage gewesen wären, die Schifffahrt in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, und dass es zu einer verhängnisvollen Stockung auf dem Gebiete der Schifffahrt gekommen wäre.

Nachstehende Zahlen geben einen Ueberblick über den Stand der Dampfer- und Segelschiffsflotte der Welt während der letzten zehn Jahre:

Sommer	Dampfer Netto Reg.-Tons	Segler Netto Reg.-Tons	Total Netto Reg.-Tons
1891	8 872 000	10 217 000	19 089 000
1892	9 226 000	10 093 000	19 319 000
1893	9 674 000	9 829 000	19 503 000
1894	9 994 000	9 547 000	19 541 000
1895	10 360 000	9 324 000	19 684 000
1896	10 761 000	9 136 000	19 897 000
1897	11 427 000	8 894 000	20 321 000
1898	11 687 000	8 693 000	20 380 000
1899	12 165 000	8 347 000	20 512 000
1900	13 465 000	8 205 000	21 670 000
1901	14 663 000	8 119 000	22 782 000

Zu berücksichtigen ist dabei, dass in der Tabelle nur Dampfer mit über 50 Netto-Register-Tons berücksichtigt sind. Die Dampferflotte verteilt sich ferner auf die einzelnen Länder wie folgt:

	Brutto Reg.-Tons	Netto Reg.-Tons
Grossbritannien	12 457 000	7 817 000
Deutschland	2 430 000	1 548 000
Vereinigte Staaten	1 369 000	913 000
Frankreich	1 079 000	535 000
Norwegen	779 000	499 000
Spanien	736 000	455 000
Italien	671 000	434 000

Der Anteil Englands an der gesamten Dampferflotte der Welt beträgt gegenwärtig 53 % gegen 58 % im Jahre 1899, immerhin also mehr als 50 %.

Man denke sich nun bei stricter Durchführung des Boycotts den plötzlichen Ausfall von mehr als 50 % des Gesamttonnagehaltes der Dampferflotte der Welt, und man wird zugeben müssen, dass eine Stockung, mindestens aber eine starke Behinderung der Seeschifffahrt die nächste Folge davon sein muss.

Man mag nun einwenden, dass ja zur Zeit eine ganze Anzahl englischer und nichtenglischer Dampfer der schlechten Schifffahrts-

verhältnisse halber aufgelegt habe. Zugegeben, — aber sicher ist, dass der Tonnengehalt dieser Schiffe, der ja, soweit es sich um nicht-englische Dampfer gehandelt hätte, im Falle des Boycotts Verwendung gefunden hätte, in gar keinem Verhältnis zu dem riesigen Tonnengehalt der Gesamtflotte steht. Eine Stockung des Gesamtverkehrs hätte eben unter allen Umständen eintreten müssen.

Wie gross der Ausfall an britischen Schiffen für Deutschland geworden wäre, davon können wir uns ein ungefähres Bild an der Hand der für das Jahr 1899 massgebenden Zahlen machen.

1899 sind britische Schiffe	mit Ladung		in Ballast oder leer	
	Anzahl	Reg.-Tons	Anzahl	Reg.-Tons
in deutschen Häfen angekommen	5034	4 197 777	189	155 500
aus „ „ „ ausgegangen	2995	1 991 666	2212	2 332 852

Die englischen Schiffe stellten also im Jahre 1899 29,9 % aller in deutsche Häfen eingelaufenen Schiffe. Für 1900 und 1901 liegen die entsprechenden amtlichen Zahlen noch nicht vor; immerhin können die Angaben für 1899 als sichere Grundlage zur Gewinnung eines Urteils dienen. In Italien betrug der Procentsatz 22,8, in Norwegen 12,5, er war also in beiden Ländern niedriger als in Deutschland; in Russland dagegen betrug er 44,7, in Holland 44,1, in Belgien 49,3, in Frankreich 43,0. Man sieht also aus diesen Zahlen, dass die englische Flagge in allen Häfen der hauptsächlich in Frage kommenden schiffahrttreibenden Nationen procentual sehr stark vertreten war, und ich hege daher begründeten Zweifel, dass eine sofortige vollständige Ersetzung eines solchen, immerhin starken Ausfalls bei der Inangriffnahme des Boycotts möglich gewesen wäre.

Betrachtet man einen solchen Plan also vom rein handels- und verkehrspolitischen Standpunkt aus, so muss man zu seiner Verurteilung gelangen, weil er Schwierigkeiten heraufbeschwört, die nicht im Interesse der handels- und verkehrsfreundlichen Bestrebungen unseres Volkes liegen, zumal mit Sicherheit anzunehmen ist, dass die angegriffene Nation zu scharfen Repressalien greifen würde. Wir beträten meines Erachtens mit solchen Plänen die Bahn unserer Agrarier und Schutzzöllner, deren Absichten mit Recht volksfeindliche genannt werden. Wir würden durch einen solchen, gegen eine bestimmte Nation geführten Kampf nicht allein die schlimmsten Störungen in Handel und Industrie hervorrufen, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst erweisen; die zwischen englischen und nichtenglischen Arbeitern leider schon bestehende Kluft würde nur noch erweitert, die in bestimmten Fragen vorhandenen Gegensätze noch verschärft werden.

Gewiss, das Proletariat aller Länder verurteilt ohne Zweifel den Krieg wegen seiner Greuel principiell. Es hat wiederholt den Weg gewiesen, der einzuschlagen ist, um differierende Meinungen über bestimmte Fragen zwischen verschiedenen Nationen auszugleichen.

Dennoch ist es aber unzulässig, in einem bestimmten Falle die Initiative gegen eine einzelne Nation zu ergreifen. Meiner Auffassung nach müsste, wenn die Anwendung solcher Mittel als berechtigt anerkannt würde, so wie es gegen England geplant war, auch gegen alle übrigen dem Imperialismus huldigenden Nationen vorgegangen werden. Der englische Imperialismus ist allerdings ein Kind des englischen Capitalismus. Tritt aber dieselbe Erscheinung nicht auch in Deutschland, Frankreich, Russland, America und selbst in Holland zu Tage? Ist es nicht der deutsche Imperialismus, der in Africa und China, der americanische, der auf den Philippinen, der französische, der in seinen africanischen und ostasiatischen Besitzungen, und vornehmlich der holländische, der auf Borneo, Sumatra und Java mit gleicher Grausamkeit mordend, brennend und plündernd einherzieht, wie der englische zur Zeit in Südafrika auftreten soll? Ja, aus der Entstehungsgeschichte der Boerenrepubliken selber ist es ersichtlich, dass auch die Boeren bei der Verdrängung der Eingeborenen ganz ähnlich verfahren sind, wie es heute die eroberungssüchtigen Imperialisten treiben. Solche Auswüchse sind eben der Colonialpolitik und dem Imperialismus eigentümlich. Niemals ist es aber jemandem eingefallen, den Kampf gegen den Imperialismus vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuspielen.

Ich habe die Frage bisher nur nach allgemeinen Gesichtspunkten behandelt und die Gründe anzuführen versucht, die gegen den Plan sprechen. Im folgenden will ich noch eine weitere hierher gehörende Frage behandeln, von deren Beantwortung die Stellungnahme zu dem Boycottplan wesentlich abhängig gemacht werden muss: ich meine die Frage, wie eine praktische Inangriffnahme des Plans auf die internationale Organisation der Transportarbeiter gewirkt hätte. Zuvor aber will ich auf den Wunsch der Redaction dieser Zeitschrift einige Daten über die Entstehung und den gegenwärtigen Stand der Organisation anführen. Die internationale Organisation der Transportarbeiter ist am 14. Februar 1887 auf einer Konferenz in London angeregt und am 14. Juni desselben Jahres auf einer zweiten Konferenz endgiltig begründet worden. Kurz nach ihrer Gründung schlossen sich ihr bereits 54 000 Arbeiter an, von denen 36 000 allein auf England kamen. Die übrigen nationalen Organisationen lagen danieder, oder es bestanden überhaupt keine Organisationen. Es war recht schwer, den Bund, der zunächst nur Hafentarbeiter und Seeleute umfasste, lebensfähig zu erhalten, obwohl sein Programm ein recht vielversprechendes war. Mit der Zeit kam man zu der ganz richtigen Auffassung, dass der Rahmen des Bundes erweitert und ausser den Hafentarbeitern und Seeleuten auch die übrigen dem Transportgewerbe angehörenden Berufe und deren Organisationen für den Bund gewonnen werden müssten. Zu diesem Zwecke fand im September 1900 ein allgemeiner internationaler Transportarbeitercongress in Paris statt,

Nach hartem, in dreitägiger Debatte geführtem Redekampfe

und nach Ueberwindung einer Reihe von Schwierigkeiten gelang es, den Bund in dem beabsichtigten erweiterten Rahmen, und zwar mit demselben Programm, wie es der bisherige gehabt hatte, ins Leben zu rufen. Viel Mühe hat es gekostet, das rohe Gerüst dieser Organisation, wie es der Pariser Congress errichtet hatte, zu einem stabilen Organisationsbau auszugestalten. Namentlich mangelte es noch in allen in Frage kommenden Berufen und Nationen an dem genügenden Verständnis und Interesse für einen internationalen Zusammenschluss. Trotz alledem hat der Bund gute Fortschritte gemacht. Nach dem letzten Bericht, den der Bundessecretair im October vorigen Jahres gab, sind folgende Organisationen dem Bunde angeschlossen:

Hafenarbeiter	London	mit	13 800	Mitgliedern
Kohlenarbeiter	"	"	4 600	"
Seeleute	"	"	5 000	"
Hafenarbeiter	Deutschland	"	15 933	"
Seeleute	"	"	3 294	"
"	Holland	"	2 000	"
"	Belgien	"	1 600	"
"	Norwegen	"	1 200	"
"	Frankreich	"	5 904	"
Eisenbahnarbeiter . . .	"	"	15 809	"
"	Oesterreich	"	15 000	"
Transportarbeiter . . .	Schweden	"	5 500	"
"	Dänemark	"	5 000	"
Summa				94 640 Mitglieder

In der Zeit nach Erstattung dieses Berichts haben auch noch die deutschen Transport- und Verkehrsarbeiter sowie die deutschen Eisenbahner ihren Anschluss an den Bund vollzogen, so dass ihm zur Zeit wohl insgesamt 125 000 organisierte Transportarbeiter der verschiedenen Branchen angeschlossen sein dürften. Ferner werden mit America, Australien, Japan, Russland und Italien Unterhandlungen bezüglich des Anschlusses gepflogen.

Diese junge, noch in den Kinderschuhen steckende Organisation wäre gewiss das erste und schwerste Opfer jenes unglücklichen Boycottplanes geworden. Das harmonische Verhältnis, dessen Herstellung zwischen den verschiedenen Ländern gelungen zu sein scheint, wäre mit einem Schlage aufgelöst und das die Transportarbeiter umschliessende Band der Solidarität wäre in der unverantwortlichsten Weise zerrissen worden, und das zu gunsten zweier Republiken mit capitalistischem Regime und einer stark conservativen, rein agrarisch veranlagten Bevölkerung.

Die drohende Gefahr ist vorüber, der utopistische Plan ist fallen gelassen. Die Holländer selbst haben ihn aufgegeben. Leider musste es erst zu unliebsamen Reibungen im eigenen Lager kommen, ehe man, der besseren Einsicht Folge gebend, den erwähnten Entschluss fasste.

Ich bin weit davon entfernt, den holländischen Hafenarbeitern einen Vorwurf daraus zu machen, dass sie uns jenen Plan unterbreitet haben, wenngleich ich die Art, wie sie die Action eingeleitet

haben, nicht billigen kann. Ich begreife es auch, dass es den Holländern, als Stammverwandten der Boeren, schwer gefallen ist, den Plan aufzugeben. Ich kann es aber nicht entschieden genug verurteilen, dass man von Holland aus einzelnen Männern und Körperschaften, die den Plan aus ebenso guter und tiefer Ueberzeugung, als er von den Holländern aufgerollt worden, bekämpft haben, die schwersten Vorwürfe gemacht hat, ohne auch nur den Versuch zu machen, dieselben hinreichend zu begründen. Bei ruhiger Ueberlegung wird man auch in Holland zu der Ueberzeugung kommen, dass jene Männer mit der Bekämpfung des Planes ein gutes Werk gethan haben, dass sie nicht der Bourgeoisie in die Hände gearbeitet, sondern den Seecapitalisten eine langerhoffte Gelegenheit genommen haben, auf die ihnen entgegentretenden Organisationen loszuschlagen.

Die bürgerliche Presse aller Schattierungen hat, nachdem der Plan am 10. December aufgegeben worden war, ihre Glossen über die angebliche Ohnmacht der internationalen Arbeiterbewegung gemacht. Wir aber haben das Bewusstsein, dass das Proletariat durch Aufgabe jenes Planes sich in seinen internationalen Bestrebungen nichts vergeben hat. Das Proletariat aller Länder wird nach wie vor bestrebt sein, sich nicht allein wirtschaftlich zu stärken und seine Position immer mehr zu befestigen, sondern es wird auch in den Besitz der politischen Macht zu gelangen suchen. Ist es erst einmal im Besitze derselben, dann werden Kriegsschrecken, wie die in Südafrika, für immer der Vergangenheit angehören.

Der begrabene Boycottplan hat zwar gezeigt, wie verhältnismässig schwach das Proletariat noch ist, er hat uns aber auch gezeigt, was wir zu leisten im Stande sind, wenn wir die Macht besitzen. Streben wir diese an und verzetteln wir unsere wenigen Kräfte nicht in unglücklichen Versuchen, einstweilen noch unausführbare Aufgaben zu lösen!

Bodenreform und Socialismus.

Von

Sadi Gunter.

(Hamburg.)

Es war, wenn wir nicht irren, Max Schippel, der zuerst die Bodenreform den Socialismus der aufgeklärten Industriellen genannt hat. Und dieses Wort hat sich denn auch kürzlich Paul Göhre in seinem Aufsatz über die Wandlung der Nationalsocialen zu eigen gemacht.

Ganz falsch ist es ja nicht; aber man muss denn doch sagen, dass es dann sehr wenige aufgeklärte Industrielle giebt. Grundbesitzer, Beamte, Lehrer und dergl. Leute scheinen sich im allgemeinen mehr mit den Lehren der Bodenreform zu befreunden, als gerade Industrielle. Diese sind durch ihr directes Interesse verhältnismässig selten an der Bodenreform interessiert, da meist der Grund und Boden bei ihnen im Verhältnis zu ihrem sonstigen Capital einen kleinen Teil ausmacht. Und wenn sie Interesse daran haben, so haben sie es leicht im Profitinteresse, als Speculanten.

Aber hierauf kann es doch dem Socialisten auch gar nicht ankommen,

wenn es sich darum handelt, zu einer Frage Stellung zu nehmen. Es kann ihn, wenn eine Massregel in der Richtung seiner Tendenzen liegt, wenig kümmern, ob sie momentan auch dieser oder jener anderen Classe nützt, die er im übrigen bekämpfen muss. Die Partei hat ja schon wiederholt (Nordostseecanal u. s. w.) Schöpfungen zugestimmt, die in erster Linie dem Aufblühen der Industrie und des Handels dienlich sind, aber an sich nicht das mindeste dazu beitragen, das Ausbeutungsverhältnis zwischen Capital und Arbeit zu gunsten der letzteren zu verschieben. Die einzige Thatsache, dass gewisse Culturwerke, indem sie dem Capital nützen, auch indirect der Arbeit zu gute kommen, hat in solchen Fällen zu deren Annahme genügt, obwohl das socialistische Endziel, die Befreiung der Arbeit von der Capitalherrschaft, nur insofern dadurch gefördert wird, als die Entwicklung des Industrialismus überhaupt Vorbedingung zur Erreichung jenes Zieles ist.

So kommt es auch bei kritischer Betrachtung der Bodenreformvorschläge zunächst darauf an, ob sie in letzterer Hinsicht vorteilhaft wirken; und wenn sie wirklich eine Stärkung des Industrialismus zur Folge hätten, so dürfte der Socialismus ihnen schon aus genanntem Grunde mindestens nicht ablehnend gegenüberstehen.

Freilich könnte das einen besonderen Eifer, für die Vorschläge der Bodenreformer einzutreten, noch nicht aufkommen lassen. Um den zu erwecken, müssten sich diese Vorschläge erstlich als direct für die Sache der Socialisierung bzw. für die Befreiung vom Alp des Capitalismus als förderlich erweisen, zweitens aber wenigstens teilweise unter den heute gegebenen Verhältnissen eine Verwirklichung erhoffen lassen.

Die Ueberzeugung, dass hier in der That schon heute ein Arbeitsfeld für den Socialismus vorhanden ist, dem er weit mehr als bisher seine Aufmerksamkeit zuwenden muss, scheint denn auch unter den praktischen Politikern der socialdemokratischen Partei mehr und mehr anerkannt zu werden. Noch nicht lange, da standen die Praktiker diesen Fragen ganz auffallend verständnislos gegenüber; und es sind darüber in der Zeitschrift der Bodenreformer, der Deutschen Volksstimme¹⁾, eine Reihe wirklich auffallender Exempel veröffentlicht worden. Sie nochmals hervorzuholen und zu besprechen, wäre freilich heute zwecklos. Nachdem schon mehrfach, z. B. von Paul Hirsch, bei Gelegenheit einer Besprechung von Damaschkes und Trimborn-Thissens Schriften über Gemeindepolitik²⁾, auf die Mängel in den socialistischen Gemeindeprogrammen hingewiesen worden, hat Dr. Südekum eine Resolution auf dem Lübecker Parteitage zur Annahme gebracht, die eine ganze Reihe von Gedanken mit dem bodenreformerischen Programm gemeinsam hat.

Ob und wie weit er diese unter Zuhilfenahme der bodenreformerischen Schriften abgefasst hat oder ob er sie ihren theoretischen Grundlagen nach aus dem dritten Bande von Karl Marx unter Zuhilfenahme praktischer Erfahrungen abgeleitet hat, ist bei der Kürze des im Lübecker Protokoll gegebenen Auszugs nicht ersichtlich. Thatsächlich entspricht der grösste Teil der vorgeschlagenen Resolution den Vorschlägen der Bodenreformer.

Es ist nun nicht meine Absicht, hier die Unterschiede im einzelnen zu besprechen und das Für oder Wider zu discutieren; es ist auch nicht der Zweck meiner Arbeit, zu erörtern, ob und in welcher Weise ein praktisches Zusammenarbeiten der socialistischen und der bürgerlichen Kräfte auf diesem Gebiete möglich wäre. Ersteres würde zu weit in Einzelheiten führen, letzteres aber ist der Erwägung der praktischen Politiker hüben und drüben anheimzugeben. Mir ist es hier darum zu thun, einen grösseren Gesichtspunct in den Vorder-

¹⁾ Vergl. z. B. daselbst 1900, No. 11, 1901, No. 15 u. a.

²⁾ Socialistische Monatshefte, 1900, pag. 361 ff.

grund zu schieben, der meines Erachtens nicht sowohl für die taktische Stellung zu der Gruppe der Bodenreformer, als für die principielle Stellung zur Bodenreform als Theorie einige Wichtigkeit besitzen und, wenn als richtig anerkannt, auch praktische Consequenzen, vor allem hinsichtlich der Besteuerungsfrage, zeitigen dürfte.

Es handelt sich, kurz gesagt, darum, die grundverschiedene volkswirtschaftliche Wirksamkeit des Industriecapitals samt seinen Anhängseln (Handelscapital) und des Bodencapitals nebst Zubehör (Hypotheken) im capitalistischen System ins Licht zu stellen.

Betreffs der Entstehungsweise des Capitals schliesse ich mich den Forschungsergebnissen von Karl Marx ziemlich uneingeschränkt an und glaube, dass sowohl die von socialistischer als von nichtsocialistischer Seite gegen die Tragfähigkeit seiner Wert- und Capitaltheorie erhobenen Einwände auf Missverständnissen beruhen. Capital ist mir mit Marx nicht etwa der Besitz als solcher, wie er vermöge einer Art innerer optischer Täuschung so leicht selbst von solchen aufgefasst wird, die tiefer eingedrungen sind, sondern einzig ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis, in das solcher Besitz eintreten kann und heute vorwiegend eintritt. Zum Capital wird ein Besitz nur vermöge der unter bestimmten Verhältnissen erlangten Fähigkeit, ohne eigene Arbeit ein Plus für den Besitzer einzubringen, ein Plus, das natürlich, da es nicht vom Himmel fallen kann, einen Tribut darstellt, der in indirecter Weise von der Arbeit oder dem Besitz anderer erhoben wird. Nur soweit der Besitz dies thut, ist er thatsächlich Capital. Der Acker des Bauern, die Werkstatt des Handwerkers, das Geld, mit dem beide ihr Werkzeug, ihre Materialien kaufen, sind dann nicht Capital zu nennen, wenn jene Leute den Besitz selbst bearbeiten. Aber der Acker, der dem Bauern eben noch blosses Productionsmittel war, wird ihm zum Capital, sobald er ihn vom Tagelöhner bebauen lässt und den Ertragsüberschuss einstreicht oder sobald er ihn verpachtet. Die Grenze, bei der ein Besitz Capital zu werden beginnt oder aufhört, mag praktisch oft unbestimmbar sein, theoretisch aber ist sie bei dieser Capitalsauffassung scharf festgelegt.

Diese für den Marxisten selbstverständlichen Sätze betone ich hier nochmals besonders, weil gerade hier ein grundlegender Unterschied gegen die Capitalsauffassung der Häupter der Bodenreform, vor allem gegen Henry George vorliegt. Dieser Mann unterscheidet: Grund und Boden. Arbeit und Capital³⁾, schliesst also den Grund und Boden von vornherein vom Capitalbegriff aus und beschränkt letzteren bloss auf die „Güter“. Aber nicht diese insgesamt sind ihm Capital, sondern nur die, die der Production bestimmt sind, und zwar nur, sofern sie sich im „Austauschverhältnis“ befinden; als Austauschverhältnis gilt ihm dabei der ganze Productions- und Circulationsprocess. Er sieht also wohl ein, dass „Güter“ nur in einem bestimmten „Verhältnis“ Capital sind, aber es ist ihm gänzlich gleichgiltig, ob dies ein in unserm Sinne nichtcapitalistisches Arbeitsverhältnis ist oder ob es der capitalistischen Umschlagsform: $\text{Geld}^1 - \text{Ware} - \text{Geld}^2 = \text{Geld}^1 + \text{Mehrwert}$ entspricht. Diesem seinem Capital, dessen productive Leistung er einzig ins Auge fasst, stellt er die Bodenwerte gegenüber, die nach ihm die Function haben, dem productiven Capital seine Erträge zu verkürzen. Er sagt: „Die Wertsteigerung des Grund und Bodens stellt keine Vermehrung der gemeinsamen Güter dar; denn was die Grundbesitzer durch höhere Preise gewinnen, das büssen die Käufer oder Pächter, welche dieselben zu zahlen haben, ein.

³⁾ Vergl. Henry George: Fortschritt und Armut. Uebersetzt von Gütschow. 4. Aufl.; pag. 31.

Und alle diese relativen Güter, die nach der gewöhnlichen Ansicht und nach dem Sprachgebrauch, in Recht und Gesetz von wirklichen Gütern nicht verschieden sind, könnten mit nichts weiter, als — ein paar Tropfen Tinte und einem Stück Papier gänzlich aus der Welt geschafft werden, ... ohne dass darum der Gesamtreichtum um den Wert einer Prise Tabak vermindert würde.“⁴⁾ Das Mittel, das ihm dazu dienen soll, ist „die Rente durch Besteuerung zu appropriieren“.⁵⁾

Wenn wir diese Theorie betrachten, so werden wir keinen Augenblick darüber in Zweifel sein, dass sie wissenschaftlich unzulänglich ist, dass sie den Capitalbegriff auf der einen Seite zu weit fasst, dass sie den Tribut, den auch das Industriecapital von der Arbeit fordert, gar nicht in Anschlag bringt und dass sie vor allem die Art und Weise, wie das Capital heute den Mehrwert entstehen lässt, gar nicht analysiert. Dass George den Bodenwert überhaupt nicht Capital nennen will, ist dagegen von geringerem Belang; denn gerade ihn fasst er ja als Feind ins Auge. Flürsheim hat ihn nebst seinen Anhängern als „künstliches“ oder „falsches“ Capital in den Capitalbegriff aufgenommen, ohne damit eine wesentliche Aenderung in der Theorie selber zu schaffen.

Aber eine Theorie kann an sich falsch sein und doch einen bemerkenswerten Gesichtspunct in sich enthalten, den die richtige Theorie nicht so hervortreten lässt. So ist es meiner Ueberzeugung nach auch hier. Freilich hat Marx die Bedeutung des Bodens nicht verkannt. Nach ihm ist die Naturkraft richtig nicht als Quelle eines Surplusprofits, sondern als dessen „Naturbasis“⁶⁾ gekennzeichnet, deren monopolistischer Charakter den Grundeigentümer befähigt, einen Teil des Surplusprofits aus der Tasche des Fabricanten in seine eigene zu locken. Durch Capitalisierung der Rente entsteht — hier stimmen George und Flürsheim zu — der Bodenpreis. Durch Darlegung dieser Bewegung hat er zweifellos den Zusammenhang richtig erklärt. Bei dieser Erklärung aber kann naturgemäss der Unterschied der Function, die der Boden als „Naturbasis des Surplusprofits“ hat, von der des Industriecapitals nicht so grell hervortreten; er wird durch die logischen Verknüpfungen verdeckt, und das Auge wendet sich, wenn nun zum Angriff geschritten werden soll, unwillkürlich auf den Punct, wo das Capital im Productionsprocess den Mehrwert erzeugt. Nach dem Grundsatz, dass man, falls ein Uebel gebessert werden soll, dessen Herd und nicht dessen Folgeerscheinungen und Symptome zu bekämpfen hat, ist man dann natürlich geneigt, hier den Hebel anzusetzen, in der Veränderung der Productionsweise nicht nur das Ziel, sondern auch den Ausgangspunct der sozialen Heilung zu sehen und die Socialisierung des Bodens als ein freilich notwendiges, aber doch nur beiher zu erstrebendes Ziel anzusehen. Zudem spürt das industrielle Proletariat, die Kerntruppe des Socialismus, die Schäden des Capitalismus am nachdrücklichsten in seinem Verhältnis zum Unternehmertum.

Freilich lassen sich aus Marx selbst Gesichtspuncte entwickeln, die veranlassen können, den Sachverhalt in etwas anderem Lichte zu sehen. So verschiedene Stellen im dritten Bande des Capital, besonders auch die, an der er sagt, dass das Monopol des Grundeigentums historische Voraussetzung und dauernde Grundlage der capitalistischen wie aller vorhergehenden Ausbeutung ist⁷⁾, so vor allem auch das Capitel über die Wakefieldsche Colonisationstheorie im ersten Bande des Capital. Das darf die Frage mindestens als berechtigt erscheinen lassen, ob nicht der erste und grundlegende Angriffspunct

⁴⁾ a. a. O., pag. 33.

⁵⁾ a. a. O., pag. 359.

⁶⁾ Vergl. Karl Marx: Das Capital. III. Bd.; pag. 187.

⁷⁾ a. a. O., pag. 156.

dennoch im Grund- und Bodenmonopol zu suchen sei. Es könnte da ähnlich zugehen wie bei einer Wiese, die trotz aller Mühe und Arbeit immer wieder saure Gräser sprossen lässt, die aber durch Drainage und Bestreuen mit Kainit und Thomasschlacke gezwungen wird, ganz von selber dem sauren Gras den Abschied zu geben und sich mit gutem Gras zu bestocken. Ist nun auch in unserem Falle wohl nicht zu erwarten, dass eine durchgeführte Bodenreform den Capitalismus überhaupt so spontan beseitigen werde, so könnte doch die Abwerfung des Alps, den das Bodenmonopol auf unsere Entwicklung legt, die sonstige Arbeit zum Ziele genossenschaftlicher Selbstverwaltung erheblich erleichtern.

Dieser Gedanke wird ja natürlich demjenigen Socialisten ein Greuel sein, der noch in der Doctrin befangen ist, dass eines schönen Tages nach einer grossen Katastrophe die politische Macht in die Hände des Proletariats fällt und dass dann von allen Seiten her zugleich die Socialisierung im Sturmschritt vollzogen wird. Wer dagegen, wie auch wir, derartiger Entwicklungsmöglichkeit ein geringes Vertrauen entgegenbringt, der wird wohl erwägen dürfen, welche Seite der capitalistischen Festung am wichtigsten, am leichtesten zu bestürmen ist und wo man am leichtesten Zuzug aus anderen Lagern zu erwarten hat. Und wenn diese drei Erwägungen zusammentreffen sollten, so kann doch wohl über die Angriffsfront kein begründeter Zweifel bestehen. Dass bei allen Massregeln das Ziel als Massstab und Leitstern fest im Auge zu behalten ist, versteht sich natürlich von selbst.

Erwägen wir nun zunächst, welcher einschneidender Unterschied zwischen den Bodenwerten und den Industriewerten, sowohl in ihrer gegenwärtigen Function als in der Umbildungsmöglichkeit zum socialistischen Ziele hin besteht.

Die Industriecapitalien, wie sehr man ihre Monopolisierung in Privathänden auch anklagen mag, haben jedenfalls einen Fortschritt in der Production hervorgerufen, wie er in der Geschichte beispieilos ist. Diese Seite des Capitalismus ist denn auch stets von dem Socialismus in allen Tonarten anerkannt worden, vor allem schon vom communistischen Manifest, darin es heisst: „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Classenherrschaft massenhaftere und kolossalere Productivkräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen.“

Aber dies Lob kann man auch nur den Industriecapitalien zollen; nicht den Bodencapitalien. Letztere haben wohl heute ebenfalls eine wirtschaftliche Function: sie müssen die Profite ausgleichen helfen. Deshalb gilt ein Boden, auf dem 20 000 Mark „verdient“ werden, beim Verkaufe zehnmal so viel, als ein gleich grosser Boden, auf dem bei gleichem Aufwand nur 2000 Mark herauspringen. Aber diese Werthbeträge werden in letzter Linie der productiven Arbeit entnommen, um nun auf dem Capitalmarkt der unproductiven Werte zu circulieren. Und je mehr das Bodenmonopol an Tributen an sich reissen kann, je mehr es die Arbeitsstätten, die Wohnungen verteuert, um so mehr Werthbeträge entzieht es der productiven Arbeit und um so mehr vermindert es die Fähigkeit, wirkliche Arbeitsproducte zu consumieren oder zu neuer Production zu verwenden.

Nun bildet ja der gesamte Markt der Capitalwerte, der Industriecapitalien wie der Bodencapitalien, ein besonderes Gebiet, das entgegengesetzten Principien folgt, als der Warenmarkt. Auf letzterem werden die Producte normalerweise danach höher oder geringer bewertet, dass die Erzeugung der vom Markt erforderten Menge mehr oder weniger durchschnittliche gesellschaftliche Arbeit kostet. Die Capitalwerte dagegen bemessen ihre Curse nach der Höhe der Profite, die sie ohne eigene Arbeit des Capitalbesitzers ein-

bringen können. Der Warenwert, der in den Industriecapitalien mit enthalten ist, spielt bei ihrer Bewertung durchaus nicht die entscheidende Rolle. Der wesentlich preisbildende Factor ist die Profrithöhe bzw. die Profiterwartung.

Aber während derjenige Teil der Capitalien, der auf der Industrie begründet ist, wenigstens die Production fördern hilft, während die Aussicht auf Profite auf diesem Gebiet zu Unternehmungen spornt, Arbeit in Bewegung setzt und dadurch eine wirtschaftlich nützliche Thätigkeit unter heutigen Verhältnissen entwickelt, ist bei den Bodenwerten und Hypotheken genau das Entgegengesetzte der Fall.

Jene Industriewerte stellen wenigstens zum grossen Teil Werte dar, die, auch vom socialistischen Standpunkte betrachtet, den einzelnen Producenten niemals zuflössen, sondern zur Erhaltung und Mehrung der Production verwandt werden müssten. Sie sind also, soweit sie diese Function haben, nicht unter dem Gesichtspunct der Ausbeutung zu bekämpfen, sondern unter dem Gesichtspuncte, dass hier auf Grund eines Besitztitels ein Privatcommando über gemeinsam erzeugte Werte und gemeinsam verrichtete Arbeiten ausgeübt wird. Das alte Princip des Despotismus ist hier der wesentliche Feind, die Ausbeutung besteht bei den so verwandten Capitalien nur in der Entziehung des Mitbestimmungsrechtes.

Den Bodenwerten dagegen wohnt keine productionsfördernde Kraft inne. Sie tragen, neben dem despotischen Charakter, einen ausbeuterischen Charakter im eigentlichen Sinne an sich. Sie sind es, in denen das heutige Capital seine ausbeuterischen Kräfte zusammenfasst. Die jeweiligen Vorbesitzer beuten die Käufer, die Hypothekengläubiger die Besitzer und sie allesamt die übrige Menschheit aus, ohne dem volkswirtschaftlichen Ganzen durch ihre Thätigkeit die mindeste Gegengabe zu leisten. Sie saugen bloss, einem Schwamme gleich, die Ergebnisse der productiven Entwicklung ein. Sie sind die „tote Hand“ im modernen Wirtschaftssystem. Diese tote Hand übt nun aber — und das ist wesentlich — damit eine hemmende Wirkung auf die Productionsentwicklung selbst aus. Denn alle diejenigen Beträge, welche die Nachbesitzer den Vorbesitzern, die Zinsschuldner den Hypothekengläubigern zahlen müssen, entgehen den ersteren für ihren productiven Betrieb. Sie müssen die entsprechenden Capital- bzw. Zinsbeträge erst aufbringen, ehe ihnen ein Profit aus ihrem Unternehmen selbst zu teil wird. Und so bildet das Bodencapital, vor allem, wenn es in Hypothekenform auftritt, ein lähmendes Bleigewicht für die Unternehmung und, falls die aufwärts gehende Entwicklung nicht anhält, den Ruin von so und so vielen Unternehmungen.

Dadurch aber hemmt es vor allem auch die Bestrebungen der Arbeiterschaft, sich höhere Löhne zu erringen. Denn wenn auch einzelne Unternehmungen blühen und höhere Löhne zahlen können: der Lohn wird nicht nach diesen einzelnen, sondern nach dem Durchschnitt bestimmt. Und die Gesamtheit der Unternehmer muss natürlich den Bestrebungen der Arbeiter um so schärferen Widerstand entgegensetzen, je mehr ihr selbst ihr Profit von seiten des Bodencapitals verkürzt wird. Andernfalls würde ja für sie der Ansporn zur Production überhaupt schwinden; und dann wäre die Arbeit unter heutigen Verhältnissen erst recht lahmgelegt.

In wie hohem Masse sodann auch die in aufsteigenden Zeiten glücklich errungenen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen der Arbeit direct auf dem Wege der Wohnungsvertuerung vom Bodencapital wieder abgenommen werden, darauf braucht bloss hingewiesen zu werden.

Damit ist, glaube ich, dargethan, dass in der That die in immer steigendem Masse der Production entfremdeten und in der Sphäre der Bodenwerte cir-

culierenden Summen heute die verderblichste Hauptmacht des Capitalismus darstellen und dass schon eine Erleichterung dieses immer unheimlicher anwachsenden Druckes eine Verschiebung der Kräfte zu gunsten der Arbeit bedeuten muss. Sollte es möglich sein, diesen Teil des Capitals in erheblichem Masse unschädlich zu machen, so müsste die Arbeiterschaft ohne weiteres im Kampfe um günstigere Arbeits- und Lohnbedingungen, sowie in ihrer organisatorischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Thätigkeit eine Kräftigung davontragen.

Es ist aber technisch möglich, diesen Teil des Capitalismus zu beseitigen, ohne dass die productive Entwicklung dadurch im mindesten gestört würde. Das wäre bei unvermittelter Vergesellschaftung des Industriecapitals, wie ich glaube, keineswegs der Fall. Stellen wir uns vor, es sei die politische Macht vorhanden, diese Massregel zu decretieren. Es will uns scheinen, dass mit dieser Decretur noch keineswegs die Verwandlung der capitalistischen Betriebe in Genossenschaftsbetriebe ohne weiteres ermöglicht wäre. Denn die Ueberführung so vieler Betriebe erforderte eine Umwandlung der ganzen gesellschaftlichen Organisation, eine Umlegung all der Canäle, durch die heute das gesellschaftliche Leben strömt. Ob dazu die nötige Schulung der Leiter selbst im günstigsten Falle reichen, ob vor allem diejenige Selbstzucht in den Massen, die zu der Durchführung dieser Aenderung erforderlich ist, sich so unvermittelt einstellen würde, darf man billig bezweifeln. Die bis jetzt in den Consumvereinen mit angegliederter Production, diesen Vorschulen genossenschaftlicher Selbstverwaltung, gemachten Erfahrungen sind, bei allem Erfreulichen, doch noch nicht dazu angethan, glauben zu lassen, es seien die Kräfte zu einer so gewaltigen organisatorischen Umschaltung der gesamten Volkswirtschaft bereits vorhanden. Auf diesem Gebiete dürfte der Capitalismus nur allmählich umgewandelt werden können.⁸⁾

Dagegen könnte das Bodencapital, wie Henry George ganz recht sagt, wenn man es bloss technisch ansieht, mit einem Federstrich beseitigt werden, ohne dass die Production auch nur im mindesten darüber in Verwirrung geriete.

Betrachten wir, um das anschaulich zu machen, zunächst wieder alle Capitalwerte insgesamt. Da sie alle zum grossen Teil nur capitalisierte Profite darstellen, so braucht man nur eine Steuer darauf zu legen, die der Höhe des Profites entspricht, um sofort den eigentlichen Capitalwert auf Null herabzusetzen. Es bliebe nur der Wertbetrag übrig, dem wirkliche Productenwerte entsprächen.⁹⁾

Das kann, wenn man es theoretisch nimmt, bei allen Capitalwerten geschehen. Man könnte also durch eine derartige Besteuerung den ganzen Capitalismus mit einem Schlage lahmlegen, wenn man die Macht dazu besässe.

Aber vergegenwärtigen wir uns die Folgen. Diese würden ganz grundverschieden sein, je nachdem wir diese Massregel auch auf die Industriecapitalien ausdehnten oder bloss die Bodencapitalien trafen. Sobald man den Profit der Industriecapitalien wegsteuerte, würden sofort alle Betriebe still stehen, da kein Unternehmer ein Interesse mehr an der Production hätte.

⁸⁾ Dass auch hier grosse Verschiedenheiten, je nach Art der Betriebe, bestehen, ist natürlich. Eisenbahnen, Bergwerke und dergl. lassen sich leichter gemeinsam verwalten, als Kleider- oder Möbelfabriken.

⁹⁾ Die Auflage einer Steuer auf Arbeitsproducte hat ja, nebenbei bemerkt, eine Erhöhung ihres Preises zur Folge, und solche Steuern sind bekanntlich auf die Consumenten abzuwälzen. Die Auflage einer Steuer auf Capitalwerte aber nimmt einen Teil des Profits, setzt daher den Kaufwert des Profits herab und kann seiner Natur nach nicht abgewälzt werden, es sei denn, dass man das Capital losschlägt, ehe die anderen merken, was geschehen wird.

Allgemeine Arbeitslosigkeit, Auswanderung der Capitalien, ein ungeheures Chaos wäre die notwendige Folge. Steuerte man dagegen die Bodenwerte bis auf den Nullpunct weg, so wäre die Folge ganz anders. Es würden freilich bei plötzlicher und unterschiedsloser Durchführung eine Menge von Einzelexistenzen zusammenbrechen; aber die Production würde ruhig weitergehen. Ihr wäre es ganz gleichgiltig, ob sie die Summen, die sie in Zinsen bezahlen muss, an die Gemeinschaft oder an den Gläubiger ablieferte. Und die Kaufwerte, d. h. die Capitalien, die bei Neuerwerb in den Boden gesteckt werden müssten, fielen jetzt weg. Diese Summen könnten nunmehr in der Production befruchtend wirken, wodurch, wie gesagt, auch die Widerstandskraft der Unternehmer gegen Lohnerhöhungen gemindert würde.

Ein Einwand wäre hier möglich: der, dass dann doch dieselben Rentensummen nach wie vor abgeliefert werden müssten. Dass der Staat sie in Empfang nähme, wäre ja bei ausreichender demokratischer Controle ganz im socialistischen Interesse; aber es handelt sich nun eben um die Frage, ob der Druck, den das Bodencapital auf die Production ausübt, damit beseitigt würde; denn die Summen würden doch nur, wie es scheint, an andere Stellen dirigiert, nicht aufgehoben. Aber da müssen wir entgegnen: es blieben nicht dieselben Summen, und wo sie es blieben, da würden sie durch andere Triebfedern bestimmt. Der Hausbesitzer, dem ein Pius weggesteuert würde, hätte kein Interesse mehr daran, einen monopolistischen Druck zwecks Erhöhung der Mietspreise auszuüben. Ein solcher würde nur durch eventuelle lebhaftere Nachfrage nach besonderen Oertlichkeiten hervorgerufen. Und da würde dann sofort die Gesellschaft (Staat oder Gemeinde) in eine controlierende und ausgleichende Stellung naturnotwendig hineingezwungen werden. Auf der anderen Seite aber würden die Consumsteuern, die heute die Arbeit belasten, überflüssig werden. Es würden ferner Mittel geschaffen, um die Anleihen zu beseitigen. Gegen deren Beseitigung würde freilich die „arme Witwe“ (wie bei der Sklavenbefreiung in America) in rührender Weise von den Finanzmächten vorgeführt werden. Indessen, nach deren Heimzahlung könnte man die „arme Witwe“ leicht entschädigen, den Staat und die Gemeinde aber von dem beherrschenden Einflusse jener Mächte befreien.

Auf anderweite Bedenken und Folgerungen hier näher einzugehen, muss ich mir versagen. In Wirklichkeit wird ja auch hier die Steuer nicht sofort in radicaler Weise durchzusetzen sein; man wird mit Abschlagszahlungen vorlieb nehmen und froh sein müssen, wenn es alsbald gelingt, wenigstens die Grundwert zu n a h m e einigermassen gründlich zu fassen, die Grundwertsteuer principiell einzuführen und dabei das Princip der Progression in erheblicherem Masse durchzusetzen. Hierbei sei folgende Anmerkung gestattet. Die progressive Einkommensteuer ist, wenn nicht in allen Culturländern durchgeführt, im Einzellande nicht über ein bescheidenes Mass durchzusetzen und nicht einmal wünschbar, solange capitalistische Production herrscht. Denn sie würde, in e i n e m Lande durchgesetzt, zur Abwanderung der Industriecapitalien und damit zur Schädigung der Arbeiter führen. Den Boden aber kann niemand fortschleppen. Hier wäre eine Steigerung der Progression bis zur Totsteuerung der städtischen und ländlichen Latifundien wohl denkbar. Immerhin wird auch hier jeder Fussbreit Boden mühsam erkämpft werden müssen.

Darauf, dass sich heute auch in antisocialistischen Kreisen der Druck des Bodencapitals bereits schmerzlich fühlbar macht und dass der Antrieb immer stärker wird, hier wenigstens etwas zu thun, sei nur nebenher hingewiesen. Wir erinnern an die in preussischen Städten bereits vielfach durchgeführte Grundbesteuerung nach dem Verkaufswert statt nach dem Nutzungswert, an die be-

ginnende Gencigtheit, den künftigen Wertzuwachs, wenigstens zum Teil, für die gemeinschaftliche Casse einzuziehen, an die in dieser Hinsicht bemerkenswerte Landordnung in Kiautschou¹⁰⁾, an die stärker werdende Tendenz zum Erwerb von Gemeindeeigentum und dergl. Ohne diese Dinge irgend zu überschätzen, darf man doch auf sie als auf Beispiele davon hinweisen, wie die Logik der ökonomischen Entwicklung ihre Konsequenzen selbst principiell widerstrebenden Elementen allmählich aufzwingt. Auch an den Gedanken, den Mittellandcanal aus den Ertragnissen einer auf die Wertsteigerung des anliegenden Geländes gelegten Steuer zu bauen, sei nur erinnert.

Ebensowenig können wir hier die wichtige Hypothekenfrage ausführen. Die Hypothekenverstaatlichung, zunächst für künftige Hypothekenbeleihungen, ist natürlich nur Hand in Hand mit einer durchgreifenden Grundwertsteuer zu empfehlen; sonst würde man den Grundbesitzern leicht ein Geschenk aus Staatsmitteln darbringen. Vor allem müsste die verhängnisvolle Erlaubnis an die Hypothekenbanken, Bauplätze zu beleihen, aufgehoben und eine Amortisationsordnung eingeführt werden.¹¹⁾

Alle diese und andere Einzelheiten zu erörtern, hat übrigens nur dann Zweck, wenn erst einmal die fundamentale wirtschaftliche Verschiedenheit von Boden- und Industriecapital erfasst und das Bodencapital als der Angriffspunkt anerkannt ist, an dem zunächst der Hebel angesetzt werden muss. Das Industriecapital ist wesentlich despotisch, aber in seiner reinen Function entwicklungsfördernd; das Bodencapital ist ausschliesslich Wuchercapital, es ist seiner Function nach durchweg ausbeuterisch. Das Industriecapital ist nur durch organisatorische Umbildung zu überwinden, das Bodencapital aber direct durch Besteuerung. Das sind die Grundsätze, nach denen meines Erachtens die praktischen Massnahmen, welche sie auch seien, bemessen werden müssen.

Krise und Wohnungsverhältnisse.

Von

Hugo Lindemann.

(Stuttgart.)

Der grosse Mangel, an dem die Bedeutung der mit den fünfjährigen Volkszählungen verbundenen Wohnungsaufnahmen unserer Grossstädte vorzugsweise leidet, ist die verspätete Aufarbeitung des Materials. Zwei, drei Jahre, selbst noch längere Perioden pflegen zu vergehen, bis die statistischen Aemter mit ihren Darstellungen fertig werden. Dass die mühsam erarbeiteten Resultate dann nur noch historischen Wert haben, liegt auf der Hand. Gerade in den Grossstädten hat die vorwärts treibende Entwicklung die Verhältnisse, wie sie zur Zeit der Wohnungsaufnahme bestanden, vielleicht schon vollständig, sicher in weitem Umfange umgestaltet. Statt Wohnungsmangel herrscht schon wieder Wohnungsüberfluss oder umgekehrt. Die Daten über die Lage des Wohnungsmarktes veralten für praktische Zwecke ausserordentlich schnell: bei der Hausung der Bevölkerung, und vor allem der arbeitenden Classen, handelt es sich eben um Vorgänge, die sich stossweise abspielen. Die folgenden Zahlen, die wir der Leipziger Wohnungstatistik entnehmen, werden dies übergenuß aufweisen. In Leipzig geht die

¹⁰⁾ Vergl. Damaschke: Kamerun und Kiautschou. Berlin. J. Harrwitz Nachf.

¹¹⁾ Vergl. hierüber die sehr bemerkenswerte Schrift von L. Eschwege: Privilegiertes Speculantenium. Berlin. J. Harrwitz Nachf.

Statistik der leerstehenden Wohnungen bis ins Jahr 1885 zurück; es steht uns also eine längere Reihe von Daten zur Verfügung. Da nun aber nur alle 5 Jahre, also 1885, 1890 und 1895 eine Aufnahme aller Wohnungen stattgefunden hat, so mussten wir die Zahl der leerstehenden Wohnungen in den dazwischen liegenden Jahren auf die Zahl der vorhandenen Wohnungen des ersten Jahres des jeweiligen Zeitraums beziehen. Die Procentzahlen der nicht auf 5 oder 0 endenden Jahreszahlen sind daher nicht ganz genau. Sie sind für die Wohnungsklassen, bei denen die absolute Zahl der Wohnungen im Abnehmen ist — das ist in Leipzig bei den Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer der Fall — zu klein, für die übrigen Wohnungsklassen, bei denen die absolute Zahl der Wohnungen wächst, zu gross. Mit dieser Einschränkung also sind die folgenden Ziffern zu verstehen:

J a h r	Der Procentsatz der leerstehenden Wohnungen mit			
	1	2	3	4
	heizbaren Zimmer	heizbaren Zimmern	heizbaren Zimmern	heizbaren Zimmern
	zu den vorhandenen Wohnungen betrug			
1885	1,36	0,94	1,56	2,06
1886	0,73	0,59	1,23	2,44
1887	0,77	0,87	2,05	3,28
1888	0,87	1,57	3,41	4,85
1889	1,74	3,62	5,27	7,12
1890	5,72	6,58	6,82	6,09
1891	4,92	6,85	7,09	5,77
1892	5,51	6,52	7,57	6,11
1893	4,28	6,13	6,37	6,05
1894	4,53	5,00	6,07	5,47
1895	3,77	4,10	4,19	4,38
1896	1,71	1,33	2,04	2,59
1897	0,61	0,71	0,63	1,64
1898	0,55	0,64	0,90	1,71
1899	0,58	0,71	1,00	2,26
1900	1,26	0,62	1,22	2,27

Im allgemeinen nimmt man an, dass ca. 3 % der Wohnungen, natürlich gleichmässig in den einzelnen Wohnungsklassen, normalerweise leer zu stehen haben, um die notwendigen Wohnungswechsel zu ermöglichen. Unsere Zahlenreihen zeigen, dass die Norm niemals Norm ist, dass vielmehr Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage bald über, bald unter derselben oscillieren. Dann tritt aber vor allem sehr deutlich in ihnen hervor, wie stossweise die Vorgänge auf dem Wohnungsmarkte sich abspielen. Das gilt besonders für die Jahre 1889 und 1890 und ferner für 1895 und 1896. Zwischen 1889 und 1890 schwillt die Zahl der leerstehenden Wohnungen und der Classe der Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer von 1,74 % auf 5,72 %, in der der zweizimmerigen Wohnungen von 3,62 % auf 6,58 %. Entgegengesetzt können wir eine rapide Abnahme der leerstehenden Wohnungen in der Zeit von 1895 bis 1896 von 3,77 % auf 1,71 %, bezw. von 4,10 % auf 1,33 % beobachten. Dieses Auseinanderklaffen von Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage ist eine natürliche Erscheinung in dem Entwicklungsgang unserer Städte und in erster Linie bedingt durch den capitalistischen Charakter des industriellen Productionsprocesses; zur Verschärfung dieses Gegensatzes trägt dann weiter die Thatsache bei, dass die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der zugezogenen oder zugewachsenen Bevölkerung so gut wie ausschliesslich in den Händen des privaten Bauunternehmertums liegt. Die städtische Bauindustrie zeigt, wie alle anderen Industrien, den gleichen Cyclus des

Productionsaufschwunges und der Krise; ausserdem ist das Bedürfnisgebiet, mit dessen Befriedigung sie sich beschäftigt, noch dem beschränkenden oder ausdehnenden Einfluss des industriellen Productionsprocesses der Gesellschaft überhaupt unterworfen. Plötzlich und acut eintretende Krisen müssen daher auf dem Wohnungsmarkte die tiefsten Wirkungen ausüben und bei statistischen Aufnahmen, die notwendigerweise in gewissen Zeitabständen stattfinden, grosse Ueerraschungen bringen. Am meisten wird das bei weniger industriellen Städten der Fall sein, denen eine Industrieblüte grosse Bevölkerungsmassen in kürzester Zeit zuführte.

Mit der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Krise und Wohnungszuständen ist den statistischen Aemtern eine ausserordentlich interessante und wichtige Aufgabe gestellt, deren Lösung gerade jetzt auch eine grosse praktische Bedeutung zukommt. Unseres Wissens hat erst ein statistisches Amt, das der Stadt Mannheim, diese Aufgabe in Angriff genommen und die Resultate seiner Arbeiten veröffentlicht. Für Mannheim spielt ja auch die Arbeiterwohnungsfrage eine grosse Rolle. Ergab doch die Wohnungsaufnahme vom Jahre 1900, dass ca. 40 % der Bevölkerung in schlechten Wohnungsverhältnissen leben, d. h. in Wohnungen, in denen mehr als zwei Personen auf einen Wohnraum kommen, und dass in den Vorstädten, in der Neckar- und Schwetzingervorstadt, dieser Satz auf 73 % bezw. 63 % steigt. Drei Zählungen liefern uns Material für die Darstellung der Wohnungsverhältnisse und der Entwicklung des Wohnungsmarktes. Im Mai 1900 fand eine Zählung der leerstehenden Wohnungen statt, die 383 leerstehende Wohnungen, d. h. 1,4 % der Gesamtzahl ergab. Am 1. December 1900 wurde in Verbindung mit der Volkszählung eine Wohnungsaufnahme vorgenommen, deren Bearbeitung seit einigen Monaten vorliegt, und schliesslich veranstaltete das statistische Amt in der Zeit vom 16. bis 19. October 1901 wiederum eine Zählung der leerstehenden Wohnungen, deren Resultate im November veröffentlicht wurden. Die erste Zählung fiel in die Zeit, in der der wirtschaftliche Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht hatte; zur Zeit der Volkszählung hatte der wirtschaftliche Niedergang bereits eingesetzt, und die zweite Zählung der leerstehenden Wohnungen zeigt in die Wirkungen einer verheerenden Krise.

In den Jahren 1899 und 1900 bestand in Mannheim ein unzweifelhafter, weitgehender Wohnungsmangel. Im Jahre 1901 hat sich der Wohnungsmangel in Wohnungsüberfluss verwandelt. Die Zählung vom October ergab nämlich 1567 leerstehende Wohnungen, d. h. 5,12 % sämtlicher vorhandenen 30 600 Wohnungen; es standen also reichlich viermal so viel Wohnungen leer, als im Mai des Vorjahres. Fasst man nur die Mieterwohnungen, also mit Ausschluss der Eigentümer- und Dienstwohnungen, ins Auge, so standen 1462 oder 6,5 % aller gewöhnlichen Mietswohnungen leer gegen 362 oder ca. 1,8 % im Vorjahre. Das ist ein so gewaltiger Unterschied, dass er klarer als andere Anzeichen die erschreckende Grösse der wirtschaftlichen Krise ermassen lässt. Unter der Annahme, dass 30 % der Mietswohnungen normalerweise leerstehen haben, würden also in Mannheim ca. 700 leerstehende Wohnungen noch normale Verhältnisse, die weiteren 762 dagegen die Wirkungen der Krise ebenso darstellen, wie die besetzten ca. 340 des Vorjahres den Höhepunkt der wirtschaftlichen Coniunctur ausdrückten. Nun wurden in Mannheim mit dem 1. Januar 1901 1409 Wohnungen fertiggestellt; es ergab sich also eine Ueberproduction von rund 700 Wohnungen. Leider wird in der Veröffentlichung des statistischen Amtes nicht angegeben, wann die Bauten in Angriff genommen sind. Es lässt sich daher nicht genau feststellen, ob der Umschwung der wirtschaftlichen Coniunctur mit einer Beschränkung der Bevölkerungszunahme der Bauunternehmung so plötzlich über den Hals kam, dass sie nicht frühzeitig genug bremsen konnte, oder ob wir es mit einer Unfähigkeit derselben zu thun haben, die Vorgänge des inneren Wirtschaftslebens schnell und richtig zu beurteilen. Da die Wirtschaftskrise bereits in der zweiten Hälfte des

Jahres 1900 einsetzte, so ist für einen grossen Teil der Bauthätigkeit das letztere Urteil ohne Zweifel zutreffend. Man kann zur Entschuldigung der privaten Bauunternehmer anführen, dass ihnen eben die statistischen Mittel fehlen, um sich die notwendigen Kenntnisse zu verschaffen. Ganz mit Recht! Dann sind wohl die einzelnen Unternehmer entschuldigt, aber nicht das ganze Institut der privaten Bauunternehmung. Hält man an diesem fest mit all seinen Mängeln, so muss eben der einzelne Bauunternehmer auch das Risiko tragen, das unaufhörlich mit ihm verbunden ist. Dann haben wir Ueberspeculation, Krach und mehrjährige Stagnation. Will man sie vermeiden, will man die Speculation aus dem ganzen Gebiete ausscheiden, so bleibt nichts anderes übrig, als dass die Städteverwaltungen selbst thätig eingreifen. Die unumgängliche Vorbedingung für eine solche Thätigkeit wäre die Ausgestaltung der Wohnungsstatistik auf der einen, der Arbeitsstatistik auf der anderen Seite. Gerade die Ereignisse des letzten Jahres haben in Mannheim gezeigt, wie nutzlos für die Wohnungsproduction eine Statistik der leerstehenden Wohnungen ist, die nur jährlich einmal stattfindet. In der Zwischenzeit kann eine vollständige Revolution der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten. Die Statistik des Wohnungsmarktes hat also nur dann Wert, wenn sie fortlaufend geführt wird, wenn es möglich ist, — sagen wir: wöchentlich eine Uebersicht über den Stand des Wohnungsmarktes zu geben. Diese Aufgabe liesse sich sehr leicht lösen, wenn die Wohnungsvermieter gezwungen wären, ihre leerstehenden Wohnungen binnen kürzester Frist auf bestimmten Formularen anzumelden und nach geschehener Vermietung wieder abzumelden. In Stuttgart ist bereits beschlossen worden, eine derartige Statistik des Wohnungsmarktes einzurichten und den Meldezwang einzuführen. Man darf auf die Resultate eines solchen Vorgehens mit Recht gespannt sein.

Untersuchen wir nun weiter, wie sich die leerstehenden Wohnungen nach Zimmerzahl und Stadtgegend verteilen. Da die letzte Wohnungszählung erst am 1. December 1900 stattgefunden hatte, war es möglich, den procentualen Anteil der leerstehenden Wohnungen in den einzelnen Wohnungsklassen und innerhalb der Stadtteile aufzuweisen. Es standen also in ganz Mannheim 7,3 % der einzimmerigen, 7,4 % der zweizimmerigen, 5 % der dreizimmerigen, 5,1 % der vierzimmerigen, 5,5 % der fünfzimmerigen, 5,5 % der sechszimmerigen, 6,8 % der siebenzimmerigen Wohnungen und 6 % von Wohnungen mit mehr als 7 Zimmern leer. Am stärksten getroffen sind von dem Rückgang der wirtschaftlichen Conjunction also die kleinen Wohnungen mit ein und zwei Zimmern, die fast ausschliesslich von der Arbeiterklasse bewohnt werden. Von den 1462 leerstehenden Wohnungen gehörten nicht weniger als 1054, d. h. 72 % zu diesen beiden Classen. Dazu bemerkt der Bericht des Statistischen Amtes: „Wir haben bereits früher darauf verwiesen, dass auch diese Thatsache in Rechnung gezogen sein will, wenn der Bauthätigkeit die ungenügende Erstellung von Kleinwohnungen vorgehalten wird. In Mannheim sind in den letzten Jahren besonders viel Zweizimmerwohnungen hergestellt worden, mit dem Erfolg, dass nun, bei nachlassender Conjunction, dieselben massenhaft leer stehen.“

Wie zwischen den Wohnungsklassen, so bestehen auch zwischen den Stadtteilen bedeutende Unterschiede. Wenn wir uns auf die ein- und zweizimmerigen Wohnungen beschränken, so liegen die Verhältnisse am günstigsten in der Innenstadt und dem mit der Innenstadt seiner ganzen Lage nach zusammenhängenden Jurgbusch (die Procentsätze betragen 4,7 und 4,5 bezw. 5,5 und 2,8). Von der Innenstadt aus wächst die Zahl der leerstehenden Wohnungen in dem Masse, wie die einzelnen Stadtteile weiter fort vom Centrum und abgesonderter liegen. In den Stadtteilen Lindenhof und vor allem Neckarvorstadt steigen die Procentsätze auf 13,8 und 10,8 bezw. 12,0 und 13,8. Diese Erscheinung lässt sich nach der Ansicht des Statistischen Amtes nicht ausschliesslich aus der überstarken Bauthätigkeit an der Peripherie erklären, denn die höheren Procentsätze der leer-

stehenden Wohnungen finden sich nicht nur bei den neuen und auch teuren Wohnungen, sondern ebenso bei den älteren Wohnungen, deren Mietspreise zumeist geringer sind, als im Stadttinnern. Für beide Arten von Wohnungen gilt der Satz in gleicher Weise: je weiter entfernt vom Centrum, desto grösser die Zahl der leerstehenden Wohnungen. „Man hat es also“, zu diesem Resultat kommt der Bericht, „mit einer ausgesprochenen Bevorzugung des Centrums seitens der kleinen Mieter zu thun.“ Diese Vorliebe der Arbeiterschaft für centrales Wohnen, die sie unhygienische und selbst teurere Wohnungen im Centrum der Stadt den hygienisch besseren und viel billigeren Wohnungen der Aussenbezirke vorziehen lässt, ist zu bekannt, als dass wir hier ausführlicher darauf einzugehen brauchten. Nur das sei hier im Vorbeigehen hervorgehoben, dass wir in dieser Vorliebe keinen stichhaltigen Grund gegen die modernen Bestrebungen der Stadterweiterungspläne sehen können, durch die Vorschriften der weiträumigen Bauweise die Bevölkerungsmasse auf grössere Gebiete zu verteilen. Dass diese Vorliebe in Zeiten der Krisis in gleicher Weise wirkt, wie in Zeiten des Aufschwunges, ist klar. Die central belegenen Wohnungen werden daher leichter besetzt werden, als die in den Aussenbezirken. Aber dieser Grund reicht doch nicht ganz zur Erklärung der hohen Procentsätze aus. Die Aussenbezirke sind zum grössten Teil Arbeiterquartiere — das gilt auch für die Neckarvorstadt und den Lindenhof in Mannheim —, und die Arbeiterquartiere werden natürlich viel schwerer von jeder wirtschaftlichen Krisis betroffen, als die Wohnquartiere der wohlhabenden und ansässigen Classen. Die Krise verjagt in erster Linie den nunmehr überflüssig gewordenen Teil der Arbeiterbevölkerung aus seinen alten Wohnsitzen. Daher in erster Linie die hohen Procentsätze der leerstehenden Wohnungen in den Mannheimer Aussenbezirken.

Nicht ganz so klar kommt die Contraction der Bevölkerung zum Ausdruck, wenn wir die Verteilung der leerstehenden Wohnungen über die Stockwerke ins Auge fassen. Wir begegnen in Alt-Mannheim einer eigentümlichen Verteilung derselben. Es standen nämlich leer im

	I.	II.	III.	IV.	V. und im Mansarden-Stockwerk des Vorderhauses	Hinterhause
absolut	106	207	267	208	287	161
procentual	9	25	23	18	25	

Wohnungen. Die Maxima liegen also im 2. und 5. bzw. Mansardenstockwerk, während im 1. Stockwerke nur 106 Wohnungen leer stehen. Da nun in allen Grossstädten, selbst in Berlin, die Zahl der im ersten Stockwerk belegenen Wohnungen über 20 % aller Wohnungen beträgt, in Alt-Mannheim 1895 21 %, so kann man mit Recht annehmen, dass in den oberen Stockwerken eine relativ grössere Zahl von Wohnungen leer steht, als in den unteren. Gerade die obersten Stockwerke sind ja auch vornehmlich von der Arbeiterbevölkerung bewohnt, so dass ein derartiger Zustand sich a priori erwarten liess.

Das Facit, das der Bericht des Statistischen Amtes aus den vorstehend besprochenen Untersuchungen zieht, ist folgendes: „Die gewaltige Expansion der überaus rasch gewachsenen Bevölkerung hatte diese in die äussersten Ecken und obersten Winkel getrieben; jetzt, bei geminderter Spannung, weicht sie aus ihnen zuerst wieder zurück.“

Noch interessanter sind die Ergebnisse der statistischen Aufnahme über die für die leerstehenden Wohnungen geforderten Preise. Dabei muss zunächst hervorgehoben werden, dass es sich um geforderte Mietspreise, nicht um bezahlte, handelt, dass also ein Nachlass auf dieselben bei dem Abschluss des Mietsvertrages stets möglich ist. Aber auch nur möglich ist. Im allgemeinen wird wohl stets der Versuch gemacht werden, die Forderung auch durchzusetzen. Für die kleineren Wohnungen von 1, 2 und 3 Zimmern mit Küche wurde October 1901 fast genau

derselbe Durchschnittspreis gefordert, wie im Mai 1900. Bei den grösseren Wohnungen von 5, 6, 8 und mehr Zimmern ist ein Preisnachlass eingetreten, der allerdings nirgend 10 % erreicht. Scheidet man die älteren kleinen Wohnungen von denen in Neubauten, so findet man, dass sich für die ersteren niedrigere oder höchstens ungefähr gleiche Durchschnittspreise, für die letzteren höhere Preise ergeben. Es betrugen nämlich die geforderten Durchschnittspreise für

ältere Wohnungen mit	1	2	3	Zimmern:
Mai 1900:	189 Mk.	291 Mk.	466 Mk.	
October 1901:	188 „	287 „	461 „	
neue Wohnungen mit	1	2	3	Zimmern:
Mai 1900:	185 Mk.	292 Mk.	494 Mk.	
October 1901:	210 „	317 „	495 „	
und die gezahlten Preise für sämtliche Wohnungen in Alt-Mannheim				
December 1900:	192 Mk.	287 Mk.	445 Mk.	

Die allgemeine Tendenz der Wohnungspreise nach oben tritt noch deutlicher hervor, wenn wir nicht Durchschnittspreise berücksichtigen, sondern die statistisch viel wertvollere Verteilung der Wohnungen auf die einzelnen Mietspreisstufen vergleichen. Die in Alt-Mannheim leerstehenden Wohnungen verteilen sich procentualiter in folgender Weise auf die einzelnen Mietspreisstufen:

		101 bis 150 Mk.	151 bis 200 Mk.	201 bis 300 Mk.	301 bis 400 Mk.	401 bis 500 Mk.	501 bis 600 Mk.	über 600 Mk.
Leere Wohnungen	{ 1900	10,8 %	58,1 %	31,1 %	—	—	—	—
mit 1 Zimmer	{ 1901	12,8 „	45,8 „	40,8 „	0,6 %	—	—	—
Leere Wohnungen	{ 1900	2,1 „	7,4 „	52,1 „	33,0 „	3,2 %	1,1 %	1,1 %
mit 2 Zimmern	{ 1901	0,5 „	2,2 „	57,5 „	37,8 „	2,0 „	—	—
Leere Wohnungen	{ 1900	—	—	11,3 „	15,3 „	39,6 „	28,3 „	5,5 „
mit 3 Zimmern	{ 1901	—	—	8,1 „	14,5 „	41,0 „	31,2 „	5,2 „

Bei den einzimmerigen Wohnungen liegt der Schwerpunkt noch, wie bisher, in der Mietsstufe 151 bis 200 Mark; doch ist die Zahl der Wohnungen im Preise von 201 bis 300 Mark so beträchtlich geworden, dass die Differenz zwischen den Procentsätzen dieser beiden Gruppen von 27 % auf 5 % gesunken ist. In der Classe der Zweizimmerwohnungen haben die beiden untersten Mietspreisstufen abgenommen, während die beiden folgenden — 201 bis 300 Mark und 301 bis 400 Mark — zusammen um 10 % zugenommen haben; sie umfassen 1901 nicht weniger als 95,3 % aller dieser Wohnungen. Ganz ähnlich ist die Ab- und Zunahme bei den Dreizimmerwohnungen. Im allgemeinen hat also bis jetzt die Krise auf die Mietspreise der kleinen Wohnungen noch keine herabsetzende Wirkung gehabt. Bei den älteren Wohnungen konnten wir eine Stagnation der Preise beobachten; für neue Wohnungen werden trotz des grösseren Angebotes höhere Preise gefordert. Die Erhöhung ist nicht weiter wunderbar, wenn man einerseits die hohen Materialpreise, die Verteuerung der Baugelder und die Steigerung der Arbeiterlöhne, andererseits die durch den allgemeinen Aufschwung, die Expansion der Städte gesteigerte Grundrente berücksichtigt. Fraglich ist allerdings, ob bei fortdauernder Depression sich die höheren Preise für die kleineren Wohnungen werden durchsetzen lassen. An Versuchen dazu wird es nicht fehlen, und gerade bei den kleineren Wohnungen sind die Chancen des Erfolges am grössten.

Fassen wir noch einmal das Bild des Mannheimer Wohnungsmarktes kurz zusammen: Unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise ein Ueberangebot von Wohnungen, besonders der kleinen Wohnungen von 1 und 2 Zimmern, das um so grösser ist, je weiter ein Stadtteil von dem Centrum entfernt liegt und je mehr er den Charakter des Arbeiterviertels trägt, — und trotz dieser Ueberfüllung des

Marktes gerade bei den kleinen Wohnungen ein Beharren der Preise, ja bei den neu hergestellten sogar eine Steigerung derselben.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn auch andere statistische Aemter den Einfluss der Wirtschaftskrise auf den Wohnungsmarkt nach dem Mannheimer Beispiel zum Gegenstand einer Untersuchung machen würden. Wir würden dann erfahren, ob diese Erscheinungen des Mannheimer Wohnungsmarktes sich in anderen Städten wiederholen, also solche der allgemeinen städtischen Wohnungsentwicklung sind. Würden diese Aemter dann weiter bei ihren Aufnahmen der leerstehenden Wohnungen noch eine Reihe von Fragen stellen, die speciell die Zusammenhänge zwischen der Bewegung der städtischen Arbeiterbevölkerung und dem Kleinwohnungsmarkt zu erfassen suchten, so könnten diese Arbeiten unsere Kenntniss der städtischen Wohnungsverhältnisse um ein bedeutendes weiter bringen.

Käthe Kollwitz.

Von

Charles Loeser.

(Stuttgart.)

Selten wurde ich beim Anblick des Werkes eines neuen Meisters so mächtig bewegt, als in dem Augenblick, da Professor Lehrs, Director des Kupferstichcabinets in Dresden, mich mit den Blättern von Käthe Kollwitz bekannt machte. Niemals, so schien es mir, hatte eine Frau auf dem ganzen Gebiete der modernen und antiken Kunst so gänzlich jedes Anzeichen ihres Geschlechtes vergessen lassen. Hier stand vor mir eine Frau, die sich weder mit Sentimentalität noch mit gesuchter Roheit gab. Sie hatte keine Widersacher, weder hüben noch drüben, gesucht. Das grösste der Probleme: Elend und Leiden der Menschheit, ist ihr vertraut geworden, und sie tritt ihm mit Ruhe und Würde entgegen. Und nun, mit festem Blick und einer Hand, die dem Beschauer Ueberzeugung aufzwingt, schildert sie Scenen der unerbittlichsten Tragödie.

Die unheimliche Gewalt ihrer Werke erinnert an Goyas düstere Phantasieen. Doch um wie viel ernster und überzeugender erscheint uns die Kunst dieser Frau! Denn wie gross auch des Spaniers Macht, Grauen einzuflössen, sein mag, so ist er nicht ganz frei von dem bloss Malerisch-Grotesken, das ihn als Cyniker kennzeichnet. Käthe Kollwitz dagegen führt uns das Schauspiel des Leidens nicht zu unserer Unterhaltung vor, auch bezweckt sie nicht bloss Gefühle des Mitleids in uns zu erregen: als Künstlerin betrachtet sie das Leben leidenschaftslos, mit stoischer Ruhe. Und wohl wissend, dass Kunst ohne Wissenschaft nichts ist, will sie, ganz im rechten Sinne des Mannes der Wissenschaft, sich nur an die Thatsachen halten und ihnen den eindringlichsten Ausdruck geben.

Einige Zeit nach meinem Aufenthalt in Dresden war es mir vergönnt, Käthe Kollwitz in ihrem Heim zu besuchen. Der Weg führte mich in die entferntesten nördlichen Districte Berlins. Sicherlich lässt sich keine Gegend denken, die weniger geeignet wäre zum Wohnort eines Künstlers. Die Armen leben hier, aber man sieht kein Zeichen der Armut; hier äussert sich das Elend nicht in seiner tiefrührenden Sprache. In seiner Neuerstehung und Ausdehnung hat Berlin den trügerischen Schein der Wohlhabenheit angenommen. Diese

meilenlangen, reingefegten Strassen mit endlosen Reihen hoher Häuser, die mit nutzlosen Balcons und schwerem Ornament beklebt sind, verbergen die Welt der Armen, wie in anderen Strassen die gleiche Maske falschen Scheins das Leben der Reichen verdeckt.

Auf den Treppen des Hauses, das ich betrat, fand ich eine Schar armer Frauen, die ihre kranken Kinder dem Arzte, dem Gatten der Künstlerin, zur Behandlung brachten. Man wies mich in ein grosses Zimmer, das als Atelier diente. In einer Ecke stand ein Kasten, voll von losen Blättern und Zeichnungen, daneben eine Presse. Sonst kein Anzeichen der Beschäftigung eines Künstlers.

Käthe Kollwitz begrüßte mich mit offener Einfachheit, ohne Aufwand an Worten oder Lächeln. Sie ist kaum über dreissig, doch sind ihre Haare ein wenig ergraut. Ihre Augen haben eine seltsame Kraft, dabei ist sie sonst erfreulich alltäglich. Ohne affectierte Zurückhaltung, spart sie doch ihre Worte. Sie klagt über nichts, sie hat keine Theorien einem aufzudrängen. Sie erzählt mit mehr Wärme von ihren Modellen, die sie in ihres Mannes Sprechzimmer und auf der Strasse gefunden hat, als von den Bildern, die sie von ihnen gemacht. Doch in dem Wenigen, was sie von ihrer Arbeit sagt, ist so viel klare Einsicht, sowohl in deren Vorzüge als in die Unzulänglichkeiten, — ein Beweis der seltenen Gabe der Selbstkritik.

Ueber den Lebensgang der Künstlerin mag man sich aus einem kürzlich erschienenen Essay von Professor Lehrs unterrichten. Dieser trefflichen Skizze wäre nichts hinzuzufügen. Ich will hier lediglich einer früher an mich ergangenen Aufforderung des Herausgebers dieser Zeitschrift Folge leisten und meiner persönlichen Empfindung gegenüber dem Werk von Käthe Kollwitz Ausdruck geben.

Die Zahl der veröffentlichten Blätter der Künstlerin ist noch nicht gross. Dies erklärt sich aus ihren Lebensverhältnissen und ihrem Temperament. Die *res angusta domi* zwingt sie, einen Teil ihrer Zeit dem Unterricht an einer Malerinnenakademie zu opfern. Häusliche Pflichten nehmen ferner ihre Kraft in Anspruch, sie überwacht auch die Schularbeiten ihrer beiden Knaben. Zu diesen äusseren Thatfachen kommt noch ein besonderer, an einen gewissen Fatalismus gemahnender Zug in ihrer Künstlernatur, der das Mass ihrer Productivität einengt. Sie verschmäht es, auf Nebenwegen Erfolge zu suchen, sie hat jeden unschönen Wettbewerb vermieden. Dieses Feingefühl kommt nicht in Widerspruch mit ihrer Selbstbehauptung im Rahmen ihrer Kunst. Sie wollte nicht für die Galerie spielen, sie wollte auch nicht auf einen Compromiss mit den Logen eingehen; sie schwieg, bis sie fühlte, dass sie, in sich gefest, auf eigenen Füßen stand. Dann bleibt sie sich aber auch selbst treu, und diese Consequenz zeigt vor allem, wie ihre Kunst ganz ihr eigen ist.

Ihre frühesten Arbeiten verraten nur leise Spuren des Einflusses ihrer Lehrer. Stauffer-Bern mag ihr ein guter Exerziermeister und geistreicher Ratgeber gewesen sein, aber in dem kalten, mechanischen Stil seiner Zeichnung fand sie wenig, was ihr zu dauerndem Nutzen gereichte. — Nach Stauffer-Bern kam sie unter Klingers Einfluss. Der Wirbelwind, den in deutschen Landen Klingers Flügelschlag nach den Regionen von Nirgendheim entfachte, mag für einen Moment den Fortschritt ihres eigenen ruhigen Ganges gestört haben; doch behauptete sie glücklicherweise ihr eigenes Wesen und verliess bald die

Schar, die heute noch der Bahn seines Wunderflugs folgt. — Mittlerweile fand sie hilfreiche Förderung durch Professor Herterichs Unterricht in München. Von ihm spricht sie mit aufrichtiger Dankbarkeit.

Meines Erachtens verdankt die Künstlerin ihrem eigenen Genie mehr, als irgend welchem Unterricht. Das in ihrer Kunst, was sie hätte lernen können, hat man sie schlecht gelehrt. So ist z. B. die Technik ihrer Radierungen nicht vollendet. Zuweilen haut sie auf die Kupferplatte mit einer allzu grossen Wucht ein. Der Strich ihrer Radiernadel verrät Spuren von Ungeduld und Ermüdung an dem Handwerksmässigen. Ebenso finden sich Stellen in ihren Lithographien, wo die Schatten ihre Durchsichtigkeit verlieren und die Formen, die sie ausprägen sollen, verhüllen. Kurz, ihre Drucke ertragen eine zu eingehende Untersuchung in allen Einzelheiten nicht, sie müssen als Ganzes wirken. Anders ihre Zeichnungen. Das fügsame Medium der Feder gestattet einen zarteren Ausdruck, als er auf Kupfer oder Stein hervorgebracht werden kann. Die wirklich grossen Künstler zeigen sich stets am vorteilhaftesten in ihren Handzeichnungen. Ihr Auge, das so fein unterscheidet, unterwirft sich nicht so gehorsam dem mechanischen Verfahren der vervielfältigenden graphischen Kunst. Sogar Rembrandt, der König aller Aetzer, sündigt zuweilen durch conventionelles Verfahren in seinen Radierungen, vermag ihnen die wunderbare Schönheit und Lebendigkeit seiner Zeichnungen nicht zu verleihen. Ebenso liegt es nicht in der Natur unserer Künstlerin, sich geduldig der Ausübung einer allzu mechanischen Disciplin zu unterwerfen. Ihre Begabung verlangt jene unbedingte Freiheit, deren sich nur der Zeichner erfreut. Darum, was immer der Gegenstand ihrer Zeichnungen sein mag, in deren Qualität bewährt sich stets das Aristokratische ihrer Kunst.

Gerhart Hauptmanns Schauspiel *Die Weber* gaben unserer Künstlerin den Stoff für sechs Stiche — drei Radierungen und drei Lithographien, die jedoch nicht im strengen Sinne Illustrationen zu dem Drama darstellen. Sie hielt sich weder an die Scenenfolge, noch an die Charaktere des selben. Das Schauspiel hat sie nur inspiriert, sie ist ihm aber nicht gefolgt.

Die Ausübung ihrer Kunst ist Käthe Kollwitz eins mit ihrer Religion. Aber auch höchster Ernst des Vorsatzes reicht zur Schaffung eines Kunstwerkes nicht aus. Die Begabung ist alles. Und diese Frau besitzt etwas von dem Wunderbaren und Undefinierbaren, das Genie heisst. Denn nur dadurch vermochte ihre innerliche, dichterische Vision in edler Form die Thatsachen der Erscheinungswelt wiederzugeben.

Die ersten zwei Blätter dieser Serie könnten wir als Fortsetzung zu den Bildern der alten deutschen Totentänze nach vier Jahrhunderten betrachten. Während Holbein und seine Vorgänger uns den Tod inmitten lustigen Lebens vorführen, wobei sich, wenn er drohend naht, die Züge der Menschen höchstens zu einer Grimasse verzerren, haben dagegen die Geschöpfe unserer Künstlerin über die Möglichkeit jedes ferneren Leidens hinaus gelitten, als der Tod sie erlöste. In den Hütten, in die uns Käthe Kollwitz führt, ist der Tod in seiner eigenen Heimat. Das Kind wacht heute nicht mehr aus seinem Schlaf auf, um vergeblich nach Brod zu rufen; und morgen hat das trostlose Hinausstarren der ausgemergelten Mutter aufgehört. Die dritte Scene zeigt eine Gruppe von Männern, an einem leeren Wirtshaustisch conspirierend. Diese Lithographie ist nicht so gut geraten, wie eine nicht publicierte Radierung desselben Gegen-

standes, wo die Lichtverteilung glücklicher wirkt. Professor Lehrs hat ein schönes Exemplar der letzteren für das Dresdner Cabinet erworben. Dann folgen die Procession der Weber und ihr Auflauf vor dem Hause des Mühlenbesitzers. Entbehnung hat diese unglücklichen Geschöpfe zu Schatten gemacht. Doch hat die Künstlerin deren Gesichtszüge individualisiert und sie mit ihrer Meisterhand zu wirklichen Männern und Frauen gestaltet, deren Seelen zu den unseren sprechen. Diese Macht der concreten Auslegung giebt der Scene zugleich Eindringlichkeit und tiefere Bedeutung. Es ist nicht die Aufgabe des Künstlers, sociale Probleme zu lösen. Und so werden die Weber auch hier nicht siegen, künstlerisch erwartet sie aber in ihrer Niederlage der grössere Triumph. Das letzte Bild der Tragödie fügt sich dramatisch und bildlich an die vorhergegangenen an. Im düstern Zimmer, in dem der Pulverrauch noch schwebt, sehen wir die Opfer in einer Reihe tot am Boden liegen.

Der Serie der Weber folgt eine Radierung, *Der Bauernkrieg* genannt. Die friedlichen Bebauer der Erde haben sich in Dämonen verwandelt. Sie marschieren reihenweise, ihre drohenden Arme und die wuchtigen Werkzeuge ihrer Arbeit gen Himmel erhebend. Eine nackte Frauengestalt von reifen Formen, die Rebellion, schwebt über ihnen in den Lüften und treibt sie an, und sie folgen blindlings, wohin sie weist. Das Chaos droht, doch die Ruhe und Ueberlegenheit der Künstlerin greift rettend ein. Sie zügelt die elementare Leidenschaft, die dies Meisterstück inspirierte, und dank ihrem richtigen Sinn für classische Anordnung verleiht sie der ganzen Composition sicheres Mass.

Die letzte und figurenreichste ihrer Arbeiten ist eine Radierung, den Tanz um die Guillotine darstellend, *La Carmagnole*. Auf einem freien Platz, tief eingebettet zwischen eng an einander stehenden, hochgiebligen Wohnhäusern, die wir nicht in dem Armenviertel des früheren Paris suchen dürfen, steht die Guillotine, und rings im Kreise vollzieht sich ein dämonischer Tanz ihrer besessenen Anbeter. Die Priesterin, die den Zug anführt, ist das dicke Waschweib, das wir aus der Geschichte kennen. Sie hebt ihr Bein bis ans Kinn, andere folgen ihr, in der Trunkenheit taumelnd, wieder andere, freundlicheren Gesichtes und leichten Ganges, schliessen den Zug. Ein Knabe daneben, blöden Auges dreinblickend, schlägt die Trommel. Die ganze Scene ist in ein Duster gehüllt, das die kleinsten Einzelheiten nicht verbirgt, sondern eher deren Kraft heraushebt.

Diese kurze Schilderung des Hauptsujets des Werkes von Käthe Kollwitz mag als Erklärung dienen, wie es kam, dass es von einer Seite günstig, von einer anderen missfällig beurteilt wurde. An gewissen Orten Deutschlands kommt es eigentümlicherweise vor, dass ein Künstler, der Charakter und Genie zeigt, seine eigenen Gedanken denkt, seine eigene Sprache spricht, wegen seiner „revolutionären“ Gesinnung zur Rechenschaft gezogen wird. Diesem Geschick verfiel Käthe Kollwitz. So geschah es, dass, als sie zuerst ihr Werk in einer Berliner Ausstellung vorführte und ihre Kunstgenossen ihm die goldene Medaille zusprachen, diese Auszeichnung höheren Ortes abgewiesen wurde. Allerdings machte man dies in Dresden zwei Jahre später gut, indem man ihr die höchste Auszeichnung für graphische Künste verlieh. So steht Preussen heutzutage allein unter den deutschen Staaten: es setzt eine Kunst, die persönlich, fortschrittlich und naturalistisch in ihren Inspirationen sich äussert,

hintan, um eine solche, die sich knechtisch den Conventionen der Schule fügt, zu belobigen und zu fördern. Andre Staaten, wie Frankreich, denken ganz entgegengesetzt und handeln auch danach.

Dass Käthe Kollwitz der Censur Berlins verfallen ist, erklärt sich nur daraus, dass die officiellen Censoren dieser Stadt die Gepflogenheit haben, die Vorzüge eines Meisterwerkes der bildenden Kunst nicht durch die Augen, sondern mit den Ohren zu beurteilen. Die unabhängige Kritik kennt dagegen nur einen Unterschied: gute und schlechte Kunst.

Nach diesem Kriterium lassen wir die Person der Künstlerin und ihre sonstigen Interessen aus dem Spiel. Wollten wir den ärztlichen Rat ihres Gatten einholen, so würden wir nicht zuerst fragen, zu welchen Clubs er gehört. Gewähren wir der Gattin die gleiche Freiheit. Lassen wir in unserem Urteil über die Künstlerin uns nicht durch ihre Lebensansichten beeinflussen. Ist der Genuss eines schönen Madonnenbildes einem Nichtgläubigen verwehrt? Hat nicht die Kirche von Rom herrliche Marmorbilder, die einst einem andern Cultus dienten, vor der Zerstörung gerettet und im Vatican geborgen? Ist es aber der Ernst der Leidenschaft in Käthe Kollwitzens Kunst, der jemand abschreckt, so blicke er auf die christliche Kunst aus den Tagen des feurigen Glaubens; dort wird er Schilderungen der Leidensscenen begegnen, denen gegenüber der Realismus einer Käthe Kollwitz zurückstehen muss.

Socialformalismus und Currealismus.

Von

Ernst Gystrow.

(Heidelberg.)

Das bleibt sich immer gleich: jede Zeit sieht Welt und Leben im Lichte — weniger der in ihr giltigen Ideen, als vielmehr der sie kennzeichnenden Gefühlstöne und Willensrichtungen, von denen jene Ideen ja selber erst wieder dirigiert werden. Denn das Mehr an Begriffen, das den grösseren Ideenreichtum eines Zeitalters gegenüber einem früheren ausmacht, wird erst fruchtbar durch seine Eingliederung in die affectiven Vorgänge des Innenlebens, von denen es die „Farbe der Entschliessung“ empfängt. Richtig ist aber, dass auf wissenschaftlichem, auf philosophischem Gebiete die Willensseite des Zeitcharakters zurücktritt hinter seinen intellectuellen Componenten und dass sie auch bei analysierender Betrachtung beiseite geschoben werden kann, wenn man sich nur bewusst bleibt, dass alle Kraft, die den nunmehr isolierten Ideen, der Gedankenwelt, eignet, ihr aus der Willenswelt mitgeteilt worden ist. Oder, wie M o e b i u s in einer sonst weniger erfreulichen Streitschrift es mit programmatischer Schärfe gesagt hat: der Trieb ist immer das erste, und allem Erkennen geht Neigung voraus. Im tiefsten Grunde sieht eben auch die Philosophie das Welt- und Lebensganze nicht durch eine Idee, sondern — wie Zola es für die Kunst aussprach — durch ein Temperament. Aber da auch alle psychischen Causalreihen unendlich sind und ihre Fäden sich schliesslich, verfolgt man sie rückwärts, im Netz socialpsychischer Wechselbeziehung verlieren, so heisst es, auf das Loten des tiefsten Grundes verzichten und das zunächst Fertige, Endgiltige untersuchen, das zwar im Längsschnitt der zeitlichen Bewegung jeden Augenblick sich wieder wandelt, im Querschnitt aber doch

wirklich ein Endgiltiges ist. Und dann wird man ruhig sagen dürfen, dass die Philosophie allemal die ihre Zeit erfüllenden Ideen für die Brennpunkte des universellen Geschickens überhaupt zu halten geneigt ist. Man hört das so oft als einen besonderen Irrtum der Hegelschen Philosophie ironisieren; man sollte nur genauer sich umsehen, und es würde sich ergeben, dass Hegel darin nicht viel mehr geirrt hat, als alle Denker vor und nach ihm, nicht viel mehr als jene, die diesen Vorwurf am leichtesten und lautesten zu erheben pflegen.

Seitdem die Maschine auf dem ökonomischen Hintergrunde des Capitalismus und im bengalischen Lichte des politischen Liberalismus den Stand der Lohnarbeiter gezeugt hatte, wuchsen die socialen Strebungen empor, färbten die gegebene Begriffswelt in socialen Tinten, und bald durchsickerte der „sociale Gedanke“ alles, was sich ihm nur darbot: Litteratur, Kunst, Politik, Nationalökonomie, Rechtswissenschaft, Religion, Hygiene, Geschichtsschreibung. Und schon war ein *Comte* auf dem Plan und ordnete eine Hierarchie der Disciplinen, die in der Sociologie gipfelte. Dann wurde der „sociale Organismus“ entdeckt, dessen Anatomie, Physiologie, Pathologie — was weiss ich! in einem wahren Seiltanz von Analogieen vorgeführt wurden. Und allmählich wurde das Wörtchen *social Mode*, und das Goldkorn der socialen Idee so lange breitgeschlagen, bis es hinreichte, um auch den schäbigen Kot oberflächlich damit zu vergolden. Das ist die Sachlage von heute: alles ist social, Gegenwart, Zukunft und — Vergangenheit. Denn auch die Geschichtsforschung wurde vom socialen Gedanken erfasst, und sie entdeckte, dass alle bisherige Geschichte, wirtschaftliche, politische und geistige, eigentlich nur Socialgeschichte sei. Von diesem Gesichtspunkte aus unternimmt es in diesen Tagen Kurt Breysig, Professor an der Universität Berlin, als ersten Versuch grossen Stils, eine Culturgeschichte der Neuzeit vor uns aufzurollen.¹⁾ Den ersten Band des Werkes aber füllt, auch ein Zeichen der Zeit, ein — Programm: Aufgaben und Massstäbe einer allgemeinen Geschichtsschreibung, wie sein Schöpfer es überschreibt.

Oberflächlichem Urteil könnte es scheinen, als sei eine historische Betrachtung, die alles unter dem socialen Schwinkel ins Auge fasse, von vornherein auf den materialistischen oder, wenn man will, ökonomischen Standpunct gedrängt. Man würde sich aber bei Breysig vergeblich danach umsehen. Seine Anschauung ist eine ausgesprochen psychologische, und im Bereiche der psychologischen Differenzen und Gegensätze wieder eine rein voluntaristische. Wer es früher nicht verspürt, dem sagen es unverblümt die letzten Seiten des ersten Bandes. „Für die Erkenntnis menschlicher Dinge aber ist wichtig, dass diese letzten, stärksten Wurzeln historischen Geschehens in die tiefste Sphäre unseres Wesens, unser Gefühlsleben, hinabreichen. Wollendes Handeln, denkendes Erkennen und phantastisches Bilden erscheinen zuletzt nur wie die Mittel und Werkzeuge, mit denen sich das stärkste Organ unserer Seele, die Empfindung, bethätigt und anzeigt.“²⁾ Das Capitel aber, in dem diese Sätze sich finden, trägt die klare und scharfe Ueberschrift: *Gefühlsströmungen als Träger alles historischen Geschehens*. Wohlgemerkt: alles! Hier ist also die wirtschaftliche Entwicklung mit einbegriffen; und es erscheint nicht das gesellschaftliche Sein als bestimmend für das Bewusstsein, wie bei Marx und der ökonomischen

¹⁾ Kurt Breysig: *Culturgeschichte der Neuzeit*. 1. Band: *Aufgaben und Massstäbe einer allgemeinen Geschichtsschreibung*. Berlin. G. Bondi.

²⁾ a. a. O.; pag. 290.

Schule, aber auch nicht irgendwelche immanente Kraft der Ideen als massgebend für die geschichtlichen Wandlungen, wie in der Hegelschen Dialektik und allen ihren Nachklängen bis auf unsere Tage, sondern die Gefühlscomponenten unseres psychischen Erlebens tragen alle noch so stürmischen, noch so materiellen oder intellectuellen, noch so selbständig scheinenden Bewegungen menschlicher Cultur.

Das bedeutet zweifellos die Proclamation einer historischen Auffassung, die abseits von den heute sich befehdenden ihre eigenen Wege geht. Die Geschichtsphilosophie unserer Tage, so zersplittert sie dem flüchtigen Blicke erscheinen mag, orientiert sich doch wesentlich nach vier festen Punkten. Die wirtschaftliche Anschauung, auch die marxistische genannt, lebt in den Kreisen der socialistischen Theoretiker, sowie in einer Anzahl socialreformerischer Köpfe nationalsocialer oder socialliberaler Nuance; vielfach abgeschliffen, verwässert, corrigiert, beherrscht sie auch in ihren nie zu verkennenden Grundnoten die Tonart der akademischen Nationalökonomie. Die von Gobineau zuerst begründete anthropologische Theorie mit ihrer Souverainität der Rasse hat in jüngster Zeit namentlich in den geistreichen Veröffentlichungen H. St. Chamberlains eine neue, sehr bestechende und rücksichtslos für sich propagierende Anwendung gefunden. Nach der Neugeburt der politischen Geographie durch Ritter ist ferner die geographische oder territoriale Auffassung durch Ratzels gedankenschwere Schöpfungen zu ganz besonderer Bedeutung erhoben worden. Geschah doch hier das Unerwartete, dass ein völlig neues Moment im historischen Geschehen sozusagen erst entdeckt wurde: der Raum, dessen überwältigende Kraft Ratzel an der Hand eines erstaunlich umfassenden historischen und geographischen Wissens darzuthun sich bemühte. Die Idee wirkte so zündend, dass sie zur Abfassung einer Weltgeschichte im territorialen Sinne durch Helmholtz führte, ein Unternehmen, das die genialen Grundgedanken Ratzels allzu rücksichtslos breitgeschlagen hat. Und endlich formulierte Lamprecht die Notwendigkeit einer nationalen Geschichtsforschung nach culturhistorischer Methode. Zum Vergleiche mit ihm fordert Breysigs universelle Darstellung der Culturgeschichte am stärksten heraus.

Es bedarf für den Kenner der Deutschen Geschichte und der theoretischen Publicationen Lamprechts nicht der ausdrücklichen Verwahrung Breysigs gegen jede Identifizierung seiner Absichten mit denen des Leipziger Historikers. Zwar könnte die unbestreitbare Erkenntnis, dass für beide das historische Geschehen ein psychisches, das historische Forschen demnach notwendig ein psychologisches sei, zu einer Vermischung oder gleichen Etiquettierung ihrer doch so ganz verschiedenen Grundmeinungen verführen. Der Gegensatz zwischen beiden wächst aus einem wissenschaftlichen Ereignis des XIX. Jahrhunderts hervor, das zwar in der seitdem wirklich erfolgten Entwicklung der Disciplinen überall fortwirkt, in seiner weitreichenden Bedeutung aber nur selten erkannt worden ist: ich meine die Sonderung der begrifflichen von der evolutionistischen Erkenntnis.

Die Naturwissenschaften haben es vordem als ihre Aufgabe betrachtet, die Thatsachen zu beobachten, die Beobachtung (wo es anging) durch das Experiment sicherzustellen und aus einer Anzahl gleicher Ergebnisse ein Gesetz abzuleiten; mehrere Gesetze wieder auf eines zu reducieren, und so fort, bis die ganze Disciplin auf möglichst wenigen, womöglich einem Grundgesetze aufgebaut ist. Dieses Ideal begrifflicher Erkenntnis ist in der Mechanik der festen Körper verwirklicht. Deren grossartigste Anwendung, die Astronomie, bezeugt es. Kant hat dann als das

Ziel jeder Wissenschaft bezeichnet, Mechanik zu werden, und die Vollkommenheit einer Disciplin nach der in ihr enthaltenen Mathematik bemessen. Herbart hat das versucht, was Kant für unmöglich hielt: eine Mechanik der geistigen Vorgänge zu schaffen, und selbst in F e c h n e r s, des ersten Psychophysikers, Lebenswerk ist das alte Bestreben, den gefundenen Beziehungen einen mathematischen Ausdruck zu geben, ganz unverkennbar. Man glaubte sich eben der Lösung aller Rätsel nahe, wenn man die Empfindung dem Logarithmus des Reizes proportional wachsen liess.

Der Darwinismus, der die seit Geoffroy St. Hilaire und Lamarck um ihre Anerkennung ringende Entwicklungslehre auf den festen Boden einer Denkmöglichkeit stellte, erschütterte diese Zuversicht in doppelter Richtung. Zuvörderst liess sich die Frage aufwerfen, ob mit der Veränderung der Formen nun die in ihnen waltenden Gesetze ewig die gleichen blieben. Sie ist nach sehr kurzem Zaudern bejaht worden. Im Gehirne des sublimsten Geistes, sagte man sich, gelten doch die gleichen physikalischen und chemischen Zusammenhänge, wie im einfachsten Rhizopoden. Es soll hier unerörtert bleiben, wie weit in jüngster Zeit eine Wandlung dieser Ansicht sich vollzogen hat. Viel bedeutsamer aber erhob sich ein logisches Problem. Wenn alle Querschnitte der Entwicklung, analytisch durchforscht, keine anderen Gesetze finden liessen, als die „ewigen, ehernen, gleichen“, — welchen Wert hätte dann die entwicklungsgeschichtliche Betrachtung überhaupt noch? Gab sie nur die Möglichkeit an die Hand, gewissermassen eine Probe aufs Exempel zu machen, durch Prüfung des einen mit dem anderen Querschnitt gerade wieder aufs neue das Walten derselben Urzusammenhänge zu erweisen? Danach konnte sie für eine Wissenschaft vom Range der Astronomie überhaupt keinen Wert haben. Hier hatte man die Gesetze, die Gesetze schlechthin: aus ihnen berechnete man im Weltallzustande des Jahres 1850 mit Sicherheit jeden Sterndurchgang, d. h. den Weltallzustand nach tausend, zehntausend Jahren und ebenso rückwärts: jeden beliebigen Querschnitt aus einem einzigen. Und doch hatten schon Laplace und Kant eine Geschichte der Weltentwicklung versucht. Die Spectralanalyse aber hatte diese Geschichte noch weit reizvoller gemacht. Was für ein neues Interesse lag da vor?

Ein ganz riesenhaftes. Eine neue Dimension der Erkenntnis: die der Succession, die zeitliche — anstatt oder vielmehr neben der bisher geltenden räumlichen, der von der Gleichzeitigkeit. Mochten dieselben sattem bekannten Grundgesetze unwandelbar in allen neuen Gestaltungen der Dinge sich offenbaren: die Thatsachen dieser Gestaltungen selber wurden Gegenstand des Erkenntnisdranges. Zu dem Wie ist es? kam das neue Wie wurde es? Das war der erste Schritt. Ihn haben alle Wissenschaften bewusst vollzogen, die einen, wie die Zoologie, rasch, die anderen, wie die Botanik, zögernd.

An diesen zwei Beispielen — Zoologie und Botanik — merkt schon jeder, dass die Situation damit noch ganz und gar nicht klar war. Wie stand es denn mit Mechanik, Physik, Chemie? Sie, die „allgemeinen“ Wissenschaften, blieben begrifflich, — die anderen, die „speciellen“, wurden evolutionistisch? Also eine ganz neue Fassung des Gegensatzes. Allgemein und speciell waren Beiwörter, die jetzt erst an Stelle von erklärend und beschreibend traten. In der That wurden Mechanik, Physik, Chemie — man gestatte der Bequemlichkeit halber diese längst verwaschene Sonderung — die Disciplinen des immer Giltigen, in allen Wandlungen Bleibenden; die anderen aber die Disciplinen des sich Wandelnden, der Ent-

wickelungsthatsachen. Aber nun kommt das grösste Fragezeichen von allen: Der Gegenstand der Mechanik ist eine Bewegung, meinetwegen die Bewegung — immerhin etwas, was eine zeitliche Dimension hat; so auch die Physik, die Chemie. Und wenn jeder Entwicklungsquerschnitt die Geltung derselben mechanischen, physikalischen, chemischen Gesetze zeigt, so heisst das: er ist aus den gleichen Bewegungen hervorgegangen, wie die früheren, und so fort bis in alle Ewigkeit rückwärts. Und trotzdem erzeugen diese ewig gleichen Bewegungen immer neue, wechselnde Gestaltungen. Hier klappt der Riss. Hier endet jede naturwissenschaftliche Welterklärung. Sie, die alle Formen in Bewegungen, alle Qualität in Quantität auflösen möchte, muss doch schliesslich einräumen, dass die Qualität Realität, die Quantität aber Abstraction sei. Der tiefste Geist der modernen Naturforschung, Heinrich Hertz, hat dies Eingeständnis vollzogen. Er gab zu, dass die Theorie der Gravitation so lange gelte, bis eine Erscheinung von ihr abweiche. Das heisst: alle quantitative Naturbetrachtung gilt nur unter ständiger Controle durch die qualitative, die Erkenntnis der Gesetze untersteht der Beschreibung der Entwicklungen. Erkenntnis, „Erklärung“, ist ja weiter nichts als eine Beschreibung, deren Geltung das beschreibende Subject auch über seine eigene Wahrnehmung hinaus ausdehnen zu dürfen meint.

Es ist unerlässlich, sich diesen Gang der wissenschaftlichen Ereignisse in der Naturforschung vorzuführen, will man die weit verwickelteren Rückwirkungen im Bereiche der Geisteswissenschaften begreifen. Ihre gemeinsame Grundlage bildet die Psychologie. In ihr giebt es nur eine qualitative Betrachtung; warum jede andere unmöglich sei, hat Wundt oft und eindringlich erörtert. Aber das „Gesetz“, das man früher als heiliges Sonderrecht der erklärenden Naturwissenschaften wählte, war nun seines Nimbus entkleidet. Es besass nur Geltung von der Thatsachen Gnaden. Es war schliesslich bloss das Mittel, von einer Anzahl von Erscheinungen etwas Gemeinsames auszusagen. Also gab es auch Entwicklungsgesetze. Also gab es auch psychische Gesetze. Warum sollten in der Entwicklung, die vom Spaltpilz zur Orchidee führt, nicht gleiche Thatsachen aufzufinden sein? Variation, Anpassung, Vererbung sind welche. Warum sollten im psychischen Leben nicht gleiche Thatsachen gegeben sein? Assimilation, Apperception, Contrast, Verschmelzung sind welche. Aber hier tritt nun etwas ganz Neues hinzu. Aus dem Wirken dieser Functionen gehen andere, mit ihnen unvergleichbare hervor, die neben den alten weiterleben, ohne sich je in sie auflösen, auf sie reducieren zu lassen. Wundt nennt diese Thatsache das Wachstum der psychischen Energie. Hier gelten also für jeden neuen Querschnitt neue Gesetze. Es giebt nichts Begriffliches, das jeder psychischen Entwicklungsstufe in gleicher Weise zu Grunde läge. Die Herbart'sche Psychologie glaubte das noch, indem sie alles Psychische auf eine Mechanik der Vorstellungen gründete, und die Associationspsychologie glaubt es heute noch, nur setzt sie an Stelle der Mechanik die Association. Aber einer der geistvollsten Psychologen hat betont, dass die Bewusstseinsseinheit in der Association weder enthalten noch aus ihr herleitbar sei. Die psychische Entwicklung kann niemals aus einem oder einigen begrifflichen Factoren abgezogen, sondern jede Phase in ihr muss von neuem und für sich begrifflich erklärt werden; und die Untersuchung kann höchstens noch feststellen, auf welche Strecke hin diese Erklärung ohne wesentliche Ergänzungen ausreichend ist.

Es giebt nun mancherlei psychische Entwicklungen: im Kinde, im Tier-

reich, in den Gemeinschaften. Ein Stück der letztgenannten ist auch das, was wir *Geschichte* nennen. Die Frage erhebt sich: giebt es eine *Geschichtswissenschaft*?

Verneinen könnte es einmal der Materialist; ihm ist Psychologie nichts weiter als Gehirnphysiologie, also auch die Geschichte nur das Zusammenwirken von so und so viel Gehirnen mittels der von ihnen ausgelösten Bewegungen (Thaten); alles das untersteht der Physiologie. Leugnen kann es ferner der radicale Individualpsychologe, der im Gemeinschaftsleben nur das Nebeneinander von zahllosen Einzelseelen erblickt. Glücklicherweise giebt es — Hand aufs Herz! — keinen solchen Psychologen, wenn auch hie und da einer aus Zorn über den Missbrauch des Wörtchens *social* sich ähnlich geberdet. Und leugnen kann es endlich jeder, der die Psyche für wissenschaftlich unerforschbar, eine Psychologie als Wissenschaft für eine Unmöglichkeit hält. Und dieser Dritte ist es, der für die geschichtsphilosophische Debatte in Betracht kommt; denn materialistische Gehirnphysiologen werden heute sogar in der Medicin zumeist nicht mehr ernst genommen. Dieser Dritte ist der Historiker alten Stils, der in Ranke zur höchsten Ausprägung gelangten Art, Geschichte zu treiben und zu schreiben.

Schon seit der Mitte des Jahrhunderts, als das Communistische Manifest zum ersten Male eine geschichtswissenschaftliche Phantasie grössten Stils versuchte, begannen die Actien der bis dahin nur wenig bestrittenen rankeanischen Schule zu sinken. Neben culturgeschichtlichen Leistungen, wie den bis heute noch nicht übertroffenen *Gustav Freytags*, bestand aber trotzdem das Monopol der Thatsachenerzählung auf den Titel der Geschichte fort. Die Verflechtung der ökonomistischen Theorie mit den socialen Umbildungslehren verschloss jener von vornherein die Universitäten. Die Culturgeschichte ward mehr journalistisch als officiell betrieben, die Plauderei, der Essay, ja der Roman wurden ihre Ablagerungsstätten. Die moderne Nationalökonomie schrieb Wirtschaftsgeschichte auf eigene Faust. Es galt, alle diese Regungen einer neuen Geschichtsauffassung zusammenzufassen und aus den zünftigen Reihen heraus den Kampf zu eröffnen. Diese Mission hat *Karl Lamprecht* erfüllt. Auf zweierlei Weise: durch historiographische Thaten und durch erkenntnistheoretische Darlegung seines Standpunctes. Im scharfen psychologischen Denken Wundtscher Schulung — er selber zollte dem Altmeister der Psychologie diesen Tribut der Dankbarkeit — erschloss sich ihm als dem ersten die Erkenntnis von der wissenschaftstheoretischen Bedeutung der Entwicklungslehre für die Geschichte. Und er selber hat dann begriffliche Entwicklungsgeschichte zu schreiben versucht. Ich darf hier nur an seine Theorie von der culturellen Wechselwirkung in den Formen der Reception, der Diosmose, der Renaissance und der Romantik erinnern oder an den Entwicklungsgang vom Typischen übers Conventiönelle zum Individualistischen und Subjectivistischen. Das sind in der That Entwicklungsgesetze, genau so wirklich, wie Hegels dialektische Bewegung der Idee oder die materialistischen Ueberbauconstructionen — keine waren.

Es ist erfreulich, dass Breysig, so wenig er die culturhistorische Methode und das Princip nationaler Geschichtsdarstellung bei Lamprecht anerkennen mag, diesem dennoch am Schlusse einer Selbstanzeige in Schmollers Jahrbuch rückhaltlos das Verdienst zuspricht, neben Eduard Meyer der Hauptrepräsentant des wiedererwachenden entwicklungsgeschichtlichen Gedankens zu sein und „eine der stärksten Breschen in das Bollwerk beschreibender Geschichtsdarstellung ge-

schlagen zu haben.“ Und auch sein eigenes Werk will Breysig als ein Glied der bisher im Namen Lamprecht am stärksten sich verkörpernden Bewegung einverleibt wissen. Es fragt sich, wieweit das im ersten Bande entworfene Programm dieser Absicht seines Schöpfers entspricht.

Breysig überschreitet die nationale Schranke; seine Darstellung soll im wesentlichen alle Culturvölker, wenngleich mit verschiedener Berücksichtigung, umspannen. Schon deshalb, weil nur durch internationale Vergleichung die Giltigkeit der drei grossen Entwicklungsphasen sich erweisen lässt, die gewissermassen das Gerüst für Breysigs Geschichtsschreibung bilden: Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Nicht in dem bisherigen Sinne eines welthistorischen Kalendariums, wo Christi Geburt und die Entdeckung Americas zwei rotangestrichene Grenzmarken bedeuten, sondern in der begrifflichen Anwendung dieser Teilung auf alle Völkergeschichten. Es bleiben also eigentlich nur die alten Namen mit radical veränderter Bedeutung übrig. Diese Umwertung an sich ist nicht Breysigs Werk, sondern schon vor ihm vollzogen, und in der classischen Philologie, irre ich nicht, auch von Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf angeregt worden. Ihre folgerichtige Durchführung für die gesamte Culturentwicklung wird uns freilich von Breysig zum ersten Male versprochen. Danach giebt es für die europäische Geschichte nur ein Teilungsprincip: das nach den Trägern der Entwicklung. Es zerlegt diese in eine griechisch-römische Hälfte und in eine germanisch-romanische, beide aneinander grenzend im Zusammenbruch des weströmischen Reiches vor der Gewalt der germanischen Invasion. Innerhalb seiner eigenen Bahn durchläuft nun aber jedes Volk seine drei Stufen, so dass wir von einem germanischen Altertum, so gut wie von einer römischen Neuzeit reden können; diese endete, als jenes noch nicht einmal abgelaufen war. Aus chronologischen werden culturgeschichtliche Begriffe, — schon ein Beispiel entwickelungsbegrifflicher Neuschöpfung, dem wir begegnen.

Die Berechtigung oder überhaupt der Wert dieser Gliederung lässt sich naturgemäss erst nach Abschluss der gesamten Culturdarstellung beurteilen. Vorweg dürfen wir wohl so viel annehmen, dass keineswegs der Versuch gemacht werden soll, einen durchgängigen Parallelismus zu construieren, der sich bis auf die Einzelheiten der historischen Ereignisse erstreckt. Davon kann schon darum nicht die Rede sein, weil das Altertum des römischen Volkes ins Dunkel gehüllt ist, Vergleiche mit dem hellenischen und germanischen also ausschliesst. Und es lässt sich voraussehen, dass eine Zeitperiode des einen Volkes breiter, ausführlicher zu erkennen geben wird, was die gleiche eines andern in starker Verkürzung darbietet, dass der gleiche Typus auf dem nächsten Wege hier, dort in umständlicherer Entwicklung sich herausgearbeitet hat. Fanatiker der Einzelthatsachen werden dann wohl finden, dass es sich bei diesem neuen Gliederungsprincip einfach um eine Analogiespielerei handele. Mit Unrecht. Vielleicht darf der Naturwissenschaftler auf eine Erfahrung seines eigenen Bereiches verweisen, die mit der vorliegenden Einteilung einige Aehnlichkeiten hat: das biogenetische Gesetz Häckels, das in der Ontogenie eine Wiederholung der Phylogenie erblickte, musste viele Anfeindungen ertragen, weil es auf ganze Phasen, die eben in der Ontogenie fehlen, nicht zutraf. Trotzdem hat es sich durchgesetzt, und, ursprünglich als die tollste phantastische Uebertreibung des Darwinismus angegriffen, wird es, wie es jetzt scheint, dessen längstdauernde Errungenschaft sein. Der Sieg fiel ihm aber vornehmlich dadurch zu, dass man gewisse versteckte oder andersartige Vorgänge

der Einzelentwicklung durch gründliche Forschung doch schliesslich als Analoga phylogenetischer Durchgangsstufen erkannte. Die gänzlich anderen Bedingungen, unter denen der sich entwickelnde Einzelorganismus steht, hatten eben das Bild dieser Prozesse gegenüber dem in der Tierreihe gebotenen erheblich verzerrt, oft auf Andeutungen reducirt. In den Phasen der Culturgeschichte kann Aehnliches sehr wohl stattfinden; vielleicht werden die Factoren der Rasse, des Raumes, des Klimas, als verwischende Einflüsse in sonst gleichen socialen Entwicklungen untersucht, dadurch noch einmal fruchtbarer ausgebeutet denn heutzutage, wo man gar nichts Eiligeres zu thun hat, als auf jedem einzelnen Teilmoment den schwindelnden Bau einer neuen — anthropologischen, territorialen oder sonstwelchen — Geschichtsauffassung zu errichten. Nicht eine blinde Apologie des Breysigschen Einteilungsprincips möchte ich mit diesen Erwägungen leisten, sondern nur eine Warnung aussprechen vor empirischer Uebereilung, die jene Gliederung von vornherein als einengende und verrenkende Schablone verwerfen will. Denn gesetzt den schlimmsten Fall sogar: es wäre wirklich bloss eine Schablone — so tröstet uns dann immer noch die tausendfältig belegte Erfahrung, dass alle Thatsachensammlung noch nie eine Wissenschaft ergeben hat, dass an allen grossen Wendungen in der Erkenntnis „Schablonen“ entscheidend geworden sind, von Bacon bis zu Charcot herab; das inductive Forschen ist den Naturwissenschaften längst zu eng geworden, und die Neuropathologie sprengt mit der Zeit auch wieder die festgelegten Krankheitsbilder — und doch möchten wir uns weder Bacon noch Charcot aus der Geschichte der Wissenschaften fortwünschen. Empirische und begriffliche Phasen lösen einander ab, und jede sorgt mit gutem Recht dafür, dass die Bäume der anderen nicht in den Himmel wachsen.

Schliesslich aber ist die Möglichkeit oder Verfehltheit von Breysigs Gliederung der Zeitalter abhängig von den Inhalten, die er in jeder seiner Epochen sucht. Sucht, sage ich — denn die Geschichtsforschung stellt an den Findesinn nicht geringe Anforderungen. Die Rankeaner haben eigentlich immer nur die Haupt- und Staatsactionen, das fein gesponnene Netz diplomatischer Cabinetsgeschichte gesehen. Die Marxisten halten ihren Blick mit hypnotischer Starre auf das Wirtschaftsleben gerichtet. Die Culturschilderer älterer Schule blieben im Schöngeistigen hängen. Den ersten Schritt ins volle Leben hinein hat Freytag gethan: er ist der erste Culturrealist. Sein Erbe hat dann, ausgerüstet mit einer methodischen Schulung vollendetster Art, Lamprecht angetreten. Seine Deutsche Geschichte ist der grosse Wurf des Culturrealismus: die Geschehnisse einer Zeit werden gleichmässig aus allen Gebieten menschlicher Bethätigung hervorgesucht und dann erst auf ihre Zusammenhänge, auf ihre Entwicklung hin geprüft. Es ist die streng inductive Methode, soweit sie in einer Geisteswissenschaft möglich ist. Breysig spricht gelegentlich von Lamprechts „radical wirtschaftsgeschichtlichem Standpunct“. Ich habe einen solchen weder in der Deutschen Geschichte noch in Lamprechts Vorlesungen je entdecken können. Geistige Leistungen können nur aus Geistigem erwachsen; Lamprecht leitet sie wesentlich aus der Grundstimmung des Zeitalters ab, die allerdings von der wirtschaftlichen Lage nicht loszulösen ist. Eine glänzendere Leistung, als seine Entwicklung des vorclassischen und hochclassischen Zeitalters aus dem allmählichen Erstarken des bürgerlichen Selbstgefühls kenne ich bisher von keinem Historiker. Auch Breysig geht von Grundstimmungen aus. Aber freilich von ganz anderen. Er sieht in allen Wandlungen des Zeitgeistes einen

sie beherrschenden Contrast: zwischen dem Ich und dem Wir, könnte man sagen. Genossenschaftlicher und Persönlichkeitsdrang. Socialistische (im wörtlichen und allgemeinsten Sinne) und individualistische Tendenzen. Oder wie man sonst will — man kann es in den verschiedensten Formen ausdrücken. Der Gegensatz besteht nicht etwa bloss im socialen Leben. Er nimmt nur im wissenschaftlichen, künstlerischen und religiösen ein anderes Gewand an. Er kehrt wieder als inductive Methode, als realistische und idealistische Kunst, als gläubige Hingabe und subjectivistischer Zweifel. Diese Ausdehnung einer socialpsychologischen Theorie auf alle Culturgebiete soll weiterhin als Socialformalismus bezeichnet werden.

Breysig hat allerdings die Zweiteilung bald als zu eng befunden. Und so schreibt er denn jedem der zwei Grundtriebe wieder zwei Möglichkeiten der Aeussderung zu. Der sociale tritt in den absolutistischen Zeitaltern als Zwangs-genossenschaft auf, während er andererseits die Form der genossenschaftlichen freien Organisation sich schaffen kann; der individualistische kommt im Aufsteigen rücksichtsloser Heroenmenschen wie im demokratischen Liberalismus zum Ausdruck.

Franz Oppenheimer, der sich selber zu der Zwischengattung eines „socialen Liberalismus“ bekennt, hat merkwürdigerweise behauptet, mit dieser Gruppierung hebe Breysig den zuerst geschaffenen Gegensatz wieder auf; man könne nun mit Leichtigkeit jede Entwicklungsphase dahin oder dorthin hineinbeweisen. Davon ist nach meinem Empfinden keine Rede. Auch Lamprecht hat die Gebundenheitsform in Typus und Convention, die Freiheitsform in Individualismus und Subjectivismus gegliedert. Es geht eben mit dem Entweder — Oder nicht so ohne weiteres. Ja, sieht man genauer zu, so finden sich zwischen Lamprechts und Breysigs Construction mancherlei Aehnlichkeiten. Im wesentlichen würde die Zwangs-genossenschaft dem Typischen, die freie Genossenschaft der Convention, der demokratische Individualismus dem Individualismus, das Heroen-menschentum dem Subjectivismus entsprechen. Nur geht Lamprecht viel weiter als Breysig. Dieser will zunächst nur die Hauptformeln feststellen, in die ein geschichtliches Zeitalter sich fassen lässt; Lamprecht stellt geradezu die Richtung der jedesmaligen Entwicklung fest, die eben unter allen Umständen vom Typischen zum Subjectivistischen fortschreitet, wenn sie nicht an einer Stelle vorher explosiv unterbrochen wird. Und darin liegt der Kernpunct der ganzen Frage. Breysig stellt zwei Contraste auf, aber er giebt damit noch keine Entwicklungslinie. Wenn wirklich in allen culturellen Bethätigungen, von der Productionsweise bis zum Kunstschaffen hinüber immer wieder nur der Drang, sich anzuschliessen oder sich abzusondern, oder auch der, durch Zusammenschluss der andern sich abzusondern oder unter möglichster Absonderung sich zusammenzuschliessen, zur Offenbarung kommt, dann vermisste ich in dieser Entwicklung vollkommen das, was das A und O aller psychischen Entwicklung ist: die Vermehrung der psychischen Werte. Es ist das, was man gemeinhin in die Frage kleidet: kommt die Menschheit vorwärts oder dreht sie sich im Kreise herum? Wer mit Verständnis liest, was Breysig über die grossen Persönlichkeiten sagt, der wird nach der Antwort, die er für jene Frage hat, nicht lange zu grübeln brauchen. Es ist im Grunde die nietzscheanische: dass in der grossen Persönlichkeit die Entwicklung jedesmal ihr Ziel erreiche. Sie ist die höchste Verkörperung des Ich-Triebes.

Aber das ist ja doch eine ästhetische Wertung und keine entwickelungsbegriffliche Forschung. Denn die hat einfach zu fragen: wie stellt sich denn nun der Längsschnitt einer Geschichte dar, die bald sociale, bald individualistische Querschnitte zeigt? Wie fügen sich denn diese Querschnitte aneinander? Ob Breysig darauf eine Antwort geben wird, können uns erst die weiteren Bände seines Werkes lehren. Aber mag sie ausfallen, wie sie will, — eines legt schon das Programm fest: sie kann nur Geltung haben für die eigentlich socialen Zusammenhänge. Das sind jene, die zwischen Wirtschaft und Geistescultur sich einschieben. Sie wird aber verstummen vor diesen beiden Nachbarinnen. Das geht mit Gewissheit hervor aus dem sehr Wenigen, was Breysig über die Wirtschaft, und aus dem sehr Vielen, was er über die Geistescultur schreibt.

Die 171 Seiten, die Breysig der Wissenschaft, Religion und Kunst program m a t i s c h widmet, enthalten die fruchtbarsten Anregungen für die ästhetische Betrachtung, für die Philosophie, für die Sociologie. Aber von Seite zu Seite, von Bogen zu Bogen habe ich mich dabei gefragt, wo denn nur eigentlich die G e s c h i c h t e bleibe? Ich las von Realismus, Idealismus, Dogmen, Kritik, Skepsis, Deduction, Induction, Experiment, Doctrin, Loslösung, Hingabe, Moral, Selbstbestimmung, Unterordnung, — nur wurde mir immer dunkler, was denn alles dies mit der Geschichte zu thun habe? Es ist natürlich interessant, so geistvollen Darlegungen zu folgen, und es ist gut, wenn ein Autor mit dem Leser über diese begrifflichen Massstäbe, Formeln und Etiquetten sich auseinandersetzt. Nur muss er einmal darüber hinauskommen. Denn wir erwarten keine Begriffe, sondern Entwicklungsbegriffe. Wenn Häckel seine Natürliche Schöpfungsgeschichte mit einer physikalisch-chemisch-physiologischen Einleitung begänne, so würde das niemandem schaden, aber die darin mitgetheilten Zusammenhänge hätten mit der Entwicklung nichts zu thun. Die Phosphorverbindungen folgen im künstlichen Dünger denselben Gesetzen wie in der Gehirnzelle. Und wenn wir bei Breysig auf Seite 285 angelangt sind, so lesen wir die Schlussätze: „Immer handelt es sich darum, ob der einzelne, ob die Persönlichkeit sich behauptet, sich isoliert, sich auslebt, oder ob sie Zugeständnisse macht, sich hingiebt, sich unterwirft.“ Gut; nur ist dann nicht im entferntesten mehr einzusehen, warum man Entwicklungsgeschichte schreibt. Geschichte allenfalls: Geschichte schreiben kann man — wie Treitschke — aus persönlichem Drange und den Menschen zum Genuss oder Aerger. Aber das Wort Entwicklungsgeschichte ist für bestimmte Ziele vergeben, die wir früher ausführlich erörtert haben. Die Worte: „i m m e r handelt es sich darum, ob der e i n z e l n e . . .“ negieren alles, was eine Entwicklungsgeschichte uns verspricht. Und Breysig hat mit starker Betonung versprochen, überall Entwicklungsgeschichte zu schreiben. Wenn wir annehmen dürfen, dass Breysig die folgenden Bände seinem Programm getreu schreibt, so haben wir für Kunst, Wissenschaft, Religion keine Entwicklungsgeschichte zu erwarten. Vielmehr eine Darstellung ihrer Eigenart in den einzelnen Querschnitten der Entwicklung, und dann jedesmal den Nachweis, dass immer wieder der social-individuale Contrast sich offenbare. Das heisst: eine Culturgeschichte in dem Stile, in dem Ranke politische Geschichte schrieb, — aber nie und nimmer eine Entwicklungsgeschichte der Cultur.

Leider wird diese aus den ästhetisch-philosophischen Capiteln des Bandes hergeleitete Prognose durch die Stellung Breysigs zur Wirtschaft nur noch

gefestigt. Eine Culturgeschichte soll selbstverständlich keine Wirtschaftsgeschichte sein, aber wie Lamprecht den Zusammenhang auffasst, wurde bereits erwähnt und geht zur Genüge daraus hervor, dass er selber seine Methode culturhistorisch, Breysig aber Lamprechts Standpunct radical wirtschaftsgeschichtlich nennt. Mit berechtigter Schärfe hat Oppenheimer auf den Mangel auch nur einer Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsproblem bei Breysig hingewiesen. Man braucht gar nicht marxistisch zu denken, wie Oppenheimer es von sich gesteht, um dennoch an der Thatsache — denn um eine Meinung handelt es sich dabei nicht mehr — festzuhalten, dass die Wechselwirkung zwischen ökonomischer Structur und Zeitstimmung die Grundlage aller culturgeschichtlichen Bewegung bildet. Denn die Zeitstimmung stellt ja doch jenes dunkle Fühlen dar, aus dem sich alle geistigen Schöpfungen eines Zeitalters dann herauskrystallisieren; in ihr ist alles das gewissermassen latent enthalten, was der Marxismus als den ideologischen Ueberbau der ökonomischen Basis bezeichnet. Mag Breysig immerhin in der Wirtschaftsform auch nur eine Manifestierung der genossenschaftlichen oder individualistischen Gefühlsströmung erblicken: gerade dann, wenn er diese ganz ungewöhnliche Auffassung vertritt, erwarten wir von ihm, dass er sich grundsätzlich darüber äussert. Er erhebt gegen Lamprecht den Vorwurf, dass bei diesem das Recht zu kurz komme, und will selber die Rechtseentwicklung in viel umfassenderer Darstellung bringen. Aber gerade die Rechtsgeschichte ist bald mehr, bald minder, in manchen Zeitaltern fast ausschliesslich Geschichte der abstracten Formulierung ökonomischer Besitzverteilung. Am stärksten freilich hat es mich überrascht, dass Breysig die Beziehungen zwischen Wirtschaftsleben und Kunst mit keiner Silbe erwähnt. Auf Seite 118 heisst es von der Entstehung der Kunst: „aus Götterverehrung und Totenfeiern mag sie zuerst entstanden sein, Hymnen sind vielleicht die ersten Lieder gewesen, wenn es nicht Liebeslockungen waren.“ Ich kann es kaum für möglich halten, dass Karl Büchers Arbeit und Rhythmus unserm Culturhistoriker unbekannt sein sollte. Und doch: glaubt er Bücher nicht, warum setzt er sich mit ihm nicht auseinander? Es geht doch wahrhaftig nicht an, auf 171 Seiten, die man der Kunst als einem Bestandteil socialer Entwicklung widmet, derartig grundlegende Entdeckungen, wie die Beziehung zwischen den Künsten und der wirtschaftlichen Arbeit, einfach schweigend beiseite zu legen! Und auf der andern Seite: wo bleibt die grosse Frage nach dem Verhältnis der Wirtschaft zur Technik, die neuestens Sombart in seiner genial aphoristischen Art blitzartig beleuchtet hat, und weiterhin zu den der Technik nahestehenden Naturwissenschaften? Sie ist auch nicht einmal gestreift, und doch, wieviel nötiger wären ein paar Seiten darüber gewesen, als die Ueberfülle ästhetischer Beziehungen bis in ihre kleinsten Details — z. B. die verschiedenen ästhetischen Leistungen der Tanzkunst — zu verfolgen.

So flüchtet sich denn das Interesse aus diesen Capiteln, die es nicht zu befriedigen vermögen, zur Darstellung der im engeren Sinne socialen Bewegungen. Und hier atmen wir nun wirklich einmal entwicklungsgeschichtliche Luft. Was Breysig allerdings über die Entwicklungslinie sagt, ist mehr negativ: man möge nicht glauben, dass die genossenschaftlichen und persönlichen Zeitalter einfach nach dem Gesetze des successiven Contrastes einander gefolgt seien. Vielmehr sei zu beobachten, wie diese Grundströmungen sich in jeder Zeit netzartig durchflechten. Aber dieses Geständnis ist schon von weittragender Bedeutung: denn

dann müssen sie in gewissem Masse doch auch einander bedingen, und dieses Abhängigkeitsverhältnis muss entwicklungsgeschichtlich sich fortsetzen. Und da Breysig es hier selber ausspricht, dass die Fülle der Wechselbeziehungen dem Reichtum des wirklichen Lebens näher komme, so schöpfen wir die Hoffnung, dass er, erst einmal auf dem festen Boden des geschichtlichen Lebens, in diese socialen Zusammenhänge mit dem Lichte entwicklungsbegrifflicher Fragestellung und Interpretation hineinleuchten wird. Allerdings wird seine gleichgiltige Stellung zum wirtschaftlichen Leben auch die Erforschung der socialen Entwicklungen immer lückenhaft bleiben lassen. Prozesse wie die Anpassung der Productionsform an die Productivkräfte oder die Sprengung jener durch diese, sowie das Verhältnis beider zur Besitzverteilung lassen sich ins Chassé-croisé einer socialpsychologischen Quadrille niemals einbeziehen. Es sind Realien von so elementarer Gewalt, dass keine socialpsychologische Formel sie in sich fassen kann. Und nicht viel anders steht es mit den geographischen Factoren. Wer sich in Ratzels tiefdurcharbeitete Schriften einmal versenkt hat, wird es nicht so leicht übers Herz bringen, ihre Gedanken einfach beiseite zu schieben. Ist doch die psychologische Wirkung des Raumes ein Problem, das wir vorher wohl hauptsächlich deshalb gar nicht gesehen haben, weil es uns tagtäglich sich aufdrängt. Wie ungeheuer aber muss sie sich erst geltend machen auf die Breysigschen Triebe der Abstossung und des Zusammenschlusses! Auch da hätten wir ein Wort der Aussprache erhofft; statt dessen giebt Breysig uns die Zusicherung, er werde die geographischen Factoren berücksichtigen, aber — anders als Ratzel...

Nach alledem sieht man mit einer in vieler Hinsicht bangen Erwartung den kommenden Bänden entgegen. Was sie uns sicher bringen werden, sind ausgezeichnete ästhetische, religionsphilosophische, wissenschaftstheoretische Darstellungen. Aber das erwarten wir von einer Geschichte der Culturentwicklung eigentlich gar nicht. In Bezug auf alles andere wird es am besten sein, aus den Versprechungen nicht die ganz folgerichtigen Schlüsse zu ziehen. Vielleicht giebt uns Breysig doch noch mehr, als sein Programmband verheisst. Wissenschaftliche Programme sind immer eine zweischneidige Sache; oder eigentlich schaden sie regelmässig mehr, als sie ihrem Zwecke zu dienen vermögen. Ich halte sie besten Falles für überflüssig; in der Forschung gilt wirklich nur die Propaganda der That. Die Sociologie hat sich durch nichts so sehr geschadet, als durch die unaufhörlichen Begriffsbestimmungen, Abgrenzungen und Programme ihrer Vertreter. Ob Breysig nicht besser gethan hätte, uns seine Socialgeschichte frisch herunterzuerzählen, anstatt uns erst auf 291 Seiten zu sagen, wie er das machen will? Ich vermute, doch wohl.

Denn schliesslich können sein glänzender Stil, sein feiner Kunstsinn, seine völlige politische Unbefangenheit, seine reiche Anregungskraft uns niemals schädigen, wenn er nun nicht voll giebt, was er versprochen hat: Entwicklungsgeschichte, entwicklungsbegriffliche Erkenntnis. Er selber sagt einmal, Lamprecht stehe in seiner ganzen Art der naturalistischen Kunst nahe. Breysig liebt aber den Realismus nicht eben sehr. Ihm ist der grosse Zug der bewusst geführten Linie mehr Kunst, als die Natur, gesehen durch ein Temperament. Und doch: ich für mein Teil kenne keine schönere Linie, als die impressionistische, die zwischen Flächen verdämmert. Sie ist es, die mich in der Darstellungskunst Lamprechts immer entzückt hat. Breysig geht andere Wege. Die nächsten Jahre,

die uns seine Schöpfung bringen, müssen es erweisen, ob der Socialformalismus durch die Berührung mit dem Boden der Thatsachen an Kraft gewinnt. In den Höhen programmatischer Begriffsentwicklung hat er die Erwartungen getäuscht. die Eigenart evolutionistischer Erkenntnis nicht zu erfassen vermocht. Wenigstens nicht in jener alles umspannenden Weite, mit der uns der Culturrealismus nun schon verwöhnt hatte und deren Einengung wir uns nie mehr überreden lassen würden für einen Fortschritt zu halten. Breysig schliesst den Abschnitt über die socialen Bewegungen mit dem Satze: „Die Historie kann nicht anders, als über den einzelnen hinweg zu den grossen Zusammenhängen, und über diese fort zu den noch stärkeren Grundkräften zu schreiten, die sie regieren.“ Da eben liegt der Grundirrtum. Der erste Schritt ist gut, ist der Schritt von dem Bericht zur Entwicklungsgeschichte. Der zweite Schritt aber ist ein Schritt rückwärts. Die Naturwissenschaft fragt seit Kirchhoff und Hertz nicht mehr nach Grundkräften, sondern nach Zusammenhängen. Und das ist ein grosser Unterschied. Jenes ist erklärende Erkenntnis, die vor allem Qualitativen Halt machen muss; dieses entwicklungsgeschichtliche und in einer späteren Phase entwicklungsbegriffliche. die alle Realität in sich zu fassen vermag. Zu jener mag der Socialformalismus hinreichen, wo es um geisteswissenschaftliche Probleme sich handelt; wir aber sind über das Erklären auch hier hoffentlich schon hinaus, und nur dem Culturrealismus wird es gelingen, die Zusammenhänge des culturgeschichtlichen Werdens entwicklungsbegrifflich zu entschleiern.

Das religiöse Problem im Socialismus.

Von

Eugen Losinsky.

(Paris.)

I. Das Ende des Materialismus und die neureligiöse Gärung.

Der dritte Stand ist geistig im Absterben begriffen, seine geschichtliche Rolle nahezu ausgespielt. Demselben Schicksal verfällt auch die ganze bürgerliche Idologie, das geistige Product des dritten Standes: die materialistische Weltanschauung.¹⁾ Die geschichtliche Mission des Materialismus im XVIII. und XIX. Jahrhundert war ohne Zweifel gross und durchaus notwendig; diese Mission bestand im Kampfe gegen die hergebrachten christlichen Traditionen, gegen die Verdummung ganzer Generationen durch die christliche Metaphysik einerseits, gegen die Unterjochung der menschlichen Persönlichkeit durch die christliche lebens- und freiheitsfeindliche Moral andererseits. Wie man sieht, war diese geschichtliche Mission des Materialismus eine ausschliesslich negative. Die materialistischen Ideen waren wie ein stark wirkendes Gegengift, dessen der durch das Christentum und andere geschichtliche Factoren erkrankte sociale Körper zu seiner Gesundung bedurfte. Jetzt aber wird die sociale Wirkung dieser materialistischen Ideen nicht nur überflüssig, sondern

¹⁾ Die materialistischen Ideen sind gewiss viel älter, als der sogenannte dritte Stand. Schon unter den griechischen und römischen Philosophen gab es Materialisten genug, wie überhaupt die Keime aller unserer allgemeinen Ideen schon im Altertum vorhanden waren. Aber erst mit dem Aufkommen der Bourgeoisie und ihrer Denker erwachte der Materialismus zu neuem Leben und wurde ein einflussreiches allgemein-philosophisches und social-ethisches System.

sogar schädlich, indem diese sich in Wirklichkeit der Bildung jeder neuen positiv-religiösen Weltanschauung als hinderlich erweisen.

Der Materialismus ist eigentlich schon seit langem *theoretisch* überwunden und nicht nur erst, seitdem Kant seine Kritik der reinen Vernunft geschrieben hatte. Schon lange vor ihm lebte ein Mann, der dem Materialismus wie auch zugleich der christlichen Theologie den Todesstoss gegeben. Mehr als hundert Jahre vor Immanuel Kant erschien die *Ethik* von Baruch Spinoza, dem grossen Propheten der pantheistischen Weltanschauung, „diesem revolutionärsten aller Denker“, wie ihn J. Stern einmal mit Recht genannt hat. Aber obschon theoretisch überwunden, war die materialistische Weltanschauung doch noch geschichtlich notwendig: ihr stand noch die schon oben angedeutete grosse sociale Wirksamkeit bevor, der Kampf gegen die mythische Weltanschauung, der am besten durch den Materialismus ausgekämpft werden konnte.²⁾ In solcher Weise wurde der Materialismus eine lebendige und geschichtlich-productive Kraft, die auch für die ganze geistige Beschaffenheit, insbesondere aber für den äusserst individualistischen Charakter des damals neugeborenen dritten Standes am geeignetsten und bequemsten war.

Nur so erklärt sich die lange geschichtliche Lebensdauer dieser an sich vollständig unzulänglichen Weltanschauung. Die religiös-sittliche Entwicklung der Menschheit, wie auch jeder andere geschichtliche Process, birgt unbestreitbar etwas Dialektisches in sich, und daher sehen wir, wie jeder neuen religiösen Bewegung eine materialistisch-atheistische Epoche vorangeht. So war es z. B. während des Verfalls des alten Rom, und ebenso ist es in unseren Tagen des endgiltigen Bankerotts des Materialismus und des Erwachens der neureligiösen Sehnsucht. Die Menschheit erwacht aus dem dogmatischen Schlummer der atheistisch-materialistischen Weltanschauung und erhebt sich von neuem auf ihren Flügeln, um sich einen neuen, reicheren geistigen Lebensinhalt zu erringen. Der naive Glaube an die Materie, der sich einst so stolz und siegesfroh an die Stelle des anderen, ebenso naiven Glaubens an Gespenster setzte, ist nun seinerseits in raschem Schwinden begriffen. Der kritisch-philosophische Gedanke einerseits, der mächtige Fortschritt der Naturwissenschaften im XIX. Jahrhundert andererseits zerstörten vollständig jenen Glauben und vollzogen damit die segensreiche Arbeit, welche schon von Giordano Bruno und Spinoza begonnen war.

Zu gleicher Zeit wird nun auch der praktische Wert des „Gegengiftes“ nichtig. Die Völker befreien sich immer mehr von der mythischen Weltanschauung der christlichen Theologie, und der ganze Zustand der heutigen Cultur erlaubt bereits die unmittelbare Verbreitung der letzten wissenschaftlichen Ergebnisse und höchsten naturphilosophischen Hypothesen in der grossen Masse. Auch bedarf — was nicht weniger wichtig ist — die neu entstandene geschichtlich-sociale Macht, der vierte Stand, dessen bester Teil von einem gesunden und lebensfrohen Idealismus durchdrungen ist, keiner fremden Ideologie, d. h. keiner Ideologie der herrschenden Zehntausend. Es ist, meiner Meinung nach, ein grosses historisches Missverständnis, dass der Socialismus sich bis heute noch als grundsätzlich materialistisch proclamiert und in den

²⁾ Warum? Das können uns folgende Worte Dr. Carrings erklären, die wir in seinem neu erschienenen Buch über das Gewissen finden: „Der Materialismus“, sagt er, „bietet eine Weltansicht, die so ureinfach und flach ist, dass es nicht zu verwundern ist, wenn Leute, die täglich zwölf und mehr Stunden in geisttötender Arbeit dahingleben, sie annehmen und an ihr festhalten. Ja, mehr noch: es lässt sich nicht leugnen, dass für einen, dem im Materialismus zum erstenmal eine geschlossene Weltansicht entgegentritt, oder für einen, dem bis dahin die materiellen Factoren ungebührlich zu unterschätzen gelehrt war, der Materialismus etwas Packendes hat.“ (Das Gewissen im Lichte der Geschichte, socialistischer und christlicher Weltanschauung; pag. 58 und 59.)

Fetzen der fremden und unbrauchbar gewordenen Tracht kühn einhergeht. Für ihn passt, meine ich, die materialistische Weltansicht ebensowenig, wie die alte christliche Ideologie des finstern Mittelalters. Der Socialismus ist seinem ganzen Charakter nach durchaus idealistisch und schon aus dem Grunde allein nicht verträglich mit den Ideologien, welche die ganze, schöne uns umgebende Welt in eine tote, gefühl- und ziellose Materie verwandelten. Solche Ideologien erzeugten naturnotwendig die pessimistische Weltanschauung und den „Weltschmerz“. Wir unterstreichen das Wort *naturnotwendig*, denn jeder consequent durchdachte Materialismus lehrt die Zwecklosigkeit des Lebens, die schliessliche Zerstörung unserer Ideale. Was ist denn nach ihm der Mensch und die ganze menschliche Geschichte anderes, als „das kurze Spiel einer Eintagsfliege, schwebend über dem Meer der Ewigkeit und Unendlichkeit“? (L. Büchner). Zwischen der unendlichen Vergangenheit, in der es kein Leben gab, und der unendlichen Zukunft, in der es kein Leben geben wird, taucht der Augenblick der menschlichen Geschichte auf mit ihren unzähligen Tragödien und Opfern, mit ihren ewigen Leiden von heute und ihren Hoffnungen auf das Morgen! Nirwana hinter uns, Nirwana auch vor uns, als tatsächliches Endziel unseres Strebens, — das waren die schrecken-erregenden Horizonte, die der Materialismus vor der Welt eröffnete, das war der „neue Glaube“, den die Denker des dritten Standes mit Stolz überall verkündeten. Nicht umsonst entstand zugleich eine ganze Reihe von Abhandlungen, in denen mühevoll Argumente gesammelt wurden, um die Menschen davon zu überzeugen, dass es sich doch mehr lohne, das sinnlose Leben weiter zu leben, als demselben freiwillig ein Ende zu machen. „Es entstand ein allgemeiner Verfall religiösen Glaubens“, lesen wir in Bellamys Rückblick aus dem Jahre 2000. „Blasse und wässrige Strahlen aus einem Himmel, der durch Zweifel und Furcht dicht verhüllt wurde, erleuchteten allein das Chaos der Erde. Dass Menschen an Ihm, ihrem Schöpfer, zweifeln konnten, dessen Atem in ihnen ist, erscheint uns in der That als ein bemitleidenswerter Wahnsinn...“

Wir sind gewiss nicht die ersten, welche auf die Unverträglichkeit des Socialismus mit dem Materialismus hinweisen. Das hat schon vor dreissig Jahren Fr. Alb. Lange in seiner Geschichte des Materialismus angedeutet, indem er schrieb: „So könnte auch heute wieder eine neue Religions-gemeinschaft durch die Gewalt ihrer Ideen und den Zauber ihrer genossenschaftlichen Grundsätze eine Welt im Sturm erobern, während noch mancher Stamm der alten Pflanzung in voller Lebenskraft dasteht... Den Sieg über den zersplitternden Egoismus und die ertötende Kälte der Herzen wird nur ein grosses Ideal erringen, welches unter die staunenden Völker tritt und mit der Forderung der Unmöglichkeit die Wirklichkeit aus ihren Angeln reisst.“

Aber auch schon in der neuesten socialdemokratischen Litteratur liessen sich ähnliche Stimmen vernehmen. So polemisierte im Jahre 1896 Simon Katzenstein gegen August Bebel in der Neuen Zeit über das Wesen und die Zukunft der Religion in der socialistischen Gesellschaft, wobei der erstere erklärte, dass er „eine vom Wunder der äusseren Natur, vom Dogmenzwang und Kirchlichkeit befreite Religion ‚des Geistes und der Kraft‘ mit socialistischen Ideen für vereinbar“ halte.³⁾ Weiter erwähne ich den langen Aufsatz von Nikola j Berdiajew in derselben Zeitschrift über die kritische Philosophie in ihrer Beziehung zum Socialismus. „Die Zukunft“, schrieb dieser junge russische Schriftsteller, „gehört den kühnen Versuchen der Denker des Proletariats, die eine befriedigende Weltauffassung schaffen und dieselbe mit den socialen Bestrebungen ihrer Zeit verflechten werden.“ Und kurz vorher:

³⁾ Die Neue Zeit. 1896—97. I. Bd., pag. 302.

„Wir sind der Ansicht, dass das Bedürfnis nach schöpferischer Synthesis, von der Lange spricht, tief in der menschlichen Natur begründet ist, wenn es auch zu gewissen historischen Zeiten abgeschwächt wird; sind der Ansicht, dass die grandiosen Versuche des Menschengedankens, in das Mysterium des Seins einzudringen, nicht nur in das Reich der Vergangenheit, sondern in noch viel höherem Grade ins Reich der Zukunft gehören und dass der Sieg des Socialismus zu einer so blühenden Entfaltung des philosophischen Denkens führen wird, wie sie das alte Hellas nicht einmal gekannt hat... Nur das philisterhafte Denken ist im stande, sich mit einer ‚intellectuellen Enthaltsamkeit‘ zu begnügen und die höheren Forderungen zu ersticken, — wie der philisterhafte Wille ohne weiteres gesellschaftliches Ideal und das philisterhafte Gefühl ohne poetische Schöpfung auskommen kann.“⁴⁾

Derselbe Geist der neureligiösen Sehnsucht spricht auch aus dem vor einiger Zeit in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsatz von Dr. Georg Zepler⁵⁾ und besonders aus dem gemütsreichen Buch von Dr. Carring: Das Gewissen im Lichte der Geschichte, socialistischer und christlicher Weltanschauung.⁶⁾ Wer die Kräfte kennen lernen will, welche dem Socialismus zum endgiltigen Sieg verhelfen und ihm auch in den Augen der ganzen Menschheit viel mehr Autorität verleihen sollen, der lese dies neue Product der modernen religiösen Sehnsucht. In klarer und ausdrucksvoller Sprache zeigt uns der Autor, was dem modernen Socialismus zu seinem grossen Nachteil noch fehle und was ihm, zu seinem nicht minder grossen Schaden, noch anhafte. Dem Socialismus, meint Carring, könne der Classenkampf allein nicht zum Siege verhelfen, so nötig an und für sich dieser Kampf auch sei. Dem Autor graut vor „der grässlichen Vorstellung der Zukunft: Fabriken und wohl situierte Arbeiter. Die Welt erfüllt von aufgeklärten, wohlgenährten Kleinbürgerseelen, die essen, trinken und sich wissenschaftlich fortpflanzen.“ Der Mensch solle auch in der Zukunft religiös bleiben...

Wie der Leser sieht, bereitet sich im geistigen Leben der modernen Gesellschaft ein grosser revolutionärer Umschwung vor: der Socialismus hört auf, materialistisch und atheistisch zu sein, er wird idealistisch und religiös.

Und so musste es auch kommen. Schon vor einigen Jahren verkündete Jean Jaurès in der französischen Kammer eine solche Dematerialisierung des modernen Socialismus: „Ich meinerseits glaube, dass es traurig, ja sehr verhängnisvoll wäre, die religiösen Triebe des menschlichen Bewusstseins zu unterdrücken. Das ist durchaus nicht das, was wir wollen. Wir wollen im Gegenteil, dass alle Menschen durch Wissenschaft, Vernunft und Freiheit zu einer religiösen Lebensanschauung sich emporheben könnten. Ich glaube ganz und gar nicht daran, dass das natürliche und gesellschaftliche Leben allein dem Menschen genügt. Sobald die Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung verwirklicht sein wird, wird er wahrnehmen, dass ihm noch eine unermessliche Leere auszufüllen bleibt.“⁷⁾

⁴⁾ Die Neue Zeit. 1899—1900, II. Bd., pag. 202—203.

⁵⁾ Georg Zepler: Moderne Gesellschaft und Christentum. Socialistische Monatshefte. 1901, I. Bd., pag. 368 ff.

⁶⁾ Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften, Berlin—Bern. 1901.

⁷⁾ Der Wichtigkeit dieses Ausspruchs wegen sei hier der Originaltext angeführt: „Je crois, pour ma part, qu'il serait très fâcheux, qu'il serait mortel de comprimer les aspirations religieuses de la conscience humaine. Ce n'est point cela que nous voulons; nous voulons, au contraire, que tous les hommes puissent s'élever à une conception religieuse de la vie par la science, la raison et la liberté. Je ne crois pas du tout que la vie naturelle et sociale suffise à l'homme. Dès qu'il aura, dans l'ordre social, réalisé la justice, il s'apercevra qu'il lui reste un vide immense à remplir.“ Jean Jaurès: Action socialiste. Paris, 1899, pag. 160—161.

Alle Anzeichen weisen also darauf hin, dass der Socialismus in die Periode einer grossen ideologischen Umwälzung und des ethisch-religiösen Schaffens eingetreten ist. Dabei entsteht eine sehr wichtige Frage:

Welchen Charakter wird diese Umwälzung annehmen? Oder genauer: Welche Religion wäre mit den revolutionären und wissenschaftlichen Grundsätzen des Socialismus vereinbar?

II. Zurück auf Jesus?

Es giebt nicht wenig Socialisten, die die Existenzberechtigung dieses neuen religiös-ethischen Problems im Socialismus anerkannt haben, die aber der Meinung sind, dass ein solches Problem eigentlich sehr leicht zu lösen sei: es sei nur nötig, den Socialismus aufs Christentum zurückzuführen und die Menschheit an die „wahren“ Grundsätze der christlichen Religion zu erinnern. Noch unlängst hat z. B. der zur Socialdemokratie übergetretene Pfarrer a. D. Göhre eine Revision der in Parteikreisen herrschenden, aber „veralteten“ Anschauungen über das Christentum gefordert, wie auch eine solche der socialdemokratischen das Christentum betreffenden Schriften, da diese Schriften den neuesten Forschungen nicht Rechnung trügen. Göhre empfiehlt uns die „grösste Achtung“ vor dem jetzt wieder „neu entdeckten Urchristentum“ und vor dessen „übermenschlichem“ Stifter. Zurück auf Jesus! scheint die Losung dieses Socialdemokraten zu sein, zurück auf die sittlichen und socialen Ideen des Evangeliums!.. Dr. Carring, seinerseits, sagt in dem schon früher citierten Werk ganz unzweideutig: „Socialistische Weltanschauung und christliche Weltanschauung sind nicht Gegensätze. Ein und derselbe Mensch kann zugleich beides vertreten, in beidem leben, kann Christ und Socialist sein.“

Vor mehr als fünfzig Jahren glaubte David Strauss sagen zu dürfen, dass wir keine Christen mehr seien, und heute noch wissen wir Socialisten selbst nicht, was wir eigentlich sind — Christen, Nichtchristen, Antichristen? Prüfen wir im Hinblick auf diese Frage die socialistischen Schriften, so finden wir ein wahres Chaos von einander diametral entgegenstehenden Aeusserungen: da widerspricht nicht nur ein Autor dem anderen, sondern mancher Autor sich selbst. Dieser Wirrwarr zeigt uns am deutlichsten, wie unklar uns unsere eigenen moralischen Grundsätze noch sind, wie primitiv noch unsere eigene socialistische Ethik und wie notwendig es daher ist, unverzüglich mit der Formulierung einer solchen Ethik zu beginnen.

Es kann gewiss nicht meine Aufgabe sein, hier ein fertiges System der socialistischen Ethik aufzustellen; nur einige praktische Grundsätze, welche das moderne kämpfende Proletariat beseelen und es zu sicherem Siege führen werden, möchte ich hier anführen, um zu zeigen, welch unüberbrückbare Kluft zwischen diesen Grundsätzen und dem Christentum (dem „wahren“ viel mehr noch, als dem nicht wahren, modernisierten) besteht.

Die socialistische Bewegung ist, ihrem innersten Wesen nach, der Kampf gegen die sociale Ungerechtigkeit, gegen jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen jede Unterdrückung; sie ist die Empörung der menschlichen Persönlichkeit gegen die Erniedrigung, welche mit der materiellen Not und Lohnsclaverei unvermeidlich verbunden ist. „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ist die Losung dieser ganzen Bewegung, — d. h. bereitet euch zum entschiedensten Kampf für eure menschlichen Rechte, lasset euch nicht unterdrücken, lasset euch nicht ausbeuten und erniedrigen!

Spricht aus dieser Losung ein christlicher Geist, der Geist des Evangeliums?

Vor allen Dingen kennt das Evangelium keine Menschenrechte; mehr noch — es verneint sie aufs entschiedenste. „So dir jemand einen Streich giebt auf deine rechte Backe, dem biete die andere auch dar“, sagte Jesus. „Und so jemand mit dir rechten will und deinen Rock nehmen, dem lasse auch den Mantel: Und so dich jemand nötigt eine Meile, so gehe mit ihm zwei.“⁸⁾ Das heisst: man soll sich Misshandlung, Unrecht und Ausbeutung nicht nur ruhig gefallen lassen, sondern dem Uebelthäter sogar Gelegenheit bieten, seine Ungerechtigkeit zu wiederholen. Geduld, Demut, Entsagung sind die wichtigsten Tugenden der christlichen Ethik. Die Apostel ihrerseits hörten nie auf, die absolute Unterwerfung zu predigen. Petrus sagte: „Seid euren Herren unterthan, selbst dann, wenn sie böse und übelwollend sind“ — und Paulus: „Alle Gewalt kommt von Gott; wer sich der Gewalt widersetzt, widersetzt sich der Gottesordnung.“

Daraus folgt, dass die Idee des Rechts, der Gerechtigkeit dem „wahren“ Christentum vollständig zuwider ist. Und mit Recht sagt Yves Guyot über das Christentum: „Diese Lehre, die mitten in die barbarische Gesellschaft fiel, hat die Fesseln der persönlichen Knechtschaft enger geschnitten. Das Christentum hat die Völker auf den Bauch geworfen. Man geht nicht aufrechten Hauptes in das christliche Paradies ein, man kriecht auf allen vieren hinein. Der Christ darf den Kopf nicht frei und hoch tragen.“⁹⁾

Schon aus dem vorher Gesagten sieht man, dass jede „Christianisierung“ des heutigen Classenkampfes gleichbedeutend mit seiner völligen Entkräftung und Abschwächung sein würde. Entsagung, Geduld, Demut, passives Leiden sind keine socialen Tugenden; sie stehen jedenfalls im strictesten Gegensatz zu den Bestrebungen einer stolzen, energievollen und stets kampfbereiten proletarischen Partei. Die christliche Moral entspricht eben nur der Zeit der socialen Décadence, sie passt sich der Psychologie des Lumpenproletariats, d. h. aller „Schwachen“ und „physiologisch Zurückgegangenen“ an.

Gehen wir aber weiter. Der Socialismus ist seiner Natur und seinem Namen nach universalistisch, das Christentum dagegen atomistisch und mystisch-individualistisch, denn im Centrum seines Systems stehen nicht die realen Rechte der menschlichen Persönlichkeit im Diesseits, sondern ihre krankhaft-mystischen Interessen im Jenseits — „ewige Glückseligkeit“. Hier, im Diesseits, soll der Mensch entbehren, leiden, erniedrigt werden: desto grösserer Lohn erwartet ihn im Himmel... Es giebt eben verschiedene Arten von Individualismus. Der Individualismus der Renaissance z. B. hatte seine geschichtliche Berechtigung, — galt es doch, die Geister von dem Druck zu befreien, den die Herrschaft des Christentums auf sie ausgeübt hatte. Das konnte nur durch einen Appell an die „Urrechte“ der einzelnen Persönlichkeit geschehen. Das Evangelium aber weiss nichts von solchen Rechten. „Le Christ“, sagt Proudhon, „ne reconnaissait pas le droit de l'homme.“¹⁰⁾ Im Christentum sind alle gleich — in Rechtlosigkeit.

Ich wiederhole: dem Christentum wohnt eine krankhaft-individualistische Tendenz inne. Man entgegnet mir: Das Christentum hat die nationalen Schranken zu allererst überwunden. — Aber warum? Nicht weil es international-socialistisch gesinnt war, sondern weil es alle socialen Schranken überhaupt auflöste und das Individuum zu einem selbstgenügsamen und absoluten, ausser- und überweltlichen Wesen machte.

⁸⁾ Matth., 5, 39—41.

⁹⁾ Yves Guyot: Étude sur les doctrines sociales du christianisme.

¹⁰⁾ J. H. Proudhon: De la justice dans la révolution et dans l'église. II, pag. 300.

(Uebrigens hat schon fünf Jahrhunderte vor Christus der Buddhismus die nationale Idee aus denselben Motiven überwunden, und was Jesus selbst betrifft, so stand er eigentlich, als echter Jude seiner Zeit, noch auf dem Standpunct der nationalen Exklusivität.) Die moderne sociale Wissenschaft betrachtet den Menschen als Teil des Ganzen, d. h. nur im Zusammenhang mit anderen Menschen, in Verbindung mit einem Gemeinwesen. Das Christentum dagegen denkt streng atomistisch: der Teil ist vor dem Ganzen, das Individuum steht über der Gattung. Die Welt dreht sich um mich, — denkt der Christ; die Gattung, die Welt vergeht, das Individuum bleibt.

Bis jetzt habe ich nur den allgemeinen Charakter der christlichen Welt- und Lebensanschauung zu schildern versucht. Es bleibt mir noch übrig, einige der wichtigeren Grundsätze des Christentums zu betrachten und ihre Beziehung zum Socialismus zu beleuchten.

Man sagt: Das Christentum ist in moralischer Hinsicht ein altruistisches System. „Liebe deinen Nächsten als dich selbst“, lehrte Jesus. Er forderte von seinen Nachfolgern Liebeshätigkeit und Selbstopferung...

Das alles wollen wir nicht leugnen; nur darf man nicht vergessen, dass das Princip der Nächstenliebe nicht von Jesus zuerst in die Welt gebracht wurde. Das Christentum hat aber dieses schon bestehende Princip der Nächstenliebe „verunreinigt“. Man erklärt es oft als Verdienst der Kantischen Ethik, dass sie die Moral aus ihrer dienenden Stellung zum Individualegoismus (oder Eudämonismus) befreite: das wird „Reinigung der Moral“ genannt. Nun gut. Hatte aber nicht gerade das Christentum die Moral in eine solche dienende Stellung zum Zwecke des persönlichen Vorteils herabgedrückt?

„Der christlichen Ethik“, sagt W. Wundt, „liegt der Zweck des menschlichen Strebens in einer jenseitigen Welt. Sittlich ist, was die Güter dieses Jenseits erreichen hilft... Was muss der Mensch thun, um die ewige Seligkeit zu erringen? Das ist die Frage, hinter der nunmehr alle anderen zurücktreten.“¹¹⁾ Liebe also deine eigene Glückseligkeit über alles, Gott aber und deine Nächsten um deiner selbst willen, — diesen rein egoistischen Charakter der christlichen Nächstenliebe und Opferwilligkeit hat auch Fr. Nietzsche treffend gezeichnet, indem er sagte, dass die christliche Moral „durch ihre D^enⁿs widerlegt wird“: „Wer mir nachfolgen will“, predigte Jesus, „der verleugne sich selbst und folge mir nach, denn — es folgt eine Belohnung. „Denn so ihr liebet, die euch lieben, was werdet ihr für Lohn haben?“ Princip der christlichen Liebe: sie will zuletzt gut bezahlt sein.“

Aber der Altruismus, sogar in seiner reinsten Form, darf gar nicht beanspruchen, das höchste Princip der Moral zu sein. Dem Altruismus, wie dem Egoismus ist das Individuum in gleicher Weise das einzig Wirkliche, die Gattung aber oder die Gesellschaft nichts anderes, als eine mechanische Summe solcher Individuen. Einer atomistisch gedachten Gesellschaft entspricht notwendig entweder eine egoistische oder aber eine altruistische (auch utilitaristische) Ethik. Dem Socialismus dagegen und der ganzen modernen socialen Wissenschaft entspricht einzig und allein der Gemein Sinn, der die Grundlage der socialen Moral bildet. Liebe die höchsten Interessen der menschlichen Gattung, ihre Vervollkommenung und ihren ewigen Fortschritt, — so ungefähr könnte der Grundsatz dieser Moral lauten, oder: „Leb' im Ganzen! Wenn du lange dahin bist, es bleibt.“¹²⁾

Im grossen und ganzen können wir also sagen, dass es kaum ein anderes

¹¹⁾ Wilhelm Wundt: Ethik. 2. Aufl. pag. 268.

¹²⁾ Ueber die inneren Widersprüche und Mängel der altruistischen Moral. Vergl. W. Wundt: Ethik. pag. 497 ff., 561 ff.

sociallethisches System giebt, welches dem Socialismus mehr widerspräche, als das Christentum. Socialist sein heisst zugleich Antichrist sein, und der endgiltige Sieg des Socialismus wird nur möglich sein durch die endgiltige Ueberwindung des Christentums.

Ich bin deswegen gar nicht der Meinung Zepfers, welcher behauptet: wir, „Anhänger einer Naturreligion“, könnten uns in symbolischer Weise wohl auch Cristen nennen.¹³⁾ Noch mehr aber muss ich Carrington widersprechen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, empfiehlt er uns, den Socialisten, das Christentum „um des Gewissens willen“. Der Grund ist nicht klar. Es ist nicht recht verständlich, warum man z. B. nicht ebenso ein Buddhist oder ein Confucianer sein kann „um des Gewissens willen“. Hat denn das Christentum das Gewissen zuerst entdeckt? Nach der Angabe Dr. Carringtons erfolgte „die Entdeckung des Gewissens“ schon fünf Jahrhunderte vor Christus in Griechenland, nach demselben Autor hat Jesus „den in den Evangelien aufbewahrten Berichten zufolge nie von dem Gewissen gesprochen... Die ersten Christen haben den Begriff (des Gewissens), wie er im Volke gewachsen war, nicht willkürlich geändert“ u. s. w. Das alles ist richtig. Aber was hat dann das Gewissen noch mit der Frage über das Verhältnis des Christentums zum Socialismus zu thun? Und wie stimmen die vorstehenden Citate zu den folgenden Worten Dr. Carringtons, die wir auf Seite 36 finden: „... dass von den Christen aufs strengste Respect vor fremden Gewissen gefordert wurde. (Wo steht das im Evangelium geschrieben? E. L.) .. Nicht Nötigung oder Zwang, sondern Ueberzeugung sollten das Gewissen bestimmen...“

Das soll also heissen, dass das Christentum zuerst die Toleranz und die Achtung vor jeder Persönlichkeit in die Welt gebracht hätte. Wir aber glauben vielmehr an das Gegenteil: mit dem Christentum tauchten zu allererst die religiöse Intoleranz und die Vergewaltigung des Gewissens auf. Man kennt z. B. die grenzenlose religiöse Toleranz der alten Römer. Und was predigte Jesus? „Wo ihr aber in eine Stadt kommet, da sie euch nicht aufnehmen, da gehet heraus auf ihre Gassen und sprecht: Auch den Staub, der sich an uns gehäuft hat von eurer Stadt, schlagen wir ab auf euch. Ich sage euch: Es wird Sodom erträglicher gehen an jenem Tage, denn solcher Stadt...“ Rief er nicht auch Wehe über die Städte Chorazin, Bethsaida und Capernaum, weil es ihm nicht gelungen war, den Bewohnern derselben durch seine Wunderthaten den Glauben an seine Messianität beizubringen? Sagte er nicht Lucas 19, 27: „Doch jene meine Feinde, die nicht wollten, dass ich über sie herrschen sollte, bringet her und erwürget sie vor mir...“? Ich frage: Wer hat so gesprochen? Confucius? Buddha? Ich glaube, Bebel sagt in seiner kleinen Schrift über das Christentum mit vollem Recht: „Keine Religion der Welt hat der Menschheit mehr Blut und Thränen gekostet, wie das Christentum.“¹⁴⁾

Fr. Nietzsche wunderte sich, dass die gesunden Rassen des nördlichen Europa den christlichen Gott nicht von sich gestossen haben. Das macht, sagte er, ihrer religiösen Begabung keine Ehre. „Aber es liegt ein Fluch dafür auf ihnen: sie haben die Krankheit, das Alter, den Widerspruch in alle ihre Instincte aufgenommen; sie haben seitdem keinen Gott mehr geschaffen, — zwei Jahrtausende beinahe und nicht ein einziger neuer Gott!...“

¹³⁾ Vergl. Socialistische Monatshefte, 1901, I. Bd., pag. 377.

¹⁴⁾ „Man muss sich nicht irre führen lassen: ‚Richtet nicht!‘ sagen sie, aber sie schicken alles in die Hölle, was ihnen im Wege steht.“ (Fr. Nietzsche).

Carrington glaubt noch, dass „nie in der Welt zuvor eine sittliche Veranlagung jedes Menschen so entschieden behauptet wurde, wie hier“ (im Christentum). Das ist wiederum ein grosser Irrtum. Man könnte fast annehmen, dass Carrington die Lehre Christi mit der Rousseaus verwechselt hat.

Soll es weiterhin ebenso bleiben? Sollen wir noch jahrtausendlang vor dem Gott der „physiologisch und geistig Zurückgegangenen“ im Staube liegen und jede Verleumdung des Diesseits und jede Lüge vom Jenseits dem Volke vortragen?

Carring, Göhre und Genossen antworten darauf: Ja!

Das kämpfende Proletariat aber sagt: Nein! — sagt es dadurch schon, dass es kämpft.

Der americanische Cigarettentrust in Dresden.

Von

Rudolf Lebius.

(Dresden.)

Der Ankauf zweier grosser Cigarettenfabriken in Dresden und Liverpool durch den americanischen Cigarettentrust hat einen Teil der Presse in England und Deutschland veranlasst, neue Alarmrufe über die americanische Gefahr zu erheben. Von dieser americanischen Gefahr bekommt man ja jetzt während des Kampfes um den Zolltarif viel zu hören. Wir erfahren, dass die schlaunen Yankees ihre Schutzzollgesetzgebung so geschickt abgefasst haben, dass im letzten Jahrzehnt die Ausfuhr der Union nach den europäischen Häfen von 682 auf 1111 Millionen Dollars stieg, während die europäische Einfuhr nach der Union von 474 auf 439 Millionen zurückging. Ausser in dieser ungünstigen Handelsbilanz, die Europa zur Schuldnerin der Union macht, erblickt die bürgerliche Presse die americanische Gefahr in dem Uebergreifen der Trusts der Vereinigten Staaten nach Europa. Kaum hat sich das Bürgertum mit der Existenz des Rockefeller'schen Petroleumtrusts in Deutschland abgefunden, da werden die ängstlichen nationalen Gemüther durch das Auftauchen eines weiteren americanischen Trusts in Deutschland erschreckt. Die American Tobacco Company in New York hat die Dresdner Cigarettenfabrik von Jasmatzi, die etwa 900 Arbeiter beschäftigt, im März v. J. erworben. Es wird nun nirgend bezweifelt, dass der americanische Trust sich mit dem Besitz dieser einen deutschen Fabrik nicht zufrieden geben wird. Die deutschen Cigarettenfabricanten zittern vor der Concurrenz des americanischen Grosscapitals: die americanische Gefahr macht ihnen Alptrüben.

Sehen wir uns einmal den exotischen Eindringling näher an.

Die Deutsche Wochenschrift in den Niederlanden theilte unlängst über die ersten Anfänge des Trusts folgendes mit:

„Kurz nach 1870 machten in den Vereinigten Staaten drei Cigarettenfirmen von sich sprechen: Kinney Brothers mit der One Half-Cigarette, Allan u. Ginter mit der Richmond Straight Cut und Duke mit der Cameo und Old Judge. Ein heftiger Streit entbrannte, der sich in aussergewöhnlicher Reclame äusserte. Ein paar Jahre später kamen Blackwell u. Co. hinzu. Obwohl die riesige Reclame, sozusagen, die ganze Nation zum Cigarettenrauchen verführte, waren die Kosten doch so hoch, dass die vier Firmen sich eines Tages verbanden und die American Tobacco Company gründeten. Damit war aber das Geschäft noch nicht gemacht. Ein neuer Streiter machte sich breit: die Admiral Cigarette Company. Es war ein Kampf auf Leben und Tod. Die Admiral Cigarette Co. fiel, und der Trust war Herr und Meister des Cigarettenmarktes in den Vereinigten Staaten.

Aber dabei blieb's nicht. Unsere Americaner rauchen nicht allein Cigaretten, sondern kauen auch ganz gewaltige Mengen Tabak. Nunmehr wurden die Kautabakfabricanten durch den Trust angegriffen. Darauf vereinigten sie sich zur Continental Tobacco Company. Es war ein Riesenstreit von vielen Millionen Dollars

gegen viele andere. Ausschliesslich das Inserieren der Marke Battle Axe Plug kostete in einem Jahre $1\frac{1}{2}$ Millionen Dollars. Die Stücke Tabak wurden immer grösser. Endlich kaufte man für 25 Cents ein 1 engl. Fuss langes, 3 engl. Zoll breites und $\frac{1}{2}$ Zoll dickes Stück Kautabak. Die Verehrer dieses Tabaks schwelgten, denn an einem solchen Stück hatten sie für eine ganze Woche genug.

Seit diesen Jahren beherrscht die Tobacco Co. den ganzen americanischen Markt mit allen Artikeln dieser Branche und schon jetzt ist sie in Europa eingefallen.“

Ueber das Vermögen des Trusts sind grenzenlos übertriebene Angaben durch die deutsche Presse gegangen. So wurde auf der Generalversammlung des Bundes der Industriellen am 21. October 1901 gelegentlich der Discussion über die americanische Gefahr von einem Redner behauptet, das Capital der American Tobacco Co. betrage 2 Milliarden 800 Millionen Mark. Nachstehend möge eine Reihe zuverlässiger amtlicher Angaben über die näheren Verhältnisse des Trusts folgen.¹⁾

„Das Vermögen der American Tobacco Co. beträgt 71 514 490 Dollars. Diese Gesellschaft stellt aber nur einen Teil des americanischen Tabakprivatmonopols (Trust) dar.

Die Gesellschaft American Tobacco Co. wurde am 1. Januar 1890 gegründet und zwar durch die damals grössten Cigarettenfabriken der Vereinigten Staaten — Allan u. Ginter, Richmond, Va., Kinney Tobacco Co., Goodwin u. Co., New York, W. S. Kimball u. Co., Rochester, New York — die sich unter diesem Namen vereinigten, um die Concurrenz beim Einkauf und beim Verkauf ihrer Waren zu vermeiden. Durch Ankauf des Patents der Bosack-Cigarettenmaschine nahmen sie der Concurrenz die Möglichkeit, ihnen erfolgreich entgegenzutreten. Es wurden dann im Laufe der Zeit noch weitere Fabriken gekauft:

1891: Marburg Bros. und G. W. Gail u. Ax, Baltimore. — 1895: Thomas H. Hall u. Co., Consolidated Cigarette Co., H. W. Meyer Tobacco Co., Union Tobacco Co., New York; J. G. Butler Tobacco Co., St. Louis, Mo.; H. Ellis u. Co., Baltimore; ferner: Pfingst, Doerhoefer u. Co., Louisville, Ky.; S. Hershheim Bros. u. Co., New Orleans, La.; F. W. Felgner u. Son., Detroit, Mich.; Blackwell's Durham Tobacco Co., Durham, N. C.; Z. J. Lyon u. Co., Durham, N. C.; Brown Bros., Winston, N. C.; W. R. Irby Cigar and Tobacco Co., New Orleans, La.; Aug. Beck u. Co., Chicago; Monopol Tobacco Works, New York; sowie 1898: Brown Bros. Tobacco Co., St. Louis, Drummond Tobacco Co., St. Louis.

Die American Tobacco Co. befasst sich mit der Fabrication von Cigaretten und Rauchtabak.

Am 10. December 1898 wurde die Continental Tobacco Co. gegründet, die hauptsächlich die Fabrication von sogenannten Plugtabaken und gesuchten Rauchtabaken betreibt. Der Plugtabak wird in America sowohl zum Rauchen wie Kauen benutzt. Unter obiger Firma sind vereinigt die folgenden Fabricanten:

P. Lorillard Co., Jersey City, N. J.; P. H. Mayo u. Bros. Co. und J. Wright Tobacco Co., Richmond, Va.; John Finzer u. Bros., Louisville, Ky.; P. G. Sorg Tobacco Co., Middletown, Ohio; Daniel Scotten u. Co., Detroit, Mich.; Louisville Spirit Cure Tobacco Co., Louisville, Ky.; ferner im Jahre 1899: Liggett u. Myers Tobacco Co., St. Louis, Mo.; Buchanan u. Lyall, Brooklyn, New York; Gradle u. Strotz, Chicago. Ausserdem kaufte die Continental Tobacco Co., ohne dieselben officiell in ihren Verband aufzunehmen, die R. J. Reynolds Tobacco Co.; P. H. Hanes Tobacco Co.; B. F. Hanes, Winston, N. C.

¹⁾ Die Quelle sind wir bereit auf Anfrage privatim mitzuteilen.

Die jährliche Production der Continental Tobacco Co. soll 125 000 000 I. bushels fabricierter Tabak sein.²⁾

Am 19. März 1900 wurde die American Snuff Company gegründet, die sich aus folgenden Fabriken zusammensetzt: Geo. W. Helme Co., Helmetta, N. J.; Ivey, Owen u. Co., Lynchburg, Va.; John Bowers, Changewater, N. J.; Stewart Ralph u. Co., Philadelphia, W. E. Garrett u. Sons, Philadelphia. Die jährliche Production der American Snuff Company soll 15 000 000 I. bushels Schnupftabak sein.

Zu bemerken ist noch, dass einzelne der zur American Tobacco Co. gehörenden Fabriken ganz oder teilweise der Continental oder der American Snuff Co. überwiesen sind, soweit sie in deren Branche fallende Tabake producieren.

Am 11. Januar 1901 wurde die American Cigar Company gegründet durch die Vereinigung der Cigarrenfabriken von Powell Smith u. Co., New York; Hummel, Vogt u. Co., Louisville; S. Levy u. Co., New York; S. Ottenburg u. Bros., New York; P. Whitlock, Richmond, Va.; Havanna-American Co.

Am 5. Juni 1901 wurde die Consolidated Tobacco Company gegründet. Diese Gesellschaft hat alle gewöhnlichen Actien der American Tobacco Co. und der Continental Tobacco Co. gegen Obligationen genommen, die nur zu diesem Zwecke ausgegeben werden dürfen.

Für die American Tobacco Co. ist noch nachzutragen, dass sie auch das Geschäft in Japan durch Ankauf der dortigen grössten Cigarettenfabriken Murai Bros. u. Co. und Kimura Trade Co. in Tokio betreibt. Zugleich besorgt sie den Einkauf von hellen Tabaken für die japanische Regierung, wenigstens zum grössten Teil.

British Tobacco Company ist der Name der Consolidated Tobacco Co. in England. Hier hat sie bisher nur die Fabrik von Ogden's Limited in Liverpool gekauft, hat aber die Absicht, dort noch weitere Fabriken an sich zu bringen.

Capital: American Tobacco Co., Präsident James B. Duke; 8 % Vorzugsactien 14 000 000 Dollars; gewöhnliche Actien 54 000 000 Dollars; Dividend Scrips 3 014 490 Dollars.

Continental Tobacco Co., Präsident James B. Duke; 7 % Vorzugsactien 48 844 600 Dollars; gewöhnliche Actien 48 846 100 Dollars; 7 % Debentures 1 400 000 Dollars.

American Snuff Co., Präsident George A. Helme; 6 % Vorzugsactien 1 200 000 Dollars; gewöhnliche Actien 11 601 700 Dollars.

American Cigar Co., Präsident James B. Duke; Actien 10 000 000 Dollars.

Consolidated Tobacco Co., Präsident James B. Duke; Actien 30 000 000 Dollars; Obligationen 158 000 000 Dollars.

British Tobacco Co., Kosten der Fabrik Ogden's Limited 1 165 107 engl. Pfund.

American Tobacco Co. in Japan: Kaufpreis der beiden Fabriken 3 000 000 Dollars.

Nach obigen Ausführungen gehören der Vereinigung etwa 50 Fabriken, wobei aber manche kleinere unerwähnt blieben; ausserdem kommen stets neue hinzu. Zu bemerken ist ferner, dass diese vereinigten Fabriken noch kein Monopol in den Vereinigten Staaten ausüben, sondern dass es noch viel unabhängige Fabriken in allen Branchen giebt und noch stets neue Fabriken gegründet werden.“

²⁾ 1 Imperial bushel = 36,35 Liter.

Es entsteht die Frage, was den Trust treibt, in das Ausland zu wandern und warum er sich nicht damit begnügt, in seiner Heimat das Monopol zu erkämpfen, das er bis jetzt noch nicht besitzt. Nach der landläufigen Vorstellung von dem Wesen der Trusts nimmt man an, einem Trust komme es nur darauf an, die Producenten zu vereinigen, um dann eine Preissteigerung des Products folgen zu lassen. Solche Monopolausbeutung ist aber nur möglich, wo die Seltenheit des Products (Petroleum, Kohle u. s. w.) mitspricht. Eine Preiserhöhung der Tabakfabricate würde nur ein Anreiz zur Gründung neuer Fabriken und zur Erweiterung der Tabakpflanzungen werden. Für den Tabaktrust bleibt das Mittel der Preissteigerung unverwendbar. Dem Cigarettentrust liegt daher nichts ferner, als alle Fabriken seines Landes in sich zu vereinigen. Dass der Trust seine Thätigkeit nach England, Deutschland, Japan und Indien verlegte, erklärt sich durch die Abnahme des Cigarettenverbrauches in den Vereinigten Staaten.

Zwischen den Cigaretten im Auslande und in Deutschland besteht ein grosser Unterschied. In America und Russland verwendet man bessere Tabaksorten zur Cigarettenfabrication und legt wenig Wert auf die Verpackung. In Deutschland ist es umgekehrt. Hier ist der Cigarettentabak von minderer Güte, dagegen wird in der Verpackung ein grosser Luxus getrieben. Bei manchen Marken erreicht der Wert der Verpackung 20 bis 33¹/₃ % des Verkaufspreises. Obgleich nun der americanische Cigarettentabak besser als der deutsche ist, geht der Cigarettenverbrauch in den Vereinigten Staaten zurück, hauptsächlich deshalb, weil die öffentliche Meinung das Cigarettenrauchen als ungesund verurteilt. Inwieweit diese Ansicht begründet ist, mag dahingestellt bleiben. Vielleicht ist es der Fall, dass die americanischen Fabricanten den Cigarettentabak mit ungesunden Zuthaten parfümieren. Ein grosser Teil der Americaner ist von der Gesundheitsschädigung durch das Cigarettenrauchen so überzeugt, dass die Cigaretten allgemein in der Union den Spitznamen Sargnägel (coffin-nails) erhalten haben. In demselben Masse, als der Verbrauch an Cigaretten in America abnimmt, nimmt das Ausfuhrgeschäft der American Tobacco Co. in dem gleichen Artikel zu. Nach Deutschland wird aus der Union nur minderwertiger Cigarettentabak geliefert, der für den dortigen Verbrauch nicht verwendbar ist. Wenn der Tabaktrust etwa 20 000 Kisten Wisconsinabak kauft, befindet sich immer ein gewisser Procentsatz dabei, der nur zum Export geeignet ist. Die americanischen Fabricanten haben sich nun überlegt, ob sie solchen Tabak dort unter Zollverschluss verarbeiten sollen, wodurch die Inlandsteuer erspart bliebe, oder ob sie ihn nach Deutschland zur Verarbeitung in hier zu errichtenden oder anzukaufenden Fabriken senden sollen. Sumatrabak, der sich für den deutschen Markt eignet, könnte gleich von Amsterdam und ebenso cubanischer Tabak direct von Habana nach Deutschland gesandt werden. Diese Umstände und Erwägungen haben den Trust veranlasst, sein Capital auch im Ausland arbeiten zu lassen.

Unter welchen Bedingungen und Aussichten der americanische Trust den Kampf mit der Concurrenz im Ausland aufnimmt, lehrt ein Bericht über den Verlauf der Generalversammlung der Liverpoolsen Ogden-Gesellschaft, die der Trust bekanntlich erwarb. Es heisst darüber in der Deutschen Tabakzeitung vom 3. October 1901: „Mr. Walters, der Vorsitzende der Ogden-Gesellschaft, erklärte das Angebot der American Tobacco Company für sehr vorteilhaft und empfahl es zur Annahme. Die americanische Gesellschaft wolle am Tabakhandel Englands und des Festlandes in grossem Massstabe teilnehmen, und die Leiter der Ogden-Gesellschaft hätten deshalb die Wahl gehabt, auf angemessenen Grundlagen ein für die Actionäre vorteilhaftes Geschäft abzuschliessen oder dem americanischen Wettbewerb mit Sorgen entgegenzusehen. In Anbetracht der Verhältnisse sei der Direction nichts anderes übrig geblieben, als das Geschäft abzuschliessen. Ein weiterer Antrag würde nicht

gestellt werden, da die Zustimmung der Actionäre in genügendem Umfange gesichert wäre und praktisch bereits alles geregelt sei. Der Betrieb würde nicht eingestellt, sondern unter neuen Eigentümern mit dem alten Stabe fortgesetzt werden. Mr. Macconal, Vorstandsmitglied, wies darauf hin, dass der von den Americanern zu zahlende Preis von 818 000 Pfund Sterling gegenüber dem Marktpreis der Actien vor Bekanntwerden der Unterhandlungen den Actionären einen Gewinn von 180 000 Pfund Sterling biete. Solange die Americaner jenseits des Oceans geblieben seien, hätten die durch den Zoll geschützten englischen Fabricanten nichts zu fürchten gehabt. Nun aber, wo die americanische Gesellschaft mit der Absicht nach England gekommen sei, entweder einen grossen Betrieb zu kaufen oder selbst Fabriken zu bauen, wäre die Sachlage völlig verändert. Dieser Wettbewerb würde sehr bedenklich sein, da den Americanern grosse Capitalien zur Verfügung ständen. Dazu komme noch ihr bereits bestehendes grosses Geschäft, ihre glänzende Organisation und die bei ihnen gewohnte Energie. Die americanische Gesellschaft sei darauf vorbereitet, mehrere Jahre keine Dividende zu erzielen, dafür würde sie sich dann später schadlos halten. Sie würde das Publicum durch Lieferung besserer Ware zu niedrigerem Preise gewinnen.

Gegenüber den Aeusserungen eines Besitzers von Vorzugsactien, die Directoren seien americanischen Drohungen gewichen und hätten sich den Yankees gebeugt, erwiderte der Vorsitzende: wenn man den patriotischen Aufputz beiseite lasse, den der Vorredner zuthue, liege die Sache so, dass den Actionären ein guter Preis für ihren Besitz geboten werde. Nehme man das Angebot nicht an, so würde der americanische Wettbewerb wahrscheinlich innerhalb zweier Jahre die Papiere auf die Hälfte dieses Wertes herabdrücken. Auf eine Anregung aus der Versammlung erwiderte der Vorsitzende, die Direction hätte gern einer Verbindung der englischen Fabricanten unter Anwendung americanischer Methoden zugestimmt, aber die Eifersucht unter den einzelnen Gesellschaften sei zu gross.“

Wie gesagt, ist der Name des americanischen Trusts in England: British Tobacco Co. So ist er auch ins englische Firmenregister eingetragen worden. Nach der Eintragung ist der Zweck der Gesellschaft: Betrieb von Tabakpflanzungen; Fabrication und Handel in Tabak, Cigarren, Cigaretten und Schnupftabak; Erwerb von Betrieben, die Gesellschaften, Trusts, Verbänden oder Einzelpersonen gehören; Förderung, Bildung, Unterstützung und Gründung von Gesellschaften, Trusts und Verbänden und überhaupt Beteiligung am Tabakgeschäft der ganzen Welt.

Die Erwerbung der Dresdner Cigarettenfabrik von Jasmatzki ging in etwas anderer Weise vor sich. Wie man mir erzählt, lasteten auf Jasmatzki, einem in Sachsen naturalisierten Griechen, sehr grosse Zahlungsverbindlichkeiten. Er hatte nun den schlaun Einfall, seine Fabrik dem Trust zum Verkauf anzubieten, und machte dabei ein glänzendes Geschäft. Allein für die Firma und Kundschaft erhielt er bare 400 000 Mk. Man berechnet seinen Profit auf 700 000 Mk. Nach der Eintragung ins Firmenregister unterm 18. März 1901 ist Jasmatzki zum Vorstand bestellt und bezieht als solcher 25 000 Mk. Jahresgehalt. Für die Activen der Firma wurden 1 500 000 Mk. bezahlt. Gründer der Gesellschaft und Aufsichtsräte sind u. a.: Percival Smith Hill, Director der American Tobacco Co. in New York, Thomas Dixon Asten-London und James Peyton Watson-New York. — Asten ist jetzt der eigentliche Geschäftsleiter der Fabrik, die etwa 900 Arbeiter zählt. Mit welcher Verve der Herr ins Geschirr geht, mag die eine Thatsache beweisen, dass er dieser Tage für 200 000 Mk. Reclamegläser anfertigen und u. a. an die ersten Dresdner Cafés und Bierpaläste unentgeltlich abgeben liess. Die Gläser sind dünne Bierbecher mit Goldrand, die eine grosse Geschäftsreclame für Jasmatzkis Cigaretten

eingebraunt tragen. Die deutschen und namentlich die Dresdner Kaufleute werden jetzt wahrscheinlich noch weitere Proben americanischer Geschäftsreclame zu spüren bekommen und darob wohl in teutonischer Entrüstung hinter ihren Bierkrügen am Stammische aufflammen und nach Polizei und Staatshilfe gegen die Eindringlinge rufen.

Auf diese Weise wird aber dem Trust nicht beizukommen sein. Man mache sich einmal klar, worin die geschäftliche Ueberlegenheit des Trusts beruht: ihm kommen alle Vorteile zu gute, die ein grosser zahlungsfähiger Käufer geniesst. Der Trust schaltet für seine Betriebe den vertuernden Zwischenhandel aus. Er kauft seinen Tabak direct von den Pflanzern und erhält ihn zu einem um 8 bis 12¹/₂ % niedrigeren Preise als zur Zeit, wie die New Yorker Handelszeitung schreibt, die deutschen Fabricanten für americanischen Tabak zu zahlen haben. Der Trust hat ferner äusserst leistungsfähige Maschinen, die patentamtlich geschützt und den deutschen Fabricanten deshalb nicht zugänglich sind. Beide Umstände lassen es so für den Trust vorteilhaft erscheinen, noch weitere Fabriken in Deutschland zu erwerben oder zu gründen. Weiter gereicht es dem Trust zum Vorteil, dass er den Kampf mit seinen Concurrenten nicht ängstlich und bedächtig, sondern mit verwegener Kühnheit führt, die fast immer den Sieg verheisst. Kaum hatte die American Tobacco Co. die Ogden-Gesellschaft erworben, die für ihre Guinea Gold-Cigaretten so eifrig Reclame machte, dass wohl jeder Leser ihre Marke einmal vor Augen gehabt hat, so schlossen sich 13 grosse englische Firmen zu einem Abwehrtrust unter dem Namen The Imperial Tobacco Company of Great Britain and Ireland zusammen.

„Die Americaner“, schreibt die Deutsche Wochenschrift für die Niederlande, „begannen sofort mit einer bedeutenden Preisreduction. Cigaretten, welche im Kleinhandel 55 Cents die Schachtel zu 20 Stück kosteten, wurden jetzt mit 35 Cents verkauft, eine andere Marke im Preis von 45 Cents mit 27¹/₂ Cents. Nun müssen verschiedene Marken an den Mann gebracht werden, wofür die folgende Taktik gewählt wurde. Der Ladenhändler, der vom billigen Artikel einen grossen Umsatz erwartet und nicht weniger daran verdient, als am theuern, muss, wenn er beispielsweise 1000 Schachteln Richmond Gem kauft, 200 Schachteln von einer andern Marke hinzunehmen und ebenfalls ausstellen. Finden diese Absatz und will er davon mehr kaufen, dann muss er auch eine gewisse Menge einer dritten Marke nehmen und den Käufern vor Augen führen. So wird auch für die jetzt in England noch weniger bekannten Marken allmählich Reclame gemacht. Alle Marken ohne Unterschied wurden im Preis ermässigt. Die hierauf folgende Bewegung war die Preisminderung von sieben Marken Rohtabak in Päckchen um 15 Cents für das englische Pfund. Mit dieser Preisminderung wurde am 6. November 1901 begonnen.“

Inzwischen fühlen die Ladenhändler ihre Macht gegenüber den beiden streitenden Parteien wachsen; sie vereinigten sich in der Absicht, die beiden Trusts gegen einander auszuspielen, um die höchste Provision zu erzielen. Die Americaner boten 20 % auf den Tabak und 25 % auf die Cigaretten, und zwar auf die Dauer von 20 Jahren.

Dieser Streit wurde im October begonnen, und am 2. November hatten die americanischen Eroberer schon 12 Rundschreiben an den Kleinhandel erlassen. Die Engländer sind stark bedroht. Ihre Zündholzfabrication ging zu Grunde, weil sie zu alte Maschinen benutzten und zu teuer arbeiteten. Dies kann jetzt bezüglich der Cigarettenindustrie auch eintreten. Donald erklärte, die Versuche, in England Trusts zu errichten, missglückten häufig, weil man diese americanische Kunst nicht verstehe. „Der britische Fabricant“, sagte er, „betrachtet einen solchen Verein als einen sichern Hafen, in welchem er ruhen kann... Die alten Maschinen werden zu hohen Preisen dem Trust überlassen, der dadurch schon von Anfang an zu schwer belastet ist. Der

Trust wird in England häufig durch ein Parlament von 60 Menschen geleitet und kann deshalb nicht so schnell und praktisch arbeiten wie der americanische, der autokratisch verwaltet wird, häufig selbst durch eine einzige Person.“

Die Engländer verlieren, weil sie zum Geschäftemachen weniger prädestiniert sind. Sie suchen den Vorteil des Trust nicht in den grossen Ersparungen der Organisation, sondern in den höheren Preisen. Der Coats-Nähgartrust erhöhte den Preis für 1000 Knäuel mit einem Male von Fl. 16,20 auf Fl. 18,90 und der Tapetentrust den seinen um 10 bis 20 %. Sie machen jetzt Geschäfte, aber, o weh, wenn die Americaner mit ihrer bessern Organisation und den verbesserten Maschinen kommen!“

Während in England der Concurrenzkrieg in vollem Gange ist, herrscht in Deutschland noch tiefer Friede. Auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Industriellen erhob zwar der Besitzer der Dresdner Kios-Cigarettenfabrik, E. B. Böhme, seine Stimme zur Warnung vor der americanischen Gefahr. Positive Vorschläge machte er aber nicht. Er scheint mehr von einer Hilfe seitens des Staates, als von der Selbsthilfe durch Trustbildung zu erwarten. Ein Herr Willner erklärte auf jener Generalversammlung, dass die deutschen Cigarettenfabrikanten zur Bildung eines Trusts etwa 500 Millionen Mk. benötigten. Da bei der Zugeknöpftheit der Bankkreise von dort nichts zu erwarten sei, so möge man an die Regierung herantreten und um Unterstützung bitten.

Vielleicht wird in den Kreisen der deutschen Cigarettenfabrikanten mehr Stimmung zum Zusammenschluss entstehen, wenn der americanische Trust wie in England vorgeht, wo er, um sein Ziel rascher zu erreichen, die Preise um 40 % ermässigt hat und seine Producte unter dem Herstellungspreis abgiebt.³⁾

Einigen Verdross haben die Americaner den Deutschen allerdings schon bereitet. Herr Böhme - Dresden theilte in seiner oben erwähnten Rede (21. October 1901) mit: „Vor ungefähr 14 Tagen sind nach den zollamtlichen Ausweisen in Dresden für etwa 600 000 Mk. türkische Tabake nach America verschifft worden. Im Sommer d. J. waren americanische Tabakagenten im Sinne der American Tobacco Co. thätig, um gewisse Sorten von Tabaken, ohne die wir in Dresden nicht arbeiten können, wegzukaufen. Nachdem diese Leute in Dresden ihrem Wunsche gemäss alles zusammengekauft hatten, fuhren sie direct nach Constantinopel, traten mit den ersten Firmen des Tabakhandels in Verbindung und planten eine Verschmelzung ebenfalls unter dem Titel American Tobacco Co., d. h. den Aufkauf sämtlicher türkischen Blättertabake. Unsere deutschen Tabakhändler kamen nach der Türkei hinunter, versuchten Aufkäufe zu machen, es gelang ihnen dies aber nur so weit, als sie die Bauern in der Türkei durch Vorschüsse in ihrer Gewalt hatten, denn die Americaner hatten bereits alles übrige weggekauft, und was noch zu haben war, musste 30 bis 40 % höher bezahlt werden. Gestern nun ist mir von zuverlässiger Seite die Mitteilung geworden, dass die Americaner sich nicht nur mit dem Wegkauf begnügten, sondern bereits auf den Dörfern Umfrage halten: wie viel schuldet dieser Tabakbauer diesem oder jenem Händler in Dresden? Sind es 100 türkische Pfund, dann erhalten die Bauern 150 Pfund und sind somit in den Händen der Americaner und der deutsche Tabakhändler kann sehen, wo er Tabak herbekommt. So nimmt man uns die ganze Zuthat weg.“

Der Trust bedroht, wie man sieht, ganze Gruppen von Erwerbsständen. Ausser den Fabricanten namentlich die Zwischenhändler. Aber auch die Ladenverkäufer (Detallisten) haben ihn zu fürchten. Sobald der Trust irgendwo Fuss gefasst hat, zwingt er den Ladenverkäufer, nur die Ware der Trusts zu führen und sie zu einem ganz kleinen vorgeschriebenen Nutzen zu verkaufen.

³⁾ Vergl. Berliner Tageblatt vom 1. December 1901.

Trotz der sehr grossen Capitalmacht, die der Trust darstellt, ist er aber doch nicht der unbeschränkte Alleinherrscher auf dem Tabakmarkt, als den die Uebertreibungen der Presse ihn hinstellen. Nicht einmal im eigenen Lande ist er im Besitz des Monopols und muss sich seiner Haut gegen achtungsgebietende Gegner wehren. Unter dem Namen Universal Tobacco Company hat sich ein mit 10 Millionen Dollars capitalisierter Abwehrtrust in New York gebildet, dem eine ganze Reihe grosser Tabakfirmen beiträt. Ebenfalls zum Schutz gegen die Concurrenz des Cigarettentrusts entstand in Habana die Habana Commercial Company, deren jährliche Lieferungsfähigkeit 100 Millionen Dollars beträgt. Die Erwerbung der Ogdens Limited-Gesellschaft in Liverpool führte zur Gründung eines Trusts englischer Cigarettenfabricanten der Imperial Manufacturing Company of Great Britain and Ireland, der mit 75 Millionen Dollars arbeitet. Die Gegentrusts des grossen americanischen Cigarettentrusts haben ihre Stellung noch dadurch befestigt, dass sie sich verbanden. In den Vorstand der Habana Commercial Co. wurden drei Directoren der Universal Tobacco Co. aufgenommen. Der englische Tabaktrust hat sogar schon den Tabakkampf nach America selbst übertragen. Die New Yorker Zeitungen brachten Ende November grosse Inserate, durch die die Sovereign Cigarette zu 2½ Pence das Packet angeboten wird. Nicht ausgeschlossen erscheint es allerdings, dass sich die americanischen und englischen Trusts eines schönen Tages verschmelzen. Dann würde die Concurrenz für die deutschen Fabricanten sehr drückend werden, zumal unsere Rauchtabakfabrication nordamericansche Tabake haben muss. Sollte der Krieg zwischen den Trusts vor der Hand noch weiter gehen, so könnten die grossen Capitalopfer die Trustleiter dazu führen, die Trustidee weiter auszubauen. Die Herren Duke und seine Freunde verstehen sich dann vielleicht dazu, die Plantagen und die Verkaufsläden selbst zu übernehmen. Erzeugung und Verteilung sind dann wie bei den grossen Consumvereinen vereinigt.

Jedenfalls wird der Sieg des Grosscapitalismus im ausländischen Tabakgeschäft auf Deutschland, wo die Tabaksteuergesetzgebung eine Treibhauscultur üppig wuchernder Kleinbetriebe erzeugt hat, eine Rückwirkung ausüben. Die grosscapitalistische Betriebsform bietet so viele Vorteile, dass sie auch in der deutschen Tabakindustrie den Sieg davon tragen wird.

Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften.

Von

Fanny Imle.

(Berlin.)

I. Einleitung.

Das Interesse für die Arbeitslosenunterstützung ist endlich, nachdem sich fast alle Gewerkschaften mit dieser Frage beschäftigt haben und auch der Gewerkschaftscongress zu gunsten derselben Stellung genommen hat, auch in weitere Kreise gedrungen. Allmählich ringt sich die Ueberzeugung durch, dass die Unterstützung der Arbeitslosen nicht nur für die einzelnen Gewerkschaften, sondern für die gesamte Arbeiterbewegung von weittragendster Bedeutung ist. Zunächst empfinden das alle diejenigen, welche sich gern einen klaren Blick über den Arbeitsmarkt verschaffen möchten, aber leider auf das denkbar mangelhafteste Zahlenmaterial angewiesen sind. Brauchbare statistische Angaben über Ausdehnung und Dauer der Arbeitslosigkeit geben uns weder die Reichsstatistik, noch die an einzelnen Orten gelegentlich veranstalteten Umfragen. Wir erhalten sie aber wohl bei Arbeiterorganisationen, welche ihre Mitglieder

bei Arbeitslosigkeit finanziell unterstützen und daher über die Arbeitslosen ebenso genau Buch führen müssen, wie die Krankencassen über die Kranken. Acut ist die Frage nach dem Schicksal der Arbeitslosen aber erst in allerletzter Zeit geworden. Die grosse Arbeitslosigkeit des letzten Winters hat als Vorbote der herannahenden wirtschaftlichen Krise geradezu erschütternd gewirkt. Viele Gemeindeverwaltungen nahmen, grösstenteils auf Interpellation der socialdemokratischen Fractionen, zur Beschäftigung und Versorgung Arbeitsloser Stellung. Es wurde aber bei all diesen Discussionen herzlich wenig für die Arbeiter erreicht, und die schläfrige Hilflosigkeit unserer Gemeinden einer so brennenden Frage gegenüber hat nicht wenig dazu beigetragen, diejenigen in ihren Erwartungen zu enttäuschen, welche dem Staate oder der Gemeinde die Sorge für diese Opfer unserer Wirtschaftsweise anvertrauen wollten. Es sind nicht verrante Antiparlamentarier, welche heute noch der staatlichen und communalen Arbeitslosenunterstützung misstrauisch gegenüberstehen, wohl aber sind es erfahrene Gewerkschafter, die sich darüber klar sind, dass ihnen gerade die *Arbeitslosenunterstützung* am allertuersten zu stehen käme, weil sie bei den jetzigen Machtverhältnissen unserer Parlamente die Lohnrückerei und den Strikebruch begünstigen und dadurch die mit grossen Opfern erreichte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse illusorisch machen würde. Um so dringender ist daher das Bedürfnis nach einer gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Sie legt allerdings unseren organisierten Arbeitern grosse finanzielle Opfer auf, aber sie fördert als Kampfesmittel gegen die Lohnrückerei die successive Verbesserung der Arbeitsbedingungen und bringt so eine doppelte und dreifache Verzinsung des zu ihrer Durchführung angelegten Capitals.

Glücklicherweise sind wir bei der Besprechung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung nicht auf graue Theorieen angewiesen, sondern wir verfügen heute schon über ein reichhaltiges historisches Material, das uns als Wegweiser dienen kann. Ich glaube, das allmähliche Emporblühen der Verbände mit Arbeitslosenunterstützung, ihre Verdienste um die Durchführung günstiger Lohnsätze sind der beredteste Beweis für die wohlthätigen Wirkungen dieses Unterstützungszweiges auf den allgemeinen gewerkschaftlichen Fortschritt.

Ebensowenig aber, wie sich alle Gewerkschaften nach einer kritischen Schablone beurteilen lassen, kann man über die praktische Durchführung der Arbeitslosenunterstützung und über ihre Differenzierung in den einzelnen Berufen mit allgemeinen Maximen hinwegtheoretisieren. Wer sich für die Frage interessiert, muss mit dem liebevollen Interesse des Naturforschers jede Einzelheit in der Vielheit der Erscheinungen erfassen und sich in alle Eigentümlichkeiten einleben, er muss in jeder Berufsorganisation eine besondere Gattung und innerhalb derselben wieder verschiedene Species erkennen, um dann schliesslich die vielen verschiedenen Steinchen zu einem prächtigen Mosaik zusammenzufügen.

II. Die Pioniere der Arbeitslosenunterstützung.

A. Die Buchdrucker.

Keine deutsche Berufsvereinigung giebt uns ein so klares Bild rein gewerkschaftlicher Entwicklung, als die Buchdrucker. Die wilden Stürme des Jahres 1848 vermochten es nicht, das Samenkorn zu verwehen, welches auf der ersten Buchdruckerconferenz in Mainz in den socialen Boden Deutschlands eingesät wurde. Die alles mit sich reissende politisch-socialistische Agitation im Anfang der sechziger Jahre mag wohl manchem tiefer Denkenden dieser Arbeiterschicht ein höheres Zukunftsideal enthüllt haben, aber die Ver-

kündigung des unerbittlichen ehernen Lohngesetzes konnte die Buchdrucker nicht davon abschrecken, schon damals den Grund zu der gewaltigen Kampforganisation um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu legen, die im Jahre 1866 fertig dastand. Von diesem Zeitpunkt an hat sich der Verband ruhig und sicher bis zu seiner heutigen Leistungsfähigkeit emporentwickelt. Der anfängliche Beitrag von 5 Pfg. wurde schon im Jahre 1868 verdoppelt. Dieses Jahr brachte auch ausser der Gründung der Centralinvalidencasse der Buchdrucker die Einführung der Unterstützung für gemassregelte Berufscollegen. Diejenigen, welche zwecks Aufrechterhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen ihre Stellung aufgeben mussten, erhielten auf 10 Wochen täglich 2 Mk. und, soweit sie verheiratet waren, einen Beitrag zu den Umzugskosten. Sehr bald aber rang sich die Ueberzeugung durch, dass es nicht genüge, die Opfer des Kampfes zu unterstützen, sondern dass es notwendig sei, die Unterstützung zum Kampfesmittel zu machen und die Gemassregeltenunterstützung durch die Arbeitslosenunterstützung zu ergänzen. Letztere wurde auf der Generalversammlung 1874 eingehend besprochen, wobei energisch betont wurde, dass es sich nicht um eine Wohlthätigkeitsunterstützung gleich der Kranken- und Invalidenunterstützung handle, sondern um eine Vorbeugung gegen die Lohn-drückerei der Arbeitslosen und um ein geeignetes Mittel, die Berufsgenossen an die Organisation nicht nur ideell, sondern auch wirtschaftlich zu fesseln. Einzelne deutsche und einzelne österreichische Städte hatten durch die locale Durchführung der Arbeitslosenunterstützung für den Verband vorgearbeitet. Was notwendig war, um diese Ansätze nicht zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen, das war die Centralisierung und Verallgemeinerung dieses Unterstützungszweiges über die ganze Organisation. Das alte Viaticum, die Unterstützung der reisenden Arbeitslosen, wurde schon im Jahre 1875 von den Localcassen der Centrale übergeben. Die Beschaffung des grundlegenden Materials und die Ausarbeitung eines Unterstützungsreglements für Arbeitslose am Orte überwies die Generalversammlung einer Commission. In Aussicht genommen wurde eine Erhöhung des Beitrags von 35 auf 40 Pfg. Um die Mitglieder des Verbandes für die erforderlichen Mehrleistungen zu gewinnen, ging an sämtliche Filialen ein Circular, dessen Inhalt hier wiedergegeben sei, da es meiner Meinung nach nicht nur von beruflichem Interesse, sondern auch von culturhistorischer Bedeutung ist:

„Die bis jetzt stattgefundenen Conflictte in Sachen des Tarifs haben gezeigt, wie notwendig ein möglichst einheitlich geregeltes Unterstützungswesen für die weitere Existenz des Verbandes ist. Wenn auch mit den jetzt vorgeschlagenen Bestimmungen die Einrichtung noch nicht als eine vollkommene betrachtet werden kann, so ist doch damit ein Anfang dessen gemacht, was als die Lebensbedingung einer jeden gewerksgenossenschaftlichen Vereinigung bezeichnet werden muss. Wir dürfen hiernach wohl die Hoffnung aussprechen, dass die erste Frage nahezu einstimmig mit Ja beantwortet wird.¹⁾ Was die Mehrkosten betrifft, so wolle man bedenken, dass schon bei schlechtem Geschäftsgange, wie wir ihn leider jetzt zu beklagen haben, nur 2 % des Verdienstes zu diesem Zwecke ausreichen. Aber selbst wenn die Zeiten noch schlechter werden sollten, so dass wir bis zu 5 % gehen müssten, so erfüllen wir damit nicht nur eine moralische Pflicht unsern arbeitslosen Collegen gegenüber, sondern wir sichern uns dadurch auch vor willkürlich geplanten oder durch die letzteren herbeigeführten Lohnreductionen, welche in keinem Verhältnis zu den verweigerten geringen Beiträgen stehen dürften. Wir wiederholen:

Wer die Notwendigkeit erkannt hat, für seine arbeitslosen Collegen von

¹⁾ Die erste Frage scheint sich demnach auf die principielle Stellung zur Arbeitslosenunterstützung bezogen zu haben.

jeder Mark seines Verdienstes 2 Pfg. pro Woche zu opfern, der stimme mit Ja, und wer sich dem Glauben hingiebt, er bedürfe der Unterstützung seiner Collegen nicht, mit Nein.“

Darauf nahm die Generalversammlung des Jahres 1879 mit 26 gegen 4 Stimmen die Erhöhung des Beitrags und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung an. Es wurde nach einer dreijährigen Wartezeit vom achten Tage der Arbeitslosigkeit ab auf 15 Wochen eine tägliche Unterstützung, deren Betrag sich nach der jeweiligen Höhe der Reiseunterstützung richten sollte, gewährt. Schon in den ersten 2 $\frac{1}{2}$ Jahren 1880, 1881 bis Juli 1882 wurden 49 678 Mk. an Arbeitslose am Orte bezahlt. Die Zahl der Unterstützten erreichte ihren Höhepunkt im Juli 1882 mit 147, am niedrigsten war sie im Februar 1880 mit 32 Personen. Durchschnittlich bezogen im Monat 100 Arbeitslose 1656 Mk. Trotz dieser Leistungen hatte sich das Vermögen des Verbandes seit 1879 auf 208 204 Mk. (20,80 Mk. pro Kopf), d. h. um die Hälfte erhöht. Allerdings musste im Jahre 1885 eine Abnahme des Verbandsvermögens um 54 000 Mk. konstatiert werden. Doch ist dies nicht auf die Mehrausgaben der Arbeitslosenunterstützung, die sich von Jahr zu Jahr steigerten, zurückzuführen, sondern die Buchdrucker mussten in dieser Periode 77 000 Mk. für die Ein- und Durchführung des mit den Unternehmern vereinbarten Tarifs opfern.

Die guten Cassenverhältnisse ermöglichten es, schon im Jahre 1885 die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 15 auf 20 Wochen zu verlängern. Obgleich die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung die Mitgliederfluctuation ganz erheblich eingeschränkt hatte, hielt man es für angemessen, den leichtfertigen Austritt aus dem Verband zu erschweren, indem man das Eintrittsgeld, welches 3 Mk. betrug, für Wiedereintretende verdoppelte. Auch zu einer provisorischen Erhöhung des Beitrags von 40 auf 60 Pfg. sah sich der Vorstand genötigt, da die Zahl der zu unterstützenden Gemassregelten über alle Erwartungen hinaus wuchs. Da seit 1888 ein Wochenbeitrag von 50 Pfg. statutarisch festgesetzt war — nicht inbegriffen sind dabei die Beiträge für die Kranken- und Invalidencasse —, verbesserten sich die finanziellen Verhältnisse des Verbandes in erfreulicher Weise, so dass im Jahre 1891 bei einem Vermögen von 456 000 Mk. ein weiterer Ausbau der Unterstützungsleistungen allgemein gewünscht wurde. Der Vorstand wurde mit weitgehenden Anträgen — die Durchführung einiger derselben hätte eine Mehrausgabe von 100 000 bis 140 000 Mk. erforderlich gemacht — geradezu bestürmt, und es wirkt sehr wohlthuend, dass dieselben nicht unbesehen der Generalversammlung vorgelegt, sondern die Konsequenzen jedes einzelnen den Delegierten zahlenmässig klargestellt wurden. Wichtiger, als die absolute Erhöhung der Unterstützungsleistungen, ist die Einrichtung von verschiedenen Classen der Bezugsberechtigung, die nach der Dauer der Mitgliedschaft abgegrenzt wurden. In dieser Classeneinteilung ist nicht nur eine gerechte Regelung des Unterstützungswesens zu sehen, sondern auch ein weiterer Schritt zur Erreichung der Stabilität im Mitgliederbestande. Sie bedeutet eine Prämie auf treues, ununterbrochenes Festhalten an der gewerkschaftlichen Organisation. Die Reiseunterstützung betrug nun nach 13 Wochen Beitragsleistung 75 Pfg., nach 50 Wochen 1 Mk., nach 150 Wochen 1,25 Mk. je bis zu 40 Wochen à 7 Tage. Für Arbeitslose am Ort wurden nach 100 Wochen 1 Mk., nach 150 Wochen 1,25 Mk. je bis auf 20 Wochen gezahlt. Nach Ablauf dieser Zeit waren die Arbeitslosen noch berechtigt, 20 Wochen lang Reiseunterstützung zu beziehen, so dass ein Arbeitsloser fast ein Jahr hindurch über Wasser gehalten und vor der Lohndrückerei bewahrt wurde.

Im Herbst desselben Jahres machte der Riesenstrike der deutschen Buchdrucker über 10 000 Gehilfen arbeitslos. Mehr als 2 Millionen Mk. gab die Centralleitung; ausserdem leisteten verschiedene grosse Städte aus ihren Gau-

cassen noch bedeutende Zuschüsse; der Rest von nicht ganz einer halben Million wurde durch freiwillige Beiträge aus dem In- und Auslande gedeckt. Insgesamt dürfte der Strike etwa 3 Millionen verschlungen haben. Ohne die gesicherte finanzielle Basis, welche der Buchdruckerverband dank seiner Unterstützungseinrichtungen schon damals hatte, wäre dieser Lohnkampf für die Organisation ein Schlag gewesen, der auf Jahre hinaus jede weitere Thätigkeit lahmgelegt hätte.

Dass unter diesen Bedingungen aber auch bei den glänzenden Cassenverhältnissen von einem Inkrafttreten der beschlossenen Erhöhung der Unterstützung keine Rede sein konnte, ist selbstverständlich. Trotzdem wurde 1892 die Aufnahmegebühr für Neueintretende auf 1 Mk., für Wiedereintretende auf 2 Mk. herabgesetzt. Der viel geschmähte Tarif, welcher im Jahre 1892 zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vereinbart wurde, ermöglichte als erwünschter Waffenstillstand die Wiedererholung und den gedeihlichen inneren und äusseren Ausbau der Organisation. Dies bestätigen die Beschlüsse der Generalversammlung 1899. Reisende Arbeitslose erhalten nach 6 Wochen 1 Mk., nach 75 Wochen 1,25 Mk. je bis zu 40 Wochen. Arbeitslose am Orte erhalten vom dritten Tage der Arbeitslosigkeit ab nach 75 Wochen 1,25 Mk., nach 100 Wochen 1,50 Mk. je auf 10 Wochen, nach 150 Wochen ebenfalls 1,50 Mk. auf 20 Wochen und nach 750 Wochen (15 Jahren) 1,50 Mk. auf 40 Wochen. Neben einer erheblichen Verkürzung der Carenzzeit ist in diesen Bestimmungen auch eine absolute Erhöhung der Unterstützungsleistungen zu erblicken. Ausserdem ist in der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung eine weitere Differenzierung vorgenommen, indem an die Stelle der früheren 2 Classen jetzt 4 getreten sind. Es ist erfreulich, dass die Reise- und Arbeitslosenunterstützung als Unterstützungen zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Lohn tarifs auf Kosten der gewünschten Erhöhung der Wohlthätigkeitsunterstützungen (Kranken-, Invaliden-, Witwenunterstützung) weiter ausgebaut wurden. In der Debatte wird betont, „die Arbeitslosenunterstützung sei unmittelbar als ein Zweig zu betrachten, der zum Gewerkverein gehört, die anderen Zweige seien bloss Mittel zum Zweck, vor allem die Krankencasse und auch die Invalidencasse.“ Vor einer weiteren Erhöhung der Unterstützungsleistungen wird unter anderm aus dem Grunde gewarnt, weil man sich nicht in allzu schroffen Gegensatz zu den anderen Berufsorganisationen setzen dürfe. „Die Buchdrucker veranlassten verschiedene Gewerkschaften, Arbeitslosenunterstützung einzuführen, aber sie würden dann nicht mehr als Pioniere, sondern als Cassenmenschen angesehen werden.“

Einen richtigen Ueberblick über den Umfang der Arbeitslosenunterstützung der Buchdrucker erhält man übrigens erst, wenn man zu den Verbandsleistungen noch die Unterstützungen der einzelnen Gaue hinzuzählt. Diese betragen im Minimum 1,50 Mk., im Maximum (Breslau) 7 Mk. wöchentlich. In Berlin wurden 1900 bei einem wöchentlichen Zuschuss von 3 Mk. 30743 Mk. an Zuschüssen ausbezahlt. Allem Anschein nach macht sich eine Strömung im Buchdruckerverbände die allmähliche Beseitigung dieser zersplitterten Sonderunterstützungen zur Aufgabe, selbstverständlich um dadurch eine einheitliche Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung der Hauptcasse zu erzielen. Vielleicht könnte man dabei durch eine Scalisierung der Beiträge und Unterstützungssätze, entsprechend den Localzuschlägen des Tarifs, den verschiedenen örtlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Eine derartige Vereinheitlichung und weitere Ausbildung des Unterstützungssystems könnte sicher nur höchst einseitige Gewerkschafter zu der Ansicht verführen, dass der Buchdruckerverband aus beschränkten Cassenmenschen bestehe, die unter einer bureaukratischen Leitung stehen. Mögen schwache und junge Gewerkschaften da und dort auf die Leistungen der grösseren Verbände mit Hochmut herabblicken, erstarkende,

vorwärtsschreitende Organisationen wissen das zu schätzen, was durch den einheitlichen Willen vieler geschaffen wurde.

Ueberlebt scheint übrigens auch die höhere Unterstützung der zwecks Aufrechterhaltung des Lohntarifs gemassregelten Collegen. Sie beträgt nach wie vor 2 Mk. täglich bis zu 10 Wochen — ohne den Zuschuss der Localvereine — und wird natürlich vom ersten Tage der Conditionslosigkeit an gewährt ohne Berücksichtigung der für andere Unterstützungen giltigen Carenzeit. Die Einführung der Unterstützung aller Arbeitslosen wurde im Buchdruckerverbände von Anfang an als eine Verallgemeinerung der Gemassregeltenunterstützung angesehen, da es sich unmöglich scharf abgrenzen lässt, wo die unverschuldete Stellenlosigkeit aufhört und wo die freiwillige Arbeitslosigkeit anfängt, welche durch die Verweigerung der Arbeitsleistung zu untaritmässigen Bedingungen verursacht ist. Die Abschaffung dieses Unterstützungsweiges, der vielfach zu Missbräuchen führte und dadurch den Verband nicht unbeträchtlich belastete, wurde denn auch von verschiedenen Seiten beantragt. Dies geschah, wie es scheint, aus dem sehr gesunden Empfinden heraus, dass der Kampf zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht besonders honoriert werden soll, sondern dass auch die capitalkräftigste Gewerkschaft vom Idealismus ihrer Mitglieder Opfer verlangen muss, die durch keine finanzielle Unterstützung des Verbandes bezahlt werden können. Dass das Gesagte keinerlei Anwendung auf die Unterstützung Strikender und deren Familien finden soll, ist selbstverständlich. Jede Gewerkschaft muss es sich zur Ehrensache machen, die Kampfesarmee ihrer Ausständigen so gut wie möglich zu verproviantieren.

Interessant ist, dass auf keinem Verbandstage der Buchdrucker die notwendige Erhöhung der Beiträge so erbittert angefochten wurde, wie dies bei anderen Gewerkschaften leider noch der Fall ist. Dies ist natürlich nicht darauf zurückzuführen, dass bei den Arbeitern anderer Berufe weniger Verständnis für die Aufgaben ihrer Organisation vorhanden ist, sondern es erklärt sich aus den tariflich garantierten, verhältnismässig guten Arbeitsbedingungen der Buchdrucker. Auch über Nichteingehen der Beiträge wird nur an solchen Orten und in solchen Betrieben geklagt, wo der Tarif noch nicht durchgeführt ist, denn mit dem Tarif haben sich die Buchdrucker die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisation und damit die Möglichkeit erkämpft, die Beiträge für den Verband an der Arbeitsstätte einzusammeln. Damit ist die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation zu einer öffentlichen Pflicht geworden.

Ende 1900 betrug das Vermögen des Verbandes 3 092 155,02 Mk., d. h. 103,42 Mk. pro Kopf, nicht eingerechnet den Bestand der Invalidencasse in Liquidation (663 000 Mk.) — welche nach dem 1891er Strike von der Gewerkschaft getrennt und in besondere Verwaltung gegeben wurde —, sowie das oft sehr hohe Vermögen der einzelnen Filialen. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf 29 895, was einem Procentsatz von 74 bis 75 der gesamten Berufsangehörigen gleichkommt.²⁾ Seit 1880 bedeutet dies eine Mitgliederzunahme von 376,2 %.

Zum Buchdruckerverbände gehört seit 1893 die Freie Vereinigung der Stereotypeure und Galvanoplastiker, die jetzt mit ca. 200 Mitgliedern eine selbständige berufliche Section des Verbandes bildet. Diese Vereinigung kann

²⁾ In der unlängst erschienenen Tabelle der Generalcommission wird die Zahl der organisierten Buchdrucker auf 90 % angegeben. Dies erklärt sich daraus, dass den Berechnungen der Commission die Zahlen der Gewerbezahlung von 1895 zu Grunde liegen. Damals waren 32 000 Buchdrucker beschäftigt; nach der letzten Publication des Tarifamts sind bei tariftreuen Firmen 36 000, in Betrieben, welche den Tarif nicht anerkennen, 2000 Gehilfen tätig. Nehmen wir an, dass nur 2000 Buchdrucker an der Statistik nicht beteiligt sind, so haben wir jetzt doch mit mindestens 40 000 Gehilfen zu rechnen.

ihren Mitgliedern in Notfällen ausser den obligatorischen Unterstützungen des Verbandes noch Extraunterstützungen bei Arbeitslosigkeit gewähren. Sie erhebt einen Beitrag von 25 Pfg. wöchentlich. Ferner sind die Schriftgiesser im Buchdruckerverbande organisiert. 1897 errichteten diese Berufsangehörigen eine selbständige Centrale zur besseren Vertretung ihrer fachlichen Interessen. Sie verlangen aber von jedem Mitglied, dass es sich innerhalb 8 Wochen dem Buchdruckerverbande anschliesst. Im Gegensatz zu letzterem nimmt die Vereinigung der Schriftgiesser Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen auf und bildet so ein äusserst interessantes Zwischenglied zwischen einer Gewerkschaft nur gelernter Arbeiter und einer Organisation männlicher und weiblicher Hilfsarbeiter. Der Beitrag von wöchentlich 15 Pfg. wird teils zur Agitation im Berufe, zum grössten Teil aber zur Gewährung von Arbeitslosenunterstützung und Unterstützungen in Notfällen an diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen verwandt, denen als ungelernten Hilfskräften der Zugang zum Buchdruckerverbande verschlossen ist. Die Vereinigung gewährt nach 75 Wochen den weiblichen Mitgliedern und Hilfsarbeitern auf 5 Wochen wöchentlich 5 Mk. Diejenigen, welche dem Buchdruckerverbande angehören, können 3 Mk. 8 Wochen hindurch beziehen, doch war es bis jetzt selbstverständliches Ueberkommen, dass letztere sich mit den Unterstützungen des Buchdruckerverbandes begnügten und zu gunsten der Hilfsarbeiter auf ihre Ansprüche an die Vereinigung verzichteten.

Von 1880 bis Ende 1900 hat der Buchdruckerverband die kolossale Summe von 1 938 793 Mk. an Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Seit Mitte 1889 erhielten 102 946 Arbeitslose für 1 927 554 Tage Arbeitslosenunterstützung. Ein Conditionsloser wurde durchschnittlich 18,7 Tage lang unterstützt.

So sehr diese Leistungen auch ohne Commentar für sich selbst sprechen, ist es doch auch dieser Gewerkschaft nicht erspart geblieben, sich sowohl mit unternehmerfreundlichen, als auch mit überradicalen Concurrenzorganisationen herumschlagen zu müssen. Im Jahre 1893 gründeten einige Arbeitgeber des Gewerbes eine auf Wohlthätigkeit beruhende Unterstützungscasse für ihre Gehilfen, und in demselben Jahre entstand der rückgratlose Gutenbergbund. Dieser gewährt seinen Mitgliedern ebenfalls Unterstützungen, die allerdings hinter denen des Verbandes zurückbleiben. Die glänzenden Errungenschaften des letzten Tarifikampfes im Jahre 1901 haben übrigens schon jetzt eine Anzahl der Sonderbündler dem Verband wieder zugeführt. Auch die tariffeindlichen Leipziger Buchdrucker — jetzt noch etwa 200 — brachten es fertig, auf dem Fundament radicaler Phraseologie eine Organisation zu erbauen. Ob etwa auch der Buchdruckerverband die Abzweigung dieser Vereinigung durch allzu schroffes Vorgehen mit verschuldet hat, kann hier nicht erörtert werden. Eins steht fest: auch diejenigen Elemente, welche sich mit Recht oder Unrecht persönlich gekränkt fühlen, dürfen ihren Einfluss auf eine Minderzahl nicht dazu benutzen, um diese Berufscollagen an eine schwache, unfähige Organisation zu fesseln. Eine solche Handlungsweise bedeutet einen Verstoß gegen unsere gewerkschaftlichen Principien, welche darin gipfeln, alle Berufsangehörigen ohne Rücksicht auf Partei und Weltanschauung zu Centralverbänden zu vereinigen, die durch ihren Unterstützungsaufbau und durch ihre Kampfesfähigkeit die allmähliche sichere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse garantieren.

[Fortsetzung im nächsten Hefte.]

Rundschau.

Oeffentliches Leben.

Politik.

Die Thronrede, mit der der preussische Landtag am 8. Januar eröffnet worden ist, bietet wieder einen neuen Beweis für die Schwäche der Regierung den Conservativen gegenüber. Die Stützen von Thron und Altar haben seit mehr als 30 Jahren keine solche Macht der Regierung gegenüber gehabt, wie gegenwärtig unter Bülow. Die Thronrede kündigt eine neue Canalvorlage an, aber alle Welt lacht über die Ankündigung, die nicht ernst gemeint ist und nur die Blamage verdecken soll, die sich die Regierung im bisherigen Kampfe um den Canal geholt hat. Die letzten vier Thronreden haben jedesmal das Thema des Mittellandcanals behandelt, aber immer schwächer wurde die Haltung der Regierung gegen die Opposition der wirtschaftspolitischen Reactionäre. In der Thronrede vom 16. Januar 1899 liess die eingetretene Steigerung des Verkehrs, insbesondere das Bedürfnis, für Massengüter billige Verkehrswege zu schaffen, „den unverzüglichem Ausbau“ des Mittellandcanals als „dringlich“ erscheinen. Im Jahre darauf hält die Staatsregierung noch nach wie vor an der „Ueberzeugung“ fest, dass der Mittellandcanal „notwendig“ ist. In der Thronrede von 1901 ist schon nicht mehr davon die Rede, dass der Bau des Canals unverzüglich erfolgen müsse, auch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit ist fallen gelassen, die Staatsregierung spricht vielmehr resigniert die „Hoffnung“ aus, dass der vorgelegte Entwurf die Zustimmung der Landesvertretung finden werde. Trotz dieser Resignation legte aber die Regierung doch jedesmal einen neuen Entwurf dem Landtage vor; diesmal bleibt es bei einigen Bülow'schen Redensarten ohne Vorlage. Der Mittellandcanal wird überhaupt gar nicht mehr genannt; die Thronrede spricht vielmehr ganz allgemein nur von unseren wasserwirtschaftlichen Verhältnissen, deren Ausgestaltung von der Regierung als ein dringendes Bedürfnis erachtet werde. „Seiner Zeit“ werde die Regierung dem Landtage eine neue Vorlage unterbreiten. Wie geschickt haben doch die Conservativen operiert! Erst die Zölle und dann die Entscheidung über den Canal — war ihre Parole. Die Regierung gab nach, und die Folge ist, dass die Conservativen immer anspruchsvoller in ihren Zollforderungen und immer ablehnender gegen alle Mittellandcanalpro-

jecte geworden sind. Die Schwäche der Regierung in der inneren Politik geht aber Hand in Hand mit einer mindestens schwankenden auswärtigen Politik,

Ganz deutlich zeigt sich dies anlässlich der Ausführungen des Reichskanzlers über den Dreibund in der Reichstagssitzung vom 8. Januar. Noch vor ein paar Jahren war der Dreibund der Grund- und Eckstein unserer europäischen Position, ein Bollwerk gegen jeden Friedensstörer. Die Bedeutung dieses Bundes charakterisierte Graf Bülow anlässlich der Flottenvermehrung mit folgenden Worten: „Von einer gesunden Realpolitik aus können und werden wir bei aller Entwicklung unserer überseeischen Interessen nie vergessen, dass Deutschland das Centrum von Europa ist und die Sicherheit unserer europäischen Stellung auf dem Dreibund und den guten Beziehungen zu Russland beruht.“ Und kurz vorher führte Graf Bülow in einem Schreiben an den Evangelischen Bund aus, dass Deutschland an dem Bündnis mit Italien in deutscher Treue festhalte. Damals war der Dreibund eine absolute Notwendigkeit für den Frieden und um so unersetzlicher, je mehr wir Weltpolitik treiben. Denn gerade die Weltpolitik führt nach Bülow viel leichter zu einer Gefährdung des Friedens, als die bisherige europäische Politik. „Est ist eine Eigentümlichkeit unserer Zeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, dass plötzlich, jeden Tag neue Ereignisse entstehen. In früheren Zeiten lebte die Diplomatie hundertzwanzig oder fünfzig Jahre oder noch länger von einer einzigen Reibungsfläche; jetzt entstehen plötzlich, tauchen unvermutet neue Fragen auf, die bisweilen ebenso schnell wieder verschwinden, bisweilen auch im Handumdrehen sich in bedenkliche und acute Reibungen und Verwickelungen verwandeln. Wir müssen nicht bloss zu Lande, sondern auch zu Wasser gegen Ueberraschungen geschützt sein.“ „Dass die Zukunft eine friedliche sein möge, das wünsche ich, das wünschen wir alle. Ob diese Zukunft eine friedliche sein wird, das kann Ihnen niemand sagen.“ — So Bülow vor etwa zwei Jahren. Heute liegen die Dinge nach ihm geradezu umgekehrt. Gerade die Weltpolitik bietet die beste Versicherung gegen den Krieg. Aus dem Vorhandensein vieler mächtiger Reiche entwickelt sich ein System der Gegengewichte, welches auf die Erhaltung des Weltfriedens hinzielt. Also wozu da noch der Dreibund

festhalten? Er ist ja noch höchst wertvoll, aber eine absolute Notwendigkeit bildet er für Deutschland keineswegs mehr. Und was ist schliesslich geschehen, um den Dreibund so rasch über Bord zu werfen? Eine vorübergehende Verstimmung mit Oesterreich ist zu einer Haupt- und Staatsaction aufgebauscht worden. wie dies ja ganz in der heutigen Art unserer auswärtigen Politik liegt. Eine Reihe von Kundgebungen in Oesterreich gegen die preussische Polenpolitik sind der preussischen Regierung in die Krone gefahren. Da nun die österreichische Regierung gegen diese Kundgebungen nicht in der gewünschten Weise vorging und namentlich die Erklärung des Fürsten Czartoryski im galizischen Landtage nicht officiell missbilligte, so wuchs deutscherseits die Empfindlichkeit und machte sich in einer Umwertung der Bedeutung des Dreibundes Luft, die zeigt, auf welch schwankenden Grundlagen unsere auswärtige Politik gegenwärtig ruht.

Richard Calwer.

Wirtschaft.

Die Flut der officiellen Jahresberichte bricht herein, und im grossen und ganzen können sie begreiflicherweise wenig Neues bieten. Die Tagespresse beschränkt sich darum meist darauf, aus den allgemeinen Betrachtungen der Berichterstatte das ihr für die Tagespolitik gerade Zusagende hervorzuheben. Die Blätter der bürgerlichen Linken haben ihre Freude daran, dass die ehrbaren Kaufleute in den Seestädten vor Minimalzöllen und Zollkriegen warnen; die Industriepresse legt wiederum grösseren Nachdruck auf die Stimmen aus dem Westen, wo die Syndikate und die Vereine zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen blühen. Jede Richtung ist einen oder zwei Tage stolz darauf, dass sie sich auf etwas Gedrucktes berufen kann, und im übrigen lässt sie gern alles zur Maculatur werden. Bei der ungeheuren Entfaltung und inhaltlichen Bereicherung der Presse haben die Rückblicke der verschiedenen Körperschaften naturgemäss ganz wesentlich an actuellem Bedeutung und Wirkung verloren.

*

Aus dem Jahresbericht der Essener Handelskammer verdienen vielleicht die Urteile über die **Syndikate** und den Canalbau Hervorhebung, weil hier die wirtschaftlich Nächstbeteiligten, und zwar sehr einflussreiche Beteiligte, zu Worte kommen.

Den Syndikaten wird nur Gutes nachgerühmt: „In Kreisen, die mit den gewerblichen Verhältnissen vertraut sind, dürfte wohl kaum noch ein Zweifel daran bestehen, dass dem mässigen Einfluss der

Syndikate, insbesondere des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, in der Zeit der aufsteigenden wirtschaftlichen Bewegung es hauptsächlich zu danken ist, wenn die nunmehr hinter uns liegende Hochconjunctur eine so lange Dauer gehabt hat. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, haben wir in unserem vorjährigen Bericht die Hoffnung ausgesprochen, dass die Syndikate, auch wenn wider Erwarten die wirtschaftliche Bewegung eine rückläufige werden sollte, ihrer weiteren Aufgabe, durch festes Zusammenhalten aller in Betracht kommenden Factoren und durch Verhütung eines zügellosen Angebots die rückläufige Bewegung zu verlangsamen und einen Zusammenbruch zu verhüten, sich gewachsen zeigen würden. Diese Hoffnung hat sich, wie anerkannt werden muss, erfüllt; die Syndikate haben, unserer Anschauung nach, den auf sie gesetzten Erwartungen in weitem Umfange entsprochen; denn lediglich ihrem Eingreifen ist es zu danken, wenn uns ein massloser Preissturz und ein vernichtender Concurrenzkampf, Erscheinungen, die in früheren Zeiten mit einem wirtschaftlichen Rückschlage untrennbar verbunden schienen, bislang erspart geblieben sind. Darüber hinaus aber haben die Syndikate durch Anpassung der Gütererzeugung an den Bedarf mittels Productionseinschränkungen und dadurch, dass sie der Ausfuhr überschüssiger Erzeugnisse Vorschub geleistet haben und weiter leisten, den Weg gebahnt, der einzig und allein zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens führen kann und den rasch zu durchmessen lediglich das Bestehen der Syndikate die Möglichkeit giebt. . . Wir können hiernach nur wünschen, dass der Cartellierungsgedanke in immer weiteren Kreisen Wurzel schlagen möge, und sind überzeugt, dass mit der weiteren und gleichmässigeren Ausbildung des Syndikatwesens auch die Mängel, die ihm heute noch anhaften, mehr und mehr verschwinden, kurz, dass die Syndikate dahin wirken werden, dass im Rahmen unserer Volkswirtschaft an die Stelle regelloser Gütererzeugung und Concurrenz in weitem Umfange eine dem Unternehmer wie dem Arbeiter zum Segen reichende Ordnung und Stetigkeit tritt.“ — Das entspricht ganz den Wünschen der Richtung, die in Essen und um Krupp wenig Widerspruch und Widerstand finden mag. Teils schöpfen diese Interessenten mit dem grössten Löffel aus der Syndikatsschüssel, teils können sie, weil sie Rohstoffproduction und -verarbeitung in ihren Riesenunternehmungen vereinen, den Schäden der Syndikate sich

entziehen, jedoch ihrer Vorteile sich erfreuen. Aber dass für „die überwiegende Mehrzahl der Gewerbetreibenden, wie für die gesamte Volkswirtschaft“ die Vorteile weit überragend sind, wenn auch „gewisse Schattenseiten nicht in Abrede gestellt werden sollen“ — das werden die enttäuschten Abnehmer der Syndikate unmöglich zugestehen.

*

Eigenartig ist ferner die Stellung der Essener Handelskammer um Zolltarif und zu den Handelsverträgen: die Getreidezölle des Regierungsentwurfs erscheinen ihr angemessen und für Handelsverträge unbedenklich. Die gleiche Haltung nahm bekanntlich nach 1890 auch Herr Jencke, der Kruppsche Generalgewaltige, ein, der damals mit seinem Stabe ausdrücklich gegen Handelsverträge auf Kosten der damaligen Getreidezölle — auf Kosten „der Landwirtschaft“, wie es gewöhnlich hiess — protestierte.

*

Den Canalbau erklärt die Essener Handelskammer nach wie vor für notwendig: „Welcher Zeitpunkt als für die Wiedereinbringung einer Canalvorlage geeignet zu erachten ist, mag hier unerörtert bleiben. Nicht unterlassen wollen wir aber, auch in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, dass der Teil des Rhein-Weser-Elbe-Canals, der für unseren Bezirk wie für das ganze niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, mit alleiniger Ausnahme des Dortmunder Bezirks, das grösste Interesse hat, nämlich die Teilstrecke Herne-Rhein im Zuge der Emscher, wenn sie nicht bald ausgeführt wird, überhaupt nicht mehr wird gebaut werden können. Wird der Zeitpunkt, bis zu welchem es noch möglich ist, die Emscherlinie auszubauen, verpasst, so scheidet derjenige Teil des für den Mittellandcanal in Aussicht genommenen Verkehrsgebietes aus, der industriell am meisten entwickelt ist, der die grössten Werke zählt, den weitaus grössten Verkehr hat und wo das Bedürfnis nach einer Wasserstrasse nach dem Rhein sowohl als nach dem Osten am dringendsten ist. Während ein Lippecanal — gegen dessen Aufnahme in eine neu einzubringende Canalvorlage wir im übrigen nichts einzuwenden haben — erst für eine weitere Zukunft Bedeutung hat, bildet der Emscherthalcanal ein dringendes Erfordernis der Gegenwart und muss deshalb möglichst bald zur Ausführung gelangen. Ein Fallenlassen des Emscherthalcanals würde ein nie wieder gut zu machender wirtschaftlicher Fehler sein.“

*

Eines hat die Erfahrung des Jahres 1901 auf dem Syndikatsgebiete wohl gelehrt: dass nämlich die Hoffnung auf einen raschen Zusammenbruch dieser Organisationen, den man vielfach von der ausbrechenden Krisis erwartete, eitel ist, dass daher eine Milderung und Abhilfe der Schäden vorwiegend nur durch Gegenverbände der Abnehmer erzielt werden kann. Vielfach stehen sich seit langem schon Verbände der Lieferanten und Verbände der Abnehmer gegenüber; diese Bewegung scheint jetzt rascher fortzuschreiten. Die Rechtsform der Genossenschaft, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, hat vielfach Vereinigungen zum Zwecke des gemeinsamen Bezugs von Rohstoffen zur Unterlage gedient — häufig zum Leidwesen des Zwischenhandels, den man überhaupt auf allen Gebieten mehr und mehr ausschalten sucht und bei der modernen Verkehrs- und Produktionsentwicklung auch immer leichter ausschalten kann.

Ueber eine andere Gegenaction gegen monopolistische Syndikate hört man seit Monaten wohl dunkle Andeutungen, ohne bisher klar sehen zu können: der preussische Staat will sich im westfälischen Grubenrevier stärker einmischen — die alten fiscalischen Betriebe liegen ausserhalb dieses Rayons — und selber Sitz und Stimme im Kohlensyndikat erwerben. Das ist, wenn man aufrichtig entschlossen ist, die Interessen der Gesamtproduction gegenüber einem besonders begünstigten Produktionszweig zu wahren, nur mit Freuden zu begrüssen. Indes spricht die Erfahrung kaum für diese Entschlossenheit, und jedenfalls ist bisher weiter nichts Thatsächliches herausgekommen, als eine tolle Preistreiberei der Actien der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft.

Von einer Gesetzgebung über die Carotte ist es wieder ganz still geworden.

*

Die Staatsbahnverwaltungen scheinen nunmehr alle die Beschleunigung der Neubauten und Bestellungen angeordnet zu haben. Von welcher Bedeutung für die Eisen- und Kohlenproduction diese staatlichen Bestellungen sind, ergibt sich soeben aus dem vorgelegten preussischen Eisenbahnetat für 1902. Hier sind als Jahresbedarf veranschlagt: Oberbaumaterialien ausschliesslich Weichen 365460 t im Gesamtwerte von 44586000 Mk. In den Durchschnittspreisen sind die auf den eigenen Betriebsstrecken entstehenden Frachtkosten nicht enthalten. — Für Weichen nebst Zubehör sind 6726000 Mk. ausgeworfen, so

dass sich ein Gesamtkostenbetrag für Oberbaumaterialien von 51312000 Mk. ergibt. — Für Steinkohlen sind ausgeworfen 5633980 t im Gesamtwerte von 57946700 Mk.; das ist ein Durchschnittspreis für die Tonne von 10285 Mk. — Steinkohlenbriquettes: insgesamt 735570 t im Gesamtwerte von 9072000 Mk., das ist ein Durchschnittspreis von 12,33 Mk. für die Tonne. — Coaks: Gesamtgewicht von 69530 t bei einem Durchschnittspreis von 20,31 Mk. — Zu diesem Feuerungsmaterial kommen noch 145150 t Braunkohlen und Braunkohlenbriquettes im Durchschnittspreis von 8,93 Mk. pro Tonne.

*

Ueber die Emissionen in Deutschland im Jahre 1901 bringt der Deutsche Oekonomist seine bekannte Zusammenstellung. Danach wären 1901 1710 Millionen Mk. Werte an den Markt gebracht worden gegen 1777 Millionen Mk. im Vorjahre. Da 1900 schon ein Jahr starken Abfalls gegen 1899 war, so wäre der Rückgang um 67 Millionen schon nicht unbedeutend. Das Bild wird aber viel schärfer, wenn man die Bewegung der Industrie- und Bankwerte gesondert verfolgt. Es wurden ausgegeben:

	1901	1900	1899	1898
1. Inländ. Papiere, Mill.				
Mark nominell . . .	1452	1316	2001	1389
Inländ. Papiere, Mill.				
Mk. Curswert . . .	1461	1501	2377	1697
Davon:				
Staatsanleihen, Mill.				
Mk. nominell . . .	554	216	430	168
Communalanleihen,				
Mill. Mk. nominell	291	222	267	102
Pfandbriefe, Mill. Mk.				
nominell	250	126	744	365
Banken, Mill. Mk.				
nominell	30	138	211	273
Industrieactien,				
Mill. Mk. nominell	116	297	516	310
Industrieobligat.,				
Mill. Mk. nominell	189	178	73	140
2. Ausländ. Papiere,				
Mill. Mk. nominell	258	280	232	732
Davon Staatsanleih.	38	185	113	253

Der Verfall der neuen Industrie- und Bankanlagen ist also ein überaus starker. Dafür haben vor allem die staatlichen und communalen Verwaltungen ihre Zurückhaltung aufgegeben und der immer günstiger sich gestaltende Curs der festen Renten wird die öffentlichen Anleihen weiter stark begünstigen.

Am 13. Januar ist denn auch seitens der Reichs- und der preussischen Regierung durch Vermittelung der Reichsbank die Be-

gebung von 115 Millionen Mk. 3procentiger Reichsanleihe und von 185 Millionen Mk. dreiprocentiger preussischer Staatsanleihe an das „Preussenconsortium“ erfolgt. Die Emission fand am 22. Januar zum Curse von 89,80 % statt. *Max Schippel.*

Socialistische Bewegung.

Die deutsche Socialdemokratie steht im Zeichen des Kampfes gegen den Zolllarif oder vielmehr des Kampfes gegen die Junkerherrschaft, — schlechthin des geschichtlich bedeutsamsten Kampfes, den sie seit ihrer Gründung bisher zu führen hatte. Unabsehbare Zerrüttung wäre die Folge, wenn der vorliegende Entwurf des Zolllarifs zur Annahme gelangte. Umgekehrt, gelingt es, die innerlich keineswegs siegessicheren Agrarier in dem jetzigen Kampfe an die Wand zu drücken, dann kann in politischer Hinsicht wesentlich mehr gewonnen werden, als bloss die Erhaltung des status quo. Dies um so mehr, als der jetzige Conflict ausserordentlich viel dazu beiträgt, rasch wachsenden Massen der deutschen Bauern ihren Classengegensatz zum Junkertum zum Bewusstsein zu bringen; man denke nur an die einmütige Kundgebung der Bauernschaft Oldenburgs.

*

Der Einigungsprocess innerhalb der französischen Socialdemokratie, der im Grunde der Dinge unaufhaltsam fortschreitet, ist augenblicklich bei einer eigenartigen Zwischenstation angelangt: beim Dualismus. Anstatt der sechs bis sieben rivalisierenden Secten, die früher in jedem Städtchen und jedem Nest einander die Mitglieder wegschnappten, stehen jetzt nur mehr zwei Parteien einander gegenüber: die französische socialistische Partei, in welcher ausser den früheren Indépendants gemässiger und revolutionärer Nuance (d. h. der Schule Benoît Malons, beziehungsweise seines Fortsetzers Jaurès) die Broussisten und die Allemanisten von ehemals aufgegangen sind, und die Socialistische Partei Frankreichs, welche die Guesdisten und Blanquisten nebst der Alliance communiste in sich vereinigt. Jede dieser beiden Parteien will als der Krystallisationskern für die künftige vollständige Einigung gelten; jede ist bestrebt, innerhalb ihres Machtbereichs an Stelle der alten Secten-zersplitterung das territoriale Organisationsprincip zu setzen; nur schade, dass keine von beiden der andern Platz machen will. Die Jaurèsisten freilich haben angesichts der bevorstehenden Wahlen die Hand zum Frieden geboten. Sie wollten nur in

solchen Wahlbezirken candidieren, welche die Guesdisten nicht auf Grund ihrer bisherigen Stärke mit Recht für sich beanspruchen können, in diesen letzteren Bezirken aber die Guesdisten unterstützen; natürlich schlugen sie den Guesdisten das gleiche Verfahren vor. Die Guesdisten aber lehnten es ab, sich mit den „Ministeriellen“ in Verhandlungen einzulassen. Ganz im Gegenteil, sie wollen (wohl in verzerrter Nachahmung des Beispiels der deutschen Socialdemokratie) in allen 500 Wahlbezirken eigene Candidaten aufstellen. Somit steht dem französischen Socialismus ein jammervoller Wahlkrach bevor.

*

Die agrarsocialistische Bewegung in Italien wird, was die absolute Zahl der Genossen anlangt, den städtisch-industriellen Flügel der Partei binnen wenigen Jahren eingeholt haben. Waren doch an dem socialistischen Landarbeitercongress zu Bologna rund 150 000 organisierte Landarbeiter, Kleinpächter und kleine Grundeigentümer vertreten; und dabei wurde ein von Ferri unterstützter Antrag, welcher die zum Verband socialistischer Landleute gehörigen Vereine auf ein strict collectivistisches Programm festlegt, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Wie es in der Natur der Dinge liegt, standen als wirtschaftliche Organisationsform der Kleinpächter und Kleinbauern die Einkaufs-, Credit- und Absatzgenossenschaften, als wirtschaftliche Organisationsform der ländlichen Lohnarbeiter die Gewerkschaften im Vordergrund; jedoch nehmen die Kleinpächter (eine in Italien ausserordentlich zahlreiche Kategorie) insofern eine Zwischenstellung ein, als bei ihnen auch die Normierung maximaler Pachtsätze durch die organisierten Pächter eine Hauptrolle spielt. Uebersehen darf man freilich nicht, dass sofort nach der Annahme jenes (meines Erachtens unnötig schroffen) Antrages, welcher sämtlichen Verbandsvereinen schon heute das collectivistische Glaubensbekenntnis obligatorisch aufdrängt, einige zur republicanischen Partei gehörige Genossenschaftsbauern den Congress verliessen. Auch breitet sich die socialistische Bauernbewegung keineswegs gleichmässig über alle Teile Italiens aus. Die Mehrzahl der socialistischen Landleute rekrutiert sich aus den Niederungen des Nordostens (Lombardei, Emilia, Venetien); schon das gebirgige Piemont ist viel schwächer, Südtalien sehr schwach vertreten.

*

Der Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland giebt in

einer kürzlich erschienenen Flugschrift Auskunft über Geschichte und Ausbreitung der jüdisch-socialdemokratischen Bewegung. Danach hat die Bewegung vor zehn Jahren begonnen, vor acht Jahren „nahm sie den Charakter einer Massenbewegung an“; 1897 wurde die jetzige Organisation gegründet. Als seine gegenwärtigen Centren bezeichnet der Bund zwölf grössere Städte, von denen acht (Kowno, Wilna, Grodno, Suwalki, Bialystok, Minsk, Witebsk und Dünaburg) in Litauen und Weissrussland, zwei (Lodz und Warschau) in Polen, zwei (Mohilew und Homel) in den ruthenischen Landen liegen; im eigentlichen Russland liegt keine. Die nach diesen Centren benannten zwölf Sectionen zählen aber auch Anhänger in zahlreichen umliegenden Provinzstädtchen. Ausserdem gehört dem Bunde eine geheime Gewerkschaft an: der Verband der Borstenarbeiter in Litauen und Polen. Der Bund rühmt sich, so demokratisch organisiert zu sein, als es die Rücksicht auf die Sicherheit seiner Mitglieder nur irgend verträge. Oberste Behörde des Bundes ist das auf dem geheimen Parteitag gewählte Centralcomité; ihm steht ein in London residierendes ausländisches Comité zur Seite. Letzteres redigiert auch das wissenschaftliche Centralorgan: Der jüdische Arbeiter. Im Inland dagegen wird vom Bund als centrales Parteiorgan Die Arbeiterstimme herausgegeben, dazu folgende Localblätter:

Warschauer Arbeiter (bisher im ganzen 8 Nummern erschienen);
Bialystoker Arbeiter (bisher 5 Nummern);
Classenkampf (Wilna, 4 Nummern);
Minsker Arbeiter (3 Nummern);
Minsker Flugblatt (4 Nummern);
Der Kampf (Homel, 3 Nummern).
Ferner: Der Wecker, Fachblatt der Borstenarbeiter (bisher erschienen 9 Nummern).

Im ganzen hat der Bund „im abgelaufenen Jahr“ (ob Berichtsjahr oder Kalenderjahr, wird nicht gesagt) 11500 Exemplare der Arbeiterstimme, 12000 Exemplare der Localblätter einschliesslich des Wecker und 43325 Flugschriften innerhalb der russischen Grenzen gedruckt und verbreitet.

*

Kurze Chronik. Bei der Reichstagswahl in Schweinitz-Wittenberg erhielt der socialdemokratische Candidat 2048 von 16738 abgegebenen Stimmen; in der Stichwahl siegte mit Unterstützung der Socialdemokraten Dr. Barth (Freisinnige Vereinigung) über den Candidaten der Agrarier. — Die

socialdemokratische Presse im Königreich Sachsen zählt gegenwärtig sieben politische Zeitungen mit rund 82 000 Abonnenten. — Gemeinderatswahlen in Sachsen: in Mylau wurde 1 Socialdemokrat gewählt, in Oberplanitz trotz Wahlrechtsverschlechterung 4 Socialdemokraten, in Burkhardtshausen 1, in Bockwa 2, in Cunewalde 5 Socialdemokraten. — In Mecklenburg wurde der socialdemokratische Volkskalender für 1902 in fast 100 000 Exemplaren unter der Landbevölkerung verbreitet. — Bei den Gemeinderatswahlen, die im Laufe des Monats December in Württemberg stattfanden, wurden im ganzen 25 Socialdemokraten gewählt; davon entfallen auf Stuttgart 3, auf Klettenthal und Jebenhausen je 2, auf 18 weitere Gemeinden je einer. — Bei der Landtagswahl in Pforzheim (Baden) siegte Genosse Adolf Geck mit 90 gegen 67 Wahlmännerstimmen über den Nationalliberalen Gsell. — Die socialdemokratische Lehrervereinigung Hollands, die eine Gruppe innerhalb des niederländischen Lehrerbundes bildet, zählt zur Zeit 153 Mitglieder. — Bei den Gemeinderatswahlen in England gewann die Unabhängige Arbeiterpartei im ganzen zehn Sitze und verlor vier; der Socialdemokratische Bund gewann zwei Sitze und verlor einen. — Die französische Revue *Le Mouvement Socialiste* erscheint von jetzt ab wöchentlich in vergrössertem Format. Redacteur bleibt Lagardelle; er beabsichtigt, eine von beiden socialistischen Parteien unabhängige Haltung einzunehmen. — In Spanien verliefen die Gemeinderatswahlen unerwartet günstig. In Bilbao wurden 6 Socialisten gewählt, in Ortuella (Provinz Biscaya) 2, in Oviedo 2, in Palma de Mallorca 1, in Mieres (Asturien) 1, in Sitjes (Catalonien) 2; in Madrid wurde zum erstenmal ein Socialist gewählt. — In Mailand wurde Turati, der wegen der bekannten Zwistigkeiten sein Mandat niedergelegt hatte, mit 2657 von 2860 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Trotzdem beharrt er dabei, das Mandat nicht mehr anzunehmen. — In Verona wurde Genosse Todeschini, der mutige Advocat, der den Lieutenant Trivulzio trotz dessen einflussreicher Familienverbindungen des Mordes angeklagt hat, wegen Beleidigung Trivulzios zu 23 Monaten und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das empörende Urteil wird jedenfalls bald im Parlament zur Sprache kommen. — Ferri, der es im Parlament gewagt hat, die Corruption der herrschenden Stände Unteritaliens wahrheitsgetreu zu kennzeichnen, hat eine Agitationstour durch die Städte Unteritaliens angetreten, *Ladislaus Gumpowicz.*

Gewerkschaftsbewegung.

Die Nachrichten über **Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen** haben sich in letzter Zeit wieder erheblich vermehrt. Die Germaniaawerft in Kiel, die Baumwollenspinnerei Gronau, fast alle Eisenbahndirectionen und sonstige grosse Betriebe reducieren bedeutend. Den Record auf dem Gebiete der Lohnreduktionen hat jedenfalls ein Brauereibesitzer geschlagen. Im September v. J. wurde den Arbeitern der Bierbrauerei des Herrn Reservelieutenants Karl Fohr in Miesbach (Bayern) angekündigt, dass nach Neujahr die Löhne „in etwas“ reducirt werden müssten. Nach Ausweis des letzten Zahltages (4. Januar) beträgt nun diese Reduktion nicht mehr und nicht weniger als 50%.

Am 17. Januar und folgende Tage stand im Deutschen Reichstage die Interpellation der socialdemokratischen Fraction, betreffend die Folgen der wirtschaftlichen Krisis, als Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen und Notstand, zur Verhandlung. Die Begründung sowohl, als auch die Beantwortung seitens des Grafen Posadowsky und die folgende Debatte boten für die deutschen Gewerkschaften viel des Interessanten und manche Anregung zu weiterem activen Eingreifen.

In Frankfurt a. M. fanden Ansammlungen von Arbeitslosen statt; die Polizei schritt in überaus heftiger Weise ein. Auf diese Art wird der Arbeitslosigkeit wohl schwerlich gesteuert werden.

Ein auf Beschluss der Berliner Gewerkschaftscommission am 2. Februar vorzunehmende Arbeitslosenzählung wird hoffentlich auch der Regierung den Beweis erbringen, dass solche Statistiken keineswegs zu den absolut unlösbaren Aufgaben gehören. Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften wurde in der vorerwähnten Reichstagssitzung gehörig gewürdigt. Hierbei mag an die bereits in Gewerkschaftskreisen des In- und Auslandes erörterte staatliche bzw. communale Subvention der Gewerkschaften erinnert werden, um die Organisationen bzw. deren Cassen für die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung zu stärken. Der Vorstand des Lederarbeiterverbandes gab eine sehr interessante Schrift heraus: *Die Arbeitslosigkeit der organisierten Lederarbeiter Deutschlands für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1901* (H. Beisswenger, Brunnen St. 102, Berlin N.).

Die Frage der Tarifgemeinschaften ist zur Zeit sehr actuell geworden.

Die deutschen Buchdrucker sind bei der Durchführung des neuen Tarifs hier und da

auf Schwierigkeiten gestossen, so z. B. in Barmen, Braunschweig, einigen mittleren holsteinischen Orten und vor allen Dingen in Leipzig, wo sich die Sache bedenklich zuspitzen droht.

Die Holzindustriellen Berlins, die Schuhmacherinnungen der Berliner Umgegend, die Berliner Tapeziererinnung, die Münchener Schneidermeister, die Steinbruchunternehmer des östlichen Districts sowie der dazu gehörigen Orte Alt-Warthau, Bunzlau, Wenig-Rakwitz, Plagwitz, Hokenau, Löwenberg und Deutmannsdorf u. a. kündigten die in den letzten Jahren geschlossenen Tarifverträge und zeigten Neigung zu Reductionen. Dagegen gelang es den Berliner Maurern, ihre Tarifgemeinschaft auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Bauarbeiter Leipzigs wurden mit einem Ersuchen um vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von den Unternehmern einfach abgewiesen.

Von guten Erfolgen auf diesem Gebiete konnten übrigens noch die schwedischen Buchdrucker und die Schneider in der Schweiz berichten.

*

Seitens der Unternehmer wird seit einiger Zeit eine Hetze gegen die christlichen Gewerkschaften am Niederrhein in Scene gesetzt. Gemassregelt wurden in Barmen, Bedburg, Herongen, Lobberich und M.-Gladbach christliche Gewerkschafter, welche in Fabrikausschüssen thätig waren. Interessant ist, dass der Centrumsabgeordnete Trimborn-Cöln Actionär und Aufsichtsratsmitglied der Fabrik in Bedburg ist, in welcher drei Arbeiter gemassregelt wurden.

Ausserdem sind in Cleve bei der Firma Panier & Hoffmann 24 Zwicker ausgesperrt worden, welche sämtlich dem christlichen Lederarbeiterverband angehören. Hier handelt es sich um eine kleine Lohndifferenz.

In Würselen bei Aachen hat die Direction der Wurmkohlenvereinigungsgesellschaft dem Vincenzverein das alljährlich gestellte Kohlenquantum entzogen, weil der Caplan Herkenrath im christlich-socialen Bergarbeiterverband eine Thätigkeit entfalte, welche der Direction missfalle. Weitere Massregelungen christlich organisierter Arbeiter werden aus der Rheinprovinz gemeldet.

*

Die deutsche Strikebewegung hält sich trotz vieler Provocationen in engen Grenzen. Die Ursachen sind schon in den vorausgegangenen Heften erörtert. Von einigem Belang war die inzwischen beigelegte Aussperrung der Textilarbeiter in Merane. Ursache war die Weigerung der Arbeiter, auf Verlängerung der Arbeitszeit einzugehen. Es

waren 1500—2000 Arbeiter hieran beteiligt. Ferner ist die Aussperrung der Solinger Scherenschleifer zu erwähnen. Die Ursache war eine Lohnreduction. In Hanau striken aus demselben Grunde Schuhmacher, in Berlin Schraubendreher. Auf der Kochschen Werft fanden einige Massregelungen von Arbeitern statt. In Danzig striken 20 Bautischler, und in Goldberg (Mecklenburg) sind die Zimmerer ausgesperrt. Ausserdem schwebt noch eine Anzahl von Differenzen kleineren Umfangs.

*

Die ausländische Strikebewegung ist umfangreicher. In Dänemark stehen die Seeleute und Dampfschiffsheizer in einer Lohnbewegung; desgleichen auch die Textilarbeiter, denen der Tarif gekündigt wurde. Auch den Arbeitern der skandinavischen Steinindustrie wurden bei Kündigung der Verträge Lohnreductionen angeboten. Der langwierige Strike in der grossen Waggonfabrik zu Arlöf bei Malmö ist noch immer nicht beendet, doch scheint es, dass jetzt eine Wendung zu gunsten der Arbeiter eintritt. Vor einigen Wochen wurde fast allen dort beschäftigten Strikebrechern gekündigt. Der Strike der Arbeiter der Kupferwerke in Rösros (Norwegen) ist jetzt endlich, nach über neunmonatiger Dauer, durch einen Vergleich beendet worden. In Amsterdam sind über 2000 Diamantarbeiter ausständig. Der Organisation haben sich infolge des Strikes über 580 neue Mitglieder angeschlossen. In St. Etienne demonstrieren 600 strikende Weber. In Brüssel sind die Hutmacher wegen der Organisation ausgesperrt. Wir erwähnen noch die Ausstände der Schlächter in Esbjerg (Dänemark), der Bergarbeiter in Pilsen, der Tabakarbeiter in Madrid und der Hutmacher in Tarnow (Galizien). Die Bewegung in Barcelona ist fast gänzlich abgeflaut.

*

Kurze Chronik. Die Harburger Gewerkschaften eröffnen zum 1. April d. J. ihr Arbeitersecretariat. — Die Metallarbeiter Düsseldorfs haben ein eigenes Bureau errichtet. — Die Localorganisation der Maurer Braunschweigs schloss sich dem Centralverbande der Maurer an. — Ueber die Stärke der Leipziger Gewerkschaften am Ende des Jahres 1901 hat der Vorstand des dortigen Gewerkschaftsartells eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass die Gewerkschaften in der Zahl ihrer Mitglieder gegenüber dem Vorjahre einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen haben. Während Ende des Jahres 1900 25718 Mitglieder vorhanden waren, ist Ende des letzten Jahres diese Zahl auf 23913 gesunken.

das sind 1805 Mitglieder weniger. — Von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands wurden die dort Anschluss suchenden Portefeuller und Möbelpolierer zurückgewiesen, da für diese Branchen Industrieverbände bestehen. Wegen der Organisation der ersteren schweben Einigungsverhandlungen. — Bei den Gewerbe gerichtswahlen siegten die Gewerkschaften in Ratlingen (Düsseldorf), Ludwigsburg, Würzburg, Reichenbach, Barmen und Düsseldorf. In Gerresheim setzten die Christlichen ihre Liste durch. — Die niederländischen Buchbinder gründeten einen Verband. — Die Nationalföderation der englischen Bergleute hat beschlossen, bei den nächsten Parlamentswahlen energisch in die politische Bewegung einzugreifen. In allen Wahlkreisen, in denen für den Arbeitercandidateen Aussicht auf Erfolg besteht, sollen solche aufgestellt werden. — In Przemysl tagte am 5. und 6. Januar der zweite galizische Gewerkschaftscongress.

Heinrich Bürger.

Genossenschaftsbewegung.

Die Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1901 ist eine sehr erfreuliche gewesen. Die allgemeine Depression im Wirtschaftsleben, die furchtbaren Krisen des letzten Sommers sind an den Genossenschaften fast spurlos vorübergegangen — ein Beweis, dass wir es hier mit einem Complex wirtschaftlicher Gebilde zu thun haben, der bis zu einem gewissen Grade unabhängig von dem Schicksal des übrigen Wirtschaftsorganismus ist, mit einem Eilande, bis zu dem die Wellen des freien Marktes nur abgeschwächt gelangen. Nur in ganz vereinzelter Fällen ist eine directe Abnahme des Gesamtumfanges der Geschäfte zu constatieren, bei den meisten Consumvereinen wird ein etwaiger Rückgang des auf das einzelne Mitglied entfallenden Durchschnittsumsatzes mehr als ausgeglichen durch eine entsprechende Steigerung des Mitgliederbestandes.

Das Genossenschaftsieber, das seit einigen Jahren die deutsche Arbeiterschaft ergriffen hat, hielt auch im vergangenen Jahre an. Es fanden — zumeist durch Arbeiter — ungefähr 150 Neugründungen statt, darunter in folgenden grösseren Städten: Mannheim, Mülheim a. Rh., Crefeld, Elberfeld, Dortmund, Münster i. E., Heidelberg, Marburg, Remscheid, Giessen, Ingolstadt, Bamberg, Eisenach, Erfurt, Hof, Erlangen, Potsdam, Halberstadt, Rathenow, Nordhausen, Dessau. Die in den letzten Jahren in bedeutenderen Städten und Industriezentren errichteten Consumgenossenschaften haben meist eine

ganz erstaunliche Entwicklung genommen. Es ist interessant, dieses Anfangsstadium mit dem unserer älteren grossen Consumvereine zu vergleichen. Während die letzteren in den ersten Jahren ihres Bestehens meist nur ein ganz langsames Anwachsen der Mitglieder aufweisen, deren Zahl erst in fünf, zehn und mehr Jahren das erste Tausend erreicht, wird diese Höhe von den jungen grossstädtischen Genossenschaften schon im ersten, mindestens aber im zweiten Jahre erklommen und oft weit überschritten. Man wäre geneigt, an eine ungesunde Treibhausentwicklung zu glauben, wenn es sich eben nur um einzelne Fälle handelte. Das Typische dieser Erscheinung berechtigt uns aber zu der Annahme, dass durch die inzwischen stattgehabte gewerkschaftliche und politische Erziehung des Proletariats, vielleicht auch in den sonstigen wirtschaftlichen und politischen Zuständen der Gegenwart besonders günstige Vorbedingungen für das Emporblühen von Consumgenossenschaften gegeben sind.

Allen anderen weit voran ist die junge Hamburger Production gestürzt. Sie hatte es in dem am 31. December 1900 abgeschlossenen zweiten Geschäftsjahr auf 7157 Mitglieder, einen Umsatz von 940584 Mk. und einen Reingewinn von 15933 Mk. gebracht. Im letzten Jahre ist die Mitgliederzahl auf ca. 11000 angewachsen, während der Umsatz die zweite Million nahezu erreicht haben dürfte. Wie unseren Lesern bekannt ist, hat der Verein bereits im vorigen Jahre Grundbesitz erworben und darauf eine Anzahl Baulichkeiten mit Verkaufsläden, Lagerräumlichkeiten, Comptoir, Stallungen, Remisen und einer Anzahl von Wohnungen hergestellt, deren Richtfest am 3. December stattfand.

In erfreulicher Weise hat sich auch die Entwicklung des jungen Frankfurter Arbeiterconsumvereins vollzogen, der am Schlusse seines ersten, nur sieben Monate umfassenden Geschäftsjahres bereits einen Mitgliederbestand von 2046, einen Umsatz von 197426 Mk. und einen Reingewinn von 11838 Mk. erreicht hatte. In derselben Stadt besteht, gleichfalls seit einem Jahre, ein Eisenbahnconsumverein, dessen Geschäftsbericht 1341 Mitglieder, 136564 Mk. Umsatz und 15414 Mk. Reingewinn aufweist. Die Mannheimer Genossenschaft beschliesst ihr erstes, vier Monate umfassendes Geschäftsjahr mit 13000 Mitgliedern und 30059 Mk. Umsatz, die Greizer ihr erstes Jahr mit 1182 Mitgliedern, 157956 Mk. Umsatz und 15144 Mk. Reingewinn, der ihr die Verteilung einer Dividende von 8 % erlaubt. Der Barmer

Consumverein brachte es im zweiten Jahre auf 1212 Mitglieder, 236536 Mk. Umsatz und 14313 Mk. Reingewinn, der Mainzer im zweiten Jahre auf 1085 Mitglieder, 215388 Mk. Umsatz und 11170 Mk. Gewinn, der Elberfelder im dritten Jahre auf 1690 Mitglieder, 178392 Mk. Umsatz und 10134 Mk. Reingewinn. Der Dessauer Verein, der noch kein volles Jahr existiert, zählte Ende 1901 bereits 1300 Mitglieder; auch die erst $\frac{1}{2}$ Jahr alte Mühlheimer Genossenschaft hat das erste Mitgliedertausend beinahe erreicht. In Berlin beginnt die Genossenschaftsbewegung immer festeren Fuss zu fassen. Neben dem nicht eingetragenen Berliner Consumverein haben sich auch die jungen eingetragenen Genossenschaften Berlin-Nord, Berlin-Süd und Rixdorf kräftig entwickelt und es im letzten Geschäftsjahre auf einen Mitgliederbestand von 1218 bzw. 604 und 2800 und einen Umsatz von

185345 bzw. 84673 und 99000 Mk. gebracht. Die jungen Vereine in Gera, Gersdorf, Gross-Ottersleben, Darmstadt und Offenbach sehen nach Ueberwindung der Anfangsschwierigkeiten einer gesunden Entwicklung entgegen.

Auch die älteren Consumgenossenschaften haben, wie erwähnt, fast durchweg erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Einen Umsatz von über 1000000 Mk. haben erzielt die Vereine von Breslau, Leipzig-Plagwitz, Stuttgart, Dresden, Magdeburg, Görlitz, Halle, Chemnitz, Hamburg (2 Vereine), Stettin, Schedewitz, Plauen, Löbtau, Leipzig-Eutritzsch, Bremen, Braunschweig, Karlsruhe, Pieschen, Connewitz, Esslingen, Striesen, Reichenbach i. V. und Potschappel. Eine Uebersicht über Mitgliederbestand und Umfang der Geschäfte unserer 11 grössten Consumgenossenschaften im Geschäftsjahre 1900—1901 giebt die folgende Tabelle:

Consumverein in	Mitglieder	Umsatz Mk.	Reingewinn Mk.	Rückvergütung %	Bemerkungen
Breslau	76 548	12 474 168	1 586 345	11,5	a) auf den Umsatz im eigenen Geschäft.
Leipzig-Plagwitz .	29 358	9 729 643	1 021 997	10	
Stuttgart	18 471	5 570 816	428 719	8,5 a) bzw. 5 b)	b) auf den Umsatz im Lieferantengeschäft.
Dresden	21 033	5 411 000	469 191	7	c) auf Fleischmarken
Magdeburg	17 614	5 387 400	537 800	10	im eigenen Geschäft.
Görlitz	15 419	4 423 324	497 314	12	d) Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen.
Halle	8 982	4 118 852	517 842	13 a) bzw. 7 c)	
Chemnitz	12 146	2 895 298	409 575	14	
Hamburg d) . . .	15 400	2 724 879	151 808	5,5	
Stettin	20 104	2 535 570	274 238	11	
Schedewitz . . .	6 021	2 495 097	448 583	14,5	

Der Schedewitzer Consumverein hat am 30. November in Zwickau in bester Geschäftslage ein schönes, modern eingerichtetes Kaufhaus für Manufacturwaren eröffnet. In dem Gebäude ist auch eine Verkaufsstelle für Schuhwaren und eine Colonialwarenfiliale eingerichtet, ferner enthält es eine Anzahl von Mietwohnungen.

Mit Schwierigkeiten eigener Art hatte im verflossenen Jahre der Stuttgarter Consumverein zu kämpfen. Ultramontane Mitglieder, die sich dadurch zurückgesetzt fühlten, dass der Verein seine Mitteilungen nicht auch im Deutschen Volksblatt veröffentlicht, hatten ihren Austritt erklärt und zugleich das Gerücht ausgesprengt, der Verein habe bei dem Zusammenbruche der Heidelberger Gewerbebank 300000 Mk. verloren. Die Folge davon war ein grosser Run auf die Sparcasse der Genossenschaft, dem die Verwaltung dadurch zu begegnen suchte, dass

sie bei der Zurückziehung der Spareinlagen die Einhaltung der üblichen Kündigungsfrist forderte. Diese Massregel und die sofort von der Verwaltung bekannt gegebene Erklärung, dass der Verein weder direct noch indirect bei irgend einer Bank Verluste erlitten habe, genügten, um eine Katastrophe zu verhindern; bald kehrte das Vertrauen der Mitglieder und mit diesem auch der grösste Teil der bereits zurückgezogenen Spareinlagen wieder.

Der Zusammenschluss der einzelnen Consumvereine zwecks gemeinsamen Einkaufs hat sich im vergangenen Jahre weiter vollzogen. Es wurden Einkaufsvereinigungen gegründet für Baden und die Pfalz, Offenbach und Umgegend, Halle und Umgegend, Schaumburg, das Lennethal und das Remsthal. Fortschritte, wie in keinem Jahre vorher, hatte die deutsche Grosseinkaufsgesellschaft in Hamburg zu verzeichnen:

sie vermehrte ihren Umsatz von noch nicht 8 auf nahezu 14 Millionen. Die Zahl ihrer Beamten, unter denen sich drei Reisende befinden, stieg auf mehr als 60; in Mannheim und Berlin wurden neue Centrallager errichtet.

Getrost dürfen die deutschen Genossenschafter in die Zukunft blicken. Mag die Consumkraft des einzelnen durch Arbeitslosigkeit, niedere Löhne u. s. w. geschwächt werden, in den breiten Massen des Volkes ist noch ein so unerschöpflicher Fonds unorganisierter Consumkraft vorhanden, dass eine aufsteigende Entwicklungslinie auf viele Jahrzehnte hinaus gesichert erscheint.

Die Blätter für Genossenschaftswesen bringen in ihrer ersten Nummer d. J. einen Artikel des **Verbandsanwaltes Dr. Crüger** über die Stellung des Allgemeinen Verbandes zur modernen Genossenschaftsbewegung, der aber im wesentlichen nur die hier schon öfter besprochenen Anschauungen des Herrn Verbandsanwaltes wiedergibt und sich im übrigen mit dem Nachweis von Tatsachen beschäftigt, die von niemand bestritten worden sind. So sucht Herr Crüger vor allem durch eine lange Reihe von Citaten die Behauptung zu unterstützen, dass verschiedene Vertreter der modernen Consumvereinsbewegung in dieser Organisation für den Arbeiter eine Ergänzung seiner gewerkschaftlichen und politischen Organisation sehen. Was will er aber mit alledem beweisen? Etwa, dass jene Leute die Consumvereinsbewegung darum in den Dienst der beiden anderen Bewegungen stellen, sie von ihnen abhängig machen wollen? Ja, um das zu behaupten, muss man aber dem Worte ergänzen einen ganz anderen Sinn unterchieben als den, den es normalerweise und auch in diesen Citaten hat. Sich ergänzen heisst hier und kann auch nur heissen, dass eben jede dieser Bewegungen die Aufgaben zu erfüllen hat, die die beiden anderen kraft ihrer Eigenart nicht erfüllen können; darum aber braucht keine von den anderen abhängig, ihnen untergeordnet zu sein.

Weiterhin meint Herr Dr. Crüger, dass die Genossenschaften, die in den Credit- und Handwerkgenossenschaften, sowie in den Einkaufsvereinigungen der Krämer einen Hemmschuh ihrer Entwicklung erblickten, doch selbst einsehen müssten, dass in einem allgemeinen Verbande kein Platz für sie sei. Dass Consumvereine auf die Beseitigung oder Hinausdrängung der Credit- und Handwerkgenossenschaften hingearbeitet hätten, ist uns nicht bekannt. Was die Hineinbeziehung

der Einkaufsvereinigungen der Kleinhändler in den A. V. betrifft, gegen die sich allerdings Vertreter von Consumvereinen gewehrt haben, so ist es doch nicht unsere Schuld, dass Herr Crüger nicht logisch zu denken vermag und dass ihn auch das Hohngelächter, mit dem sein Vorschlag in den Detaillistenkreisen begrüsst worden ist, nicht darüber belehrt hat, dass er hier nichts anderes versucht hat, als Wolf und Schaf in einem Verein zur Wahrung gemeinsamer Interessen friedlich zu paaren. Ich glaube also, die Consumvereine werden auch diesen Wink Herrn Crügers nicht verstehen.

Zum Schluss noch eines: Herr Dr. Crüger hat seinen Artikel überschrieben: Die Stellung des Allgemeinen Verbandes zu der socialistischen Consumvereinsbewegung. Es muss sehr wunder nehmen, dass ein so genauer Kenner des Genossenschaftsgesetzes, wie der Herr Verbandsanwalt, offenbar nicht gemerkt hat, dass in diesem Titel eine Denunciation enthalten ist. Die Absicht einer solchen erscheint freilich ebenso ausgeschlossen, wie die Wirksamkeit derselben, da es nicht gelingen kann, den Consumvereinen, den Tatsachen zum Trotz, einen politischen Charakter zu vindicieren. Es wäre doch aber gut, wenn Herr Dr. Crüger, sonst ein so vorsichtiger Polemiker, auch in seiner Polemik gegen die Consumvereine diese Vorsicht walten liesse.

Kurze Chronik. Die Direction der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft will in diesem Winter eine Reihe von Zusammenkünften mit ihren Angestellten veranstalten, in denen belehrende Vorträge über genossenschaftliche Fragen gehalten werden sollen. Die ersten beiden Vortragsabende, an denen Geschäftsführer Fell über die Aufgaben der deutschen Consumgenossenschaften und ihr Verhältnis zur Grosseinkaufsgesellschaft, sowie über Waren- und Handelsgeographie auf genossenschaftlicher Grundlage sprach, haben bereits stattgefunden. — Am 10. Januar hat sich in Rudolstadt der Verband deutscher Kohlenkaufsvereine constituirt. — Zur Verwirklichung der schon im Vorjahre durch die Broschüre von Frau Lily Braun propagierten Idee der Hauswirtschafts-genossenschaft (vergl. Socialistische Monatshefte, 1901, I. Bd., pag. 469 ff. und II. Bd., pag. 552 ff.) hat sich jetzt in Berlin ein Verein gebildet, der im Januar seine agitatorische Thätigkeit mit öffentlichen Vorträgen und Verteilung von Flugschriften begonnen hat. Auskünfte erteilt und Anmeldungen nimmt entgegen der

Schatzmeister des Vereins, Herr Dr. Georg Stern, Am Lützow 9, Berlin-Charlottenburg. — Neue Consumgenossenschaften wurden gegründet in: Lobberich, Stollberg, Ingolstadt, Leubsdorf, Biberach a. d. Riss, München-Gladbach und einer Reihe kleinerer Orte. Ferner wurden im Monat November in das Genossenschaftsregister eingetragen: 7 Baugenossenschaften und 5 Handwerker-genossenschaften. — Ein genossenschaftliches Volksblatt wird von Mitte Januar ab von der Direction des Verbandes schweizerischer Consumvereine herausgegeben werden. Das vierzehntägig erscheinende Blatt kostet für die Genossenschaften je nach der Zahl der abonnierten Exemplare jährlich 1 Fr. bis 1,40 Frs. — In seiner letzten Entscheidung hat nunmehr der Bundesrat seinen Beamten die Teilnahme an der Verwaltung solcher Consumvereine freigegeben, die den Kreis ihrer Thätigkeit auf ihre Mitglieder beschränken und daher nicht als Erwerbsgesellschaften anzusehen sind. *Gertrud David.*

Sociale Communalpolitik.

Am 21. Mai erschien in Württemberg eine Ministerialverfügung über die **Wohnungsaufsicht**, die wir im vorigen Jahrgang (pag. 557) besprochen haben. Die Verfügung gewährte den Gemeindeverwaltungen sehr grosse Freiheit in der Art und Weise, wie sie die Wohnungsinspektion einrichten wollen, machte aber den bedeutsamen Fehler, dass sie die Verwendung von Schutzleuten und Polizeidienern nicht von vornherein verbot. Es war zu erwarten, dass die Mehrzahl der Gemeinden die Sache der Ortspolizeibehörde oder den Feuerschauern übertragen würde und dass besonders im ersten Falle der Inspektion der polizeiliche Charakter aufgedrückt werden würde. Die Erwartung ist reichlich erfüllt worden. Besondere Wohnungsinspectoren sind nur in sehr wenigen Städten angestellt worden, so z. B. in Cannstatt. Diese in Mittelstädten wohl zweckmässigste Einrichtung erfordert immerhin eine grössere ständige Gehaltsausgabe, wenn man einen auch in Bausachen erfahrenen, tüchtigen Mann anstellen will, und für socialpolitische und hygienische Aufgaben haben unsere Gemeindeverwaltungen allgemein sehr wenig Geld übrig. So hat man denn selbst in grösseren Städten Württembergs (wie Ulm, Ludwigsburg) einfach die vorhandenen Institutionen der Baucontroleure und Feuerschauer benutzt, um Geld zu sparen. Hier sind aber diese Organe meist durch ihre speciellen Aufgaben schon so stark in Anspruch genommen, dass über der Bau- und

Feuerschau, der Fürsorge für die bau- und feuertechnische Sicherheit der Gebäude, gerade die Wohnungsinspektion und die Aufnahme der Wohnungszustände sicher zu kurz kommen werden. Im wesentlichen polizeilich ist die Wohnungsinspektion in Reutlingen geregelt worden. Die erstmalige allgemeine Wohnungsinspektion wird hier durch den Vorstand des Stadtpolizeiamtes in Verbindung mit dem Stadtbaumeister vorgenommen. Die Controle der von Fall zu Fall getroffenen Anordnungen findet dagegen durch einen Schutzmann statt, dem auch die ev. notwendigen, ständigen, öfter vorzunehmenden Visitationen übertragen sind. Ob nun dieser Schutzmann in Civil geht, wie der Stadtschultheiss von Reutlingen zur Verteidigung dieser Einrichtung ausführt, oder nicht, kommt dabei sehr wenig in Betracht. Jeder Hausbesitzer und Wohnungsinhaber weiss, dass er von einem Schutzmann controlirt wird, und damit sind alle von uns oft genug gekennzeichneten Missstände polizeilicher Wohnungsinspektion gegeben. Einen besonderen Weg hat man in Stuttgart eingeschlagen. Hier wurde ein selbstständiges Wohnungsamts mit den drei Aufgaben: Wohnungsstatistik, Wohnungsinspektion und Wohnungsnachweis eingerichtet, dessen Grundlage der § 2 Abs. 2 der ministeriellen Verordnung bildet. Danach kann nämlich von der persönlichen Besichtigung von Fall zu Fall oder auch auf unbestimmte Zeit Abstand genommen werden, wenn die Polizeibehörde „auf Grund einer Besichtigung in Verbindung mit der durch die polizeilichen An- und Abmeldungen der Bewohner ermöglichten Controle oder auf andere Weise die Ueberzeugung von dem fortdauernden ordnungsmässigen Zustand und der ordnungsmässigen Benutzung bestimmter Wohnungen, Räume oder Schlafgelasse“ gewinnt. Um nun den auf dem Stuttgarter Rathaus sehr mächtigen Hausbesitzern die Wohnungsinspektion „härtesten Zwanges“, wie sich das Amts- und Anzeigeblatt so schön ausdrückte, d. h. die Wohnungsbesichtigung durch Wohnungsinspectoren zu ersparen, machte man von dem oben erwähnten Paragraphen Gebrauch und legte den Vermietern die Pflicht auf, ihre leerstehenden Wohnungen anzumelden und ebenso die vermieteten Wohnungen mittels besonderer Formulare wieder abzumelden. Das Anmeldeformular soll enthalten: Strasse und Nummer, Stockwerk, Zahl der Zimmer, falls gewerbliche Räume zur Wohnung gehören: deren kurze Bezeichnung, Mietspreis pro Jahr, Termin für die Vermietung nebst einer Angabe, wo Näheres

zu erfahren. In dem Abmeldungsformular ist ausser den wesentlichen Angaben des Anmeldungsformulars noch die Zahl der einziehenden Personen anzugeben. Die Angabe soll in Verbindung mit der über die Zahl der Zimmer den ersten Anhaltspunkt für die eventuelle Vornahme einer Wohnungsinspektion geben, ist aber dazu, wie wir bereits in der Communalen Praxis vom 1. October nachgewiesen haben, gar nicht im stande. Aus dem Verhältnis von Zimmerzahl zur Zahl der Bewohner lässt sich in sehr vielen Fällen und gerade in denen schlechtester Wohnungszustände gar kein Schluss auf die Ueberfüllung einer Wohnung ziehen, so wenig wie man daraus über die sonstigen hygienischen Missstände unterrichtet wird. Ergiebt nun ein Vergleich der Wohnungsan- und -abmeldezettel die Wahrscheinlichkeit einer Ueberfüllung der Wohnungen, so tritt die directe Wohnungsbesichtigung durch die amtlichen Wohnungspfleger, die nach Hamburger Vorbild eingesetzt werden sollen, ein. Die weitere Behandlung der von diesen beanstandeten Wohnungen erfolgt durch eine besondere Abteilung des Gemeinderates. Es lässt sich schon heute mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, dass diese Art von Wohnungsinspektion den Hausbesitzern nicht sehr weh thun und gegenüber der bisher schon in gewissen Fällen eintretenden polizeilichen Wohnungsinspektion keinen nennenswerten Fortschritt bedeuten wird. Es ist ein schwächerer Anfang, der als Anfang festzuhalten ist. Ohne eine weitere Ausgestaltung der Einrichtung zu einer wirklichen Wohnungsinspektion wird aber so ziemlich alles beim alten bleiben. Es kann uns daher nicht wundern, dass von seiten des Hausbesitzertums gegen die beabsichtigte Wohnungsinspektion nur wenig Einwendungen erhoben wurden; dass sie die ganze Einrichtung des Wohnungsamtes überhaupt verwerfen, brauchen wir nicht erst zu erwähnen. Dagegen hat merkwürdigerweise die andere dem Wohnungsamte zugewiesene Aufgabe der Führung eines allgemeinen centralisierten Wohnungsnachweises den unbändigen Zorn der Hausagrariere erregt, der sich in den Zeiten der Wahlen zur Ergänzung des Gemeinderates im December in den lächerlichsten Blüten producierte. Dieser Hass gegen den Wohnungsnachweis, der ihnen thatsächlich ebenso sehr zu gute kommt, wie der Mieterschaft, und für sie eine nicht unbedeutende Ersparnis an sonst den Commissionsbureaux zu zahlenden Unkosten bedeutet, ist ganz unbegreiflich, wenn man sich nicht klar macht, dass gerade die Hausbesitzerklasse wegen ihrer politischen Borniertheit ein sehr

geeignetes Werkzeug jeder Reaction ist und, von ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das ganze Wohnungsamt geblendet, sich von dem grosscapitalistischen Pressunternehmertum zu dessen Zwecken missbrauchen liess. Die Wohnungsinseratenprofite der capitalistischen Presse waren durch den städtischen Wohnungsnachweis bedroht. Um sie zu retten, wurde das Hausbesitzertum mobil gemacht — mit dem Erfolge, dass bei den Gemeinderatswahlen der volksparteilich-socialdemokratische Zettel glatt durchging.

*

Nicht zu den uninteressantesten Capiteln der Geschichte unserer rasch sich entwickelnden Städte gehören die Kämpfe zwischen **Eisenbahnverwaltung und Stadtverwaltung**. Gewiss verdanken sehr viele Grossstädte ihre rasche Entwicklung der glücklichen geographischen Lage, die sie zum Knotenpunkte mehrerer Eisenbahnverbindungen machte. Dafür ist wohl Berlin eines der schlagendsten Beispiele. Aber die Eisenbahnlinien, die eine Stadt durchziehen oder umschliessen, können sehr häufig auch zu einem der schwersten Hindernisse für die Entwicklung grosser und bedeutender Stadtteile werden. In dem Masse, wie die Städte wachsen, dehnt sich nicht nur das Gebiet, das mit Häusern besetzt wird, aus und umfasst die Eisenbahnanlagen, Bahnhöfe und Geleise, die vielleicht vor einem Jahrzehnt noch draussen im freien Felde gelegen haben; es entwickelt sich auch der Personen- und Güterverkehr, und für die überfließende Menge werden die alten Einrichtungen zu klein. Die Zahl der Bahnhöfe muss vermehrt, der alte Bahnhof umgebaut, vielleicht gänzlich abgerissen und verlegt werden. Für den Güterverkehr werden besondere Einrichtungen, für die durchgehenden Güter Umgebungsbahnen nothwendig. Der gestiegene Strassenverkehr verlangt die Höherlegung der im Strassenniveau liegenden Geleise, die Herstellung von Eisenbahndämmen, auf denen die Linien durch die Stadt geführt werden, und Strassenunterführungen. Kurz, früher oder später tritt in einer Grossstadt die Nothwendigkeit auf, die gesamten Eisenbahnanlagen der gewachsenen Grösse der Stadt und ihres Verkehrs entsprechend neu zu gestalten. Damit ist dann die Gelegenheit, ja geradezu die Nothwendigkeit zu ständigen Conflicten zwischen der staatlichen Eisenbahnverwaltung, die ja in Deutschland zunächst und in erster Linie von fiscalischen Interessen geleitet wird, und der Stadtverwaltung gegeben, die die Interessen der Stadtgemeinde und ihrer Angehörigen in den Vordergrund zu stellen hat. Ein Geschichtsschreiber dieser Conflicte fehlt uns leider

bisher. Die Aufgabe wäre höchst interessant, nicht nur unter wirtschaftlichem, sondern ebenso sehr unter politischem Gesichtspunkte. Einiges Material zu der Frage des Verhältnisses von Stadterweiterungsplan und Eisenbahnanlagen hat Stübbs in seinem Beitrag zu den Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik Bd. I. 2. Abt. 175 auf Grund einer Umfrage unter den Städten beigebracht. Die erste Frage lautete: „Haben vorhandene oder beabsichtigte Staatsbahnanlagen oder Kleinbahnen sich als hinderlich für die Feststellung eines zweckmässigen Bebauungsplanes erwiesen, und welcher Art waren diese Behinderungen?“ Nicht weniger als 63 Städte haben diese Frage bejaht. Besonders werden die Schädigungen hervorgehoben, die für den Stadtverkehr und die Stadterweiterung aus den Niveauübergängen und aus der zu kleinen Anzahl der Ueber- oder Unterführungen erwachsen. Nicht nur werden durch nachträgliche Bahnanlagen die Bebauungspläne vollständig umgeworfen, wofür wieder Berlin ein sehr gutes Beispiel ist. Wichtige durchgehende Verkehrszüge werden cassiert, die Steigungsverhältnisse vorhandener oder zukünftiger Strassen ungünstig beeinflusst, ja ganze Stadtteile dauernd von einander getrennt. So müssen denn ganze Bebauungspläne neu bearbeitet und den Eisenbahnprojecten angepasst werden. Allgemein ist die Klage der Städte über das rücksichtslose Vorgehen der Eisenbahnverwaltungen, die sich (von 73 Städten berichtet) nicht veranlasst sehen, Eisenbahntwürfe und Bebauungspläne in gemeinsamer Arbeit mit den Stadtverwaltungen festzustellen. Ein wenig erfreuliches Bild — so das zusammenfassende Urteil Stübbs, dem wir uns vollständig anschliessen. Um so unerfreulicher, als in den meisten Fällen die Stärkere, die staatliche Verwaltung, die meist zugleich Richterin in eigener Sache ist, ihre Machtstellung in rücksichtsloser Weise ausbeutet und jedes Entgegenkommen, jedes Eingehen auf die Wünsche der Stadtgemeinde sich von derselben teuer bezahlen lässt. Für die Umgestaltung der Eisenbahnverhältnisse, die häufig genug die Anforderungen ihrer Entwicklung nur in geringem Masse befriedigt, müssen die Städte schwere Opfer bringen.

Die alten Klagen über unhaltbare Eisenbahnverhältnisse, die so oft schon in städtischen Versammlungen und auf den Rathäusern laut geworden, sind vor kurzem auch in Hannover in einer öffentlichen Volksversammlung angestimmt worden. Auch hier ist die Stadt über die Eisenbahnanlage hinausgewachsen. Der einzige Bahnhof ist derart überlastet, dass die ständige Gefahr

hereinbrechender Eisenbahnunglücke besteht und wichtige Schnellzüge über andere Orte geführt werden. Zu dieser Ueberlastung trägt sehr viel der Durchgangsgüterverkehr bei, für den eine Umgebungsbahn gefordert wurde. Sehr lebhaft klagte man über den gänzlichen Mangel an Nebenbahnhöfen und Haltestellen für den inneren Verkehr des Stadtgebietes und der Vororte und nicht minder über die mangelhafte Verbindung Hannovers mit den anderen wichtigeren Punkten der Provinz. In einer Resolution wurde in grossen Zügen ein allgemeines, sehr reichhaltiges Programm entworfen und die Eisenbahnverwaltung sehr lebhaft zu einer Durchführung desselben aufgefordert. Es wird noch manches Wasser die Leine hinabfliessen, bis auch nur ein kleiner Teil der Vorschläge verwirklicht ist.

*

Die Bedingungen, unter denen die Firmen Siemens & Halske und die Allgemeine Electricitätsgesellschaft in Verbindung mit der Hamburger Strasseneisenbahn bereit sind, die Hamburger Stadt- und Vorortbahn zu bauen und eine Gesellschaft für den Betrieb derselben zu formieren, sind für den Hamburger Staat noch bedeutend ungünstiger, als ich in unserer Januar-Rundschau nach den uns zur Verfügung stehenden Nachrichten annahm. Ausser den bereits erwähnten Concessionen soll der Staat der Gesellschaft den erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung stellen; dazu ist die Aufwendung von ca. 7 Millionen Mk. nötig. Ferner giebt er den Unternehmern zur Durchführung eines grossen Strassendurchbruches das Expropriationsrecht und einen Zuschuss von 4 Millionen Mk. Für den Bau der neuen Strasse wird er 850 000 Mk. aufzuwenden haben. Das ist so eine Reihe kleinerer Beiträge. Die Hauptverpflichtung aber, die der Staat übernimmt, ist die Garantie für die Verzinsung und Tilgung einer 4 procentigen Anleihe, die den Betrag von 30 Millionen Mk. nicht übersteigen soll — im ungünstigsten Falle wäre das gleichbedeutend mit einer jährlichen Ausgabe von $1\frac{1}{4}$ Millionen Mk. In welcher Weise der Staat das von der Strasseneisenbahn zu übernehmende Actiencapital von 15 Millionen zu garantieren hätte, habe ich in der vorigen Nummer bereits ausgeführt. Beim Rückkauf hat er den 25fachen Betrag des durchschnittlichen Reinertrages der letzten 5 Jahre, mindestens aber den Betrag des Actien Capitals zu vergüten. Eine Gewinnbeteiligung wird dem Staat erst dann zugestanden, wenn die Actien 5 % Dividende erhalten haben. Irgend ein Einfluss auf die Fahrpreise steht ihm nicht zu; nur für billige Arbeiterzüge in

den Morgen- und Abendstunden ist vertragsmässig gesorgt. Es darf nicht wunder nehmen, dass dieser Vertrag und die Privilegierung der unbeliebten Strasseneisenbahn lebhaft Opposition im Publicum und sogar in der Bürgerschaft erregt hat. Zu unzweideutigem Ausdrucke kam dieselbe in einer Sitzung der letzteren am 21. December 1901 bei Beratung eines Antrages, den Senat zu ersuchen: er möge die Strassenbahngesellschaft veranlassen, Monatskarten für 7 Mk. auszugeben, und eines Zusatzes unseres Genossen Stolten, der auch die Ausgabe von Arbeitermonatskarten für 3 Mk. bei zweimaliger Fahrt forderte. Beide Anträge wurden mit grosser Majorität angenommen. Bisher hatte die Gesellschaft es stets abgelehnt, Monatsabonnements auszugeben. Ob sie mit Rücksicht auf die bevorstehende Concessionerteilung eine entgegenkommendere Haltung zeigen wird, muss abgewartet werden, wie nicht minder, ob der Senat den Beschlüssen der Bürgerschaft zustimmen wird.

*

Am 4. Januar hat in Leipzig eine Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter der beiden Leipziger Reichstagswahlkreise, des Wurzeners und Bornaschen Wahlkreises stattgefunden. Man verzichtete auf die Fassung von Resolutionen, was gerade bei der Behandlung kommunaler Gegenstände sehr zu begrüssen ist, und gab damit der Konferenz den Charakter einer intimeren Besprechung. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war das Steuerwesen in den Gemeinden, dessen Neuregelung von der Regierung in Angriff genommen ist. Ueber die Fragen einer kommunalen Gewerbesteuer, Grundsteuer und Capitalsteuer kam es zu keiner Einigung, doch sprach man sich allgemein für die Ueberweisung der Ertragssteuern an die Gemeinden aus. Das Petitionsrecht der Gemeinden, die Aufgaben der Gemeinden auf sanitärem und feuerpolizeilichem Gebiet, die Gemeinden als Arbeitgeber — waren weitere Punkte der Tagesordnung. Die Versammlung beschloss ferner, eine Erhebung über das Schulwesen in den Gemeinden durch Fragebogen zu veranstalten. Gemeindevertreterkonferenzen, wie die erwähnte, die sich nur auf einen kleineren Kreis erstrecken, sind unseres Erachtens ausserordentlich wertvolle Mittel, die Teilnahme unserer Partei an der Gemeindeverwaltung nutzbringend und zielbewusst zu gestalten. Je häufiger derartige Aussprachen stattfinden, desto besser. Stellt doch die Praxis der Gemeindeverwaltung unsere Vertreter häufig genug vor neue

Aufgaben, zu deren Lösung die Erfahrungen der Genossen anderer Gemeinden beitragen können, und bringt sie in Situationen, in denen der Rat unbeteiligter Genossen willkommen sein wird.

*

Kurze Chronik. Das Düsseldorfer Stadtverordnetencollegium bewilligte in der Sitzung vom 17. December die Aufnahme einer Anleihe von fünf Millionen Mk. zur Förderung der städtischen Bodenpolitik. Die Mittel sollen vornehmlich nach dem Vorbilde der Frankfurter Stadtverwaltung zur Erwerbung von Grundstücken dienen. Der Stadt soll dadurch ein stärkerer Einfluss auf die Ausgestaltung neuer Stadtteile, die Preisbildung des Grund und Bodens, sowie ein grösserer Anteil an der steigenden Grundrente gesichert werden. — Der zwischen der Stadt Darmstadt und der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft vereinbarte Vertrag wegen Baues und Betriebes von Vorortbahnen wurde am 19. December von den Stadtverordneten genehmigt. — Die preussischen Städte, die ihre Canalabwässer ohne Klärung in den Rhein ableiten, sind von den in Frage kommenden Ressortministern aufgefordert worden, unverzüglich die geeigneten Schritte zur Reinigung der Abwässer zu thun. — Der Stadt Karlsruhe wurde die Einleitung der Fäcalien in den Rhein von dem badischen Ministerium des Innern gegen die Einsprachen der Städte Gernersheim und Speyer genehmigt. — Der Wiener Stadtrat beschloss die Aufnahme einer Anleihe von 285 Millionen Kronen, wozu vom niederösterreichischen Landtage die Genehmigung erteilt werden ist. Von dieser Summe sind 10 1/2 Millionen Kronen für die Municipalisierung der Strassenbahnen und den Ausbau des Strassenbahnnetzes bestimmt. *Hugo Lindemann.*

Wissenschaft.

Psychologie.

In dem Masse, wie die **Gehirnanatomie** meinte, mit ihren Ergebnissen das psychologische Forschen überflüssig zu machen, musste ein vernünftiges Zusammenarbeiten beider Wissenschaften mehr und mehr unmöglich werden. Den entscheidenden Wendepunkt in der kritischen Situation, die sich zwischen den zwei Disciplinen herausbildete, bedeutete der Münchener Psychologengrass. Flechsig's naives Geständnis, er hoffe, durch seine Arbeiten der „Vulgarpsychologie“ wieder auf die Beine zu helfen, und Bechterew's geradezu provocantes Auftreten entlockten dem Präsidenten Stumpf die Aeusserung, dass danach eine Debatte

zwecklos geworden sei. Seitdem hat die psychologische Forschung um die hirnanatomischen Uebertreibungen sich einfach nicht mehr bekümmert. Heute ist die Sachlage so, dass die meisten, und eigentlich alle Hirnanatomen von eigener Bedeutung, sich von Flechsig abgewendet haben. Niemand konnte seinen Verirrungen weiter folgen, wenn auch keiner die unvergänglichen Verdienste vergessen wird, die Flechsig sich früher um die Erforschung des Centralnervensystems erworben hat.

Auf Grund einer verfeinerten Betrachtung der anatomischen Ergebnisse haben ja besonders die Wiener Forscher — Mach und Exner — einen Zusammenhang zwischen dem anatomischen Substrat und seiner psychischen Verrichtung klarzulegen versucht. Auch diese neuen Auflagen einer „Anatomie des Geistigen“ — des Erbteils Meynerts — können kaum befriedigende genannt werden. Ein psychologisch und philosophisch so fein geschulter Kopf, wie der Physiolog von Kries, hat ihnen in einer an Gedanken überreichen Rectoratsrede ausführlichere Betrachtungen gewidmet, die in scharfgeführten Zügen die Unzulänglichkeit jener Versuche vor allem für die Thatsachen der Uebung — also auch des Gedächtnisses — und der Begriffsbildung, sowie der logischen Verknüpfung und des Urteils darthut.

Den ersten Weg zu einer Möglichkeit gemeinsamen Arbeitens zwischen Gehirnanatomie und Psychologie hat uns die Betrachtungsweise Nissls gezeigt. Mit Hilfe seiner Alkoholmethylenblaumethode entdeckte er in der Nervenzelle eigenartige, körnige Gebilde, die Nisslkörperchen. Von Held wurde nun bezweifelt, dass sie in der lebenden Zelle existierten, und die Möglichkeit erörtert, dass es sich um ein technisches Kunstproduct handle. Nissl liess diesen Einwurf gelten; um ihn aber nicht zu einem Hemmnis für die anatomische Forschung sich auszuwachsen zu lassen, ergänzte er ihn durch die Schöpfung eines ganz neuen und hoch bedeutsamen wissenschaftlichen Begriffs: des Nervenzellenäquivalents. Danach ist die tote, gehärtete und gefärbte Zelle überhaupt nicht mit der lebenden im Bilde identisch; sondern jene ist nur ein bestimmter Ausdruck für bestimmte chemische Verhältnisse, die in der lebenden Zelle herrschen. Die Nisslkörper sind danach in der lebenden Zelle als irgendwelche chemischen Spannungen zu denken, die durch Härtung und Färbung in blaue Körnchen verwandelt werden.

Damit aber empfängt die Gehirnanatomie ein neues Programm. Sie hört auf, Beschreibung schön gefärbter Bilder zu sein, sie

hilft uns einfach, den Chemismus der Nervenzelle klarzustellen. Die glosse Wandlung von der physikalischen (du Bois-Reymond) zur chemischen (Hering) Auffassung aller Vorgänge in der lebenden Welt erhält hier ihren grossartigen Schlussstein; die Färbetechnik wird zugleich zum Bestandteil der physiologischen Chemie der Zellen. Endlich tritt auch die Nervenforschung in den Genuss des grossen cellularpathologischen Vermächtnisses, das Virchow der gesamten Biologie hinterlässt. Wir führen chemische Stoffe in die Zelle ein und untersuchen deren Reaction einmal im gesunden, einmal im derart vergifteten Zustande. Dieser Schritt zu einer chemischen Experimentalpathologie ist an sich bedeutend genug; er wurde aber noch folgenschwerer dadurch, dass die Psychopathologie um die nämliche Zeit den gleichen Weg ging, die psychischen Veränderungen nach Vergiftungen zu studieren anfang. So ergänzte sich der Begriff der „künstlichen Geistesstörung“ — den Kraepelin schuf — mit dem des „Nervenzellenäquivalents“ von Nissl zu einem hoffnungsvollen Wahrzeichen paralleler Arbeit. Den Hoffnungen, die sich hierfür an Nissls Standpunct knüpften, hat dann Kraepelin durch seine Berufung des grossen Anatomen an die Heidelberger Klinik eine feste Basis gegeben: diese Berufung liess alles verschmerzen, was Hirnanatomie und Psychologie an Wunden sich wechselseitig geschlagen hatten.

Die vergleichende Entwicklungsgeschichte des Nervensystems wurde vornehmlich von Efinger inauguriert, der auch als erster eine zusammenfassende Geschichte des Nervensystems uns geschrieben hat. Für das Verständnis der einzelnen Hirnteile sind diese Ergebnisse natürlich von der höchsten Wichtigkeit. Auch hier ist die Cellularforschung die ausschlaggebende geworden. Und das ist nur richtig und natürlich. Die Organe unseres Körpers, die ausser ihren specifischen Zellen sehr viel Stütz- und Binde-substanz enthalten, werden durch deren Anordnung in ihrer Gestalt mitbestimmt. Das Centralnervensystem aber baut sich wesentlich aus Nervenzellen und ihren Anteilen auf. Hier deutet also jede äussere Besonderheit auf eine innere hin, die Architektur ist der Ausdruck der Structur. Um ein Bild zu wiederholen, dessen ich mich anderwärts bediente: die Gestalt des Gehirns ist keine Façade; vielmehr ist jede äussere Eigentümlichkeit notwendig durch die innere constructive Anlage bedingt — das Gehirn gleicht eher einem Kunstwerk des gotischen Stils. Das Bild mag hinken, aber ich halte es für geeignet, deutlich zu machen, wieso mit Not-

wendigkeit die Anatomie des Nervensystems, obzwar die jüngste aller anatomischen Disziplinen, doch am frühesten zur cellularen Untersuchung gelangen musste. *Ernst Gystrow.*

Technik.

Dieser Tage ging die Notiz durch die Blätter, dass die **Luftschiffer** Berson und Elias die gewaltige, 1400 Kilometer betragende Entfernung von Berlin bis Pultawa in Südrussland mit ihrem Ballon zurückgelegt haben, wobei eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 50 km in der Stunde erzielt worden sei. Dieses Ereignis, dessen wissenschaftliche Bedeutung nicht gering anzuschlagen ist, wird wieder eine ganze Reihe von Projectenmachern auf den Plan locken. Gehört doch die Erfindung des „lenkbaren Luftschiffes“ zu den eindrucksvollsten Requisiten technischer Utopisten. Aber doch ist es nicht schwer, den Nachweis zu erbringen, dass die Luftschiffahrt niemals eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung wird erlangen können, gleichviel, ob der lenkbare Luftballon oder die Flugmaschine in Thätigkeit gesetzt werden — wobei die technische Lösbarkeit des Problems nicht bestritten werden soll —, weil sich das gleiche Ziel, die Abkürzung der räumlichen Entfernung, auf unserer Erdoberfläche selbst sehr viel leichter und mit einem erheblich geringeren Aufwand von mechanischer Energie, also auch erheblich billiger erzielen lässt.

*

Nicht die Luftschiffahrt, sondern die wesentliche Beschleunigung des Fernverkehrs auf unseren Eisenbahnen, die Anlage von **Schnellbahnen**, ist das nächstliegende Ziel unseres Verkehrswesens.

Vor 15 Jahren bereits war das Problem aufgetaucht, mit Hilfe des elektrischen Betriebes auf den Vollbahnen Fahrgeschwindigkeiten bis zu 200 km in der Stunde zu ermöglichen. Mit dem Gleichstrommotor, dem damals allein bekannten rationell arbeitenden elektrischen Motor, war aber das Problem nicht zu lösen, weil durch Gleichstromdynamos nicht diejenigen hohen Spannungen erzeugt werden können, die für die Fernleitung des elektrischen Stromes durch billige, d. h. dünne Leitungen erforderlich sind. Erst der Drehstrommotor hat die Lösung des Problems in erreichbare Nähe gerückt. Drehstrom lässt sich in beliebig hoher Spannung erzeugen und mit den modernen Mitteln der Isolation auch sicher fernleiten bezw. dem Motor, selbst dem automobilen Motor zuführen. Nach dieser Richtung sind im vergangenen Herbste praktische Studien von

einer eigens zu diesem Zwecke ins Leben gerufenen Studiengesellschaft, der die ersten Firmen der Elektrotechnik angehören, auf der Militärbahn Berlin-Zossen durchgeführt worden und werden im Frühjahr wieder aufgenommen werden.

Aus den spärlichen Nachrichten, die über diese Versuche bisher in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, ergibt sich, dass in technischer Hinsicht ein Gelingen durchaus wahrscheinlich ist und dass sich auf unseren Vollbahnen Fahrgeschwindigkeiten von 200 km in der Stunde leicht erreichen lassen. Gegenüber den heute üblichen Fahrgeschwindigkeiten von 60 bis höchstens 80 km in der Stunde, die selbst auf englischen und französischen Bahnen nur wenig überschritten werden, bedeutet dies einen geradezu epochalen Fortschritt in unseren Verkehrsverhältnissen, und demgegenüber kann die Frage der Rentabilität, die heute den elektrischen Schnellbahnen als gewichtigstes Argument entgegeng gehalten wird, nicht als ausschlaggebendes Moment angeführt werden.

*

Während hier mit technischen Mitteln — der durch Drähte fortgeleiteten Elektrizität — gearbeitet wird, deren Wesen dem Laien und dem Gelehrten zwar in gleicher Weise geheimnisvoll ist, die der Techniker aber auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung und empirischer Gesetze zu meistern vermag, so dass die gewonnenen Resultate das Publicum kaum noch überraschen, schickt man sich auf anderer Seite an, die geheimnisvolle Naturkraft Elektrizität mit Hilfe des noch geheimnisvolleren Lichtäthers, dessen Annahme allein schon zu logischen Ungeheuerlichkeiten führt, in die weitesten Fernen hinauszusenden.

Bekannt sind unseren Lesern die epochemachenden Versuche Marconis auf dem Gebiete der **drahtlosen Telegraphie**, bei der, wie man annimmt, Aetherschwingungen die Zeichen übertragen. Die drahtlose Telegraphie Marconis hat bereits eine umfangreiche Verwendung in der Seeschiffahrt gefunden, und fast alle grösseren Kriegsschiffe und die grossen transatlantischen Dampfer sind mit Marconi-Apparaten ausgestattet. Nachdem sich die praktische Verwendbarkeit der Marconi-Telegraphie im allgemeinen herausgestellt hatte, ging man zunächst daran, ihren Hauptübelstand zu beseitigen, der darin besteht, dass, entsprechend der gleichmässigen Verbreitung der Aetherschwingungen nach allen Richtungen im Raume, Marconi-Depeschen, die etwa von Berlin ausgesandt werden, gleich

gut in Potsdam wie in Oranienburg aufgefangen werden können, wenn sie auch nur für den einen Ort bestimmt sind, und dass andererseits jeder beliebige, der Marconi-Apparate besitzt, alle Depeschen, woher sie auch immer kommen mögen, aufzufangen vermag. Ganz abgesehen davon, dass hierdurch der Indiscretion Thür und Thor geöffnet ist, stört natürlich hierbei auch ein Apparat den anderen, wenn mehrere gleichzeitig arbeiten. Diese Uebelstände sind durch Verbesserungen von Slaby und Graf Arco im wesentlichen beseitigt worden, und man hat es heute mit ziemlicher Sicherheit in der Hand, durch Verwendung von Apparaten, die auf bestimmte Wellenlängen abgestimmt sind, Marconi-Depeschen wirklich nur an den gelangen zu lassen, für den sie bestimmt sind.

Die Bedeutung dieser Verbesserungen wird aber doch noch weit von den Resultaten übertroffen, die Marconi selbst Anfang December des vergangenen Jahres erzielt hatte. Es handelte sich um nicht mehr und nicht weniger, als um die Uebertragung von Zeichen von der Küste von Cornwall bis nach der Küste von New-Foundland, also auf die Entfernung von 2100 englischen Meilen. Marconi, der sich zum Zwecke der Untersuchung, bis auf welche Entfernung hin noch wahrnehmbare Zeichen mittels der Wellentelegraphie zu übertragen seien, nach New-Foundland begeben hatte, hatte angeordnet, dass vom 9. December an zu bestimmten Tageszeiten immer der Buchstabe S (im Morsealphabet drei Punkte) telegraphiert werden sollte. Das erste Mal schon, als er an den Empfangsapparat trat, hörte er in dem als Empfänger dienenden Telephon zu den verabredeten Zeitpunkten deutlich, wenn auch sehr schwach, das dreimalige Knacken der Telephonmembran, entsprechend dem in Cornwall abtelegraphierten S. Natürlich ist das noch keine Telegraphie über das Weltmeer, aber es ist doch der erste und grundlegende Schritt, die Cabeltelegraphie abzulösen, aber auch die gewaltigen, in den transatlantischen Cabeln investierten Capitalien zu entwerthen.

Und sofort tritt natürlich auch schon die ganze Culturfeindlichkeit des Capitalismus in Erscheinung! In dem Augenblicke, wo in der amerikanischen Presse dieses so bescheidene Gelingen dieses ersten Versuches signalisiert war und wo sich Marconi auf den Weg nach England zurückbegeben wollte, um seine dortigen Apparate umzubauen und zu verbessern, erschien bei ihm der Syndikus der Anglo-American-Telegraph-Co., der ihm, unter Hinweis darauf, dass

diese Compagnie das einzige und alleinige Recht besitze, jedes, irgendwie geartete, telegraphische System innerhalb der Colonie auszunutzen und zu erproben, verbot, seine Versuche fortzusetzen. Gleichzeitig eröffnete ihm dieser Vertreter des Capitalismus, dass sofort Schritte in die Wege geleitet worden seien, um auf gesetzlichem Wege Marconi von jedem weiteren Versuche abzuhalten und ihn für die bereits unternommenen Versuche schadenersatzpflichtig zu machen.

Dieses Geschichtchen, das wir Electrical World and Engineer entnehmen, bedarf keines weiteren Commentars, es ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass der Capitalismus sich gegen jeden Fortschritt, gegen jede technische Verbesserung, gegen jedes vervollkommnete Verfahren mit seiner ganzen Energie, mit allen seinen legalen Machtmitteln auflehnt, wenn auch nur an einem sehr entfernten Punkte seine Interessen bedroht sind.

Heinrich Lux.

Diversa.

Bücher.

Adolf Damaschke: Aufgaben der Gemeindepolitik. Vierte umgearbeitete Auflage. Verlag von Gustav Fischer in Jena. 1901.

Damaschke hat sein früher unter dem Titel: Vom Gemeindesocialismus im Verlage von J. Harrwitz Nachf. erschienenen Buch in erweiterter Form und in neuem Verlage herausgegeben. Die äussere Anordnung ist etwas übersichtlicher geworden, der Inhalt ist durch Benützung der in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten auf communal-social-politischem Gebiete erweitert worden.

Da ich die Schrift von Damaschke in den Socialistischen Monatsheften (1900, pag. 361 ff.) bereits einer Kritik unterzogen habe, erübrigt es sich heute, des näheren auf sie einzugehen. Nur zwei Punkte erscheinen mir der Erwähnung wert. Der erste betrifft die Stellung des Verfassers zum communalen Wahlrecht. Bereits früher hat sich Damaschke dagegen erklärt, dass man die Frage des Communalrechts ohne weiteres nach dem Schema des Reichstagswahlrechts löse. Wie er sich die Lösung denkt, darüber liess er seine Leser jedoch in Zweifel. Diesen Zweifel hat er nunmehr beseitigt, indem er in Uebereinstimmung mit dem von ihm angeblich bekämpften Communalfreisinn das Wahlrecht nur dem geben will, der wenigstens ein Jahr lang in der Gemeinde lebt und durch ausdrückliche persönliche Erklärung sich um das Bürgerrecht in der Gemeinde be-

wirbt. Bei den Wandlungen der National-socialen, zu deren Führern Damaschke bekanntlich gehört, ist dieser Ruck nach rechts weiter nicht auffallend.

Der zweite Punct betrifft den gegen den socialdemokratischen Abgeordneten Segitz gerichteten Vorwurf, er habe das Verhalten der socialdemokratischen Gemeindeglieder von Fürth, die das Octroi aufrecht erhalten wollten, verteidigt. Ich bin nicht in der Lage festzustellen, in welchem Zusammenhang die zum Beweis für diese Behauptung citierten Worte Segitz' gesprochen sind, wohl aber hätte sich der Verfasser aus einem Aufsatz von Segitz in Nr. 1. der Communalen Praxis leicht darüber orientieren können, dass unser Genosse sich ausdrücklich als Gegner der Aufschläge auf Nahrungsmittel bekennt. Im übrigen wäre es zu wünschen, dass Segitz oder ein anderer Fürther Gemeindevertreter den Damaschkeschen Vorwurf, der ja auch bei der ersten Lesung des Zolltarifs im Reichstage von agrarischer Seite erhoben ist, möglichst bald selbst widerlege. *Paul Hirsch.*

*

Robert Seidel: Die Handarbeit, der Grund- und Eckstein der harmonischen Bildung und Erziehung. Leipzig. Verlag von Rich. Lipinski. 1901.

Das Thema, welches Robert Seidel behandelt, kann keinem Socialisten gleichgiltig sein. Die Altmeister des Socialismus, ein Fourier, ein Owen, ein Marx, haben mit Prophetenblick vorhergesagt, dass in einer freieren Zukunft die Arbeit das vornehmste Mittel des Unterrichts werden müsse. Man erinnere sich nur an die bekannte Stelle bei Marx (Das Capital, I. Bd., 13. Cap., 9. Abschnitt): „Aus dem Fabrik-system, wie man im Detail bei Robert Owen verfolgen kann, entspross der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter productive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Production, sondern als die einzige Methode zur Production vollständig entwickelter Menschen.“

Dies wurde 1867 gedruckt. Heute kommt nun ein Schweizer Socialdemokrat, der zugleich ein erfahrener Schulmann ist, und verkündet der Laienwelt, dass die Zeit reif sei zur Verwirklichung jener Vorhersagen. Dem „geisttötenden Wortunterricht“ gegen-

über, belehrt uns Seidel, sei auch schon der blosse Anschauungsunterricht ein gewaltiger Fortschritt; aber der Anschauungsunterricht genüge nicht, denn durch unthätiges Anschauen allein lerne man das Wesen der Dinge nicht kennen.

„Was lerne ich durch die Anschauung vom Eisen und Kupfer, was lerne ich vom Thon und Wachs, was lerne ich vom Marmor und Elfenbein kennen? Lerne ich vom Eisen und Kupfer die Schmelzbarkeit, die Schmiedbarkeit, die Dehnbarkeit, lerne ich vom Thon und Wachs die Modellierbarkeit und vom Marmor und Elfenbein die Bildbarkeit kennen? Nichts von alledem lehrt mich die Anschauung, wohl aber lehrt es mich die Arbeit. Die ganze Welt bleibt der blossen Anschauung, und wäre es auch die Anschauung eines Plato oder Darwin, ein grosses Rätsel; nur durch Arbeit dringen wir in das Wesen der Dinge ein, nur der Arbeit erschliesst sich das Wesen der Dinge. Die Anschauung ist die Mutter der widersinnigen Glaubenssysteme, die Arbeit ist die Mutter der vernünftigen Wissenschaften.“

Diese in ihrer etwas schroffen Fassung nur um so eindrucksvolleren Sätze mögen als Stichprobe dafür dienen, auf welche Art Genosse Seidel seine Forderung begründet: der Arbeitsunterricht solle nicht nur ein einzelner Lehrgegenstand unter mehreren anderen, sondern geradezu die Grundlage des gesamten Unterrichts sein. Abgesehen von den hygienischen und psychologischen Vorzügen einer solchen Lehrmethode — Vorzügen, welche Seidel sehr einleuchtend darlegt, — kommt auch in Betracht, dass ein solches Erziehungssystem sich in hohem Grade dazu eignet, die unselige Kluft zwischen Handarbeitern und blossen Theoretikern ausfüllen zu helfen, welche eines der schwersten Hindernisse für die Verwirklichung des Socialismus bildet.

Selbstverständlich kann aber keine Rede davon sein, die Schule zu einer Werkstatt oder Fabrik im capitalistischen Sinne umzugestalten. Mit Recht betont Seidel, dass ein von richtigen pädagogischen Grundsätzen geleiteter Arbeitsunterricht unmöglich „kaufmännisch gewinnbringend“ sein könne.

Hinzugefügt sei noch, dass Robert Seidel dieselben Ideen, welche er in dem vorliegenden Schriftchen kurz und gemeinverständlich zusammenfasst, schon früher in einem grösseren Werke: *Der Arbeitsunterricht* (Tübingen 1886) ausführlich entwickelt hat.

Ladislaus Gumplovicz.